

GEGEN FREILAND-FREIGELD

100 EINWÄNDE UND BEDENKEN

IV. Auflage

100 EINWÄNDE UND BEDENKEN GEGEN FREILAND-FREIGELD



Hundert Einwände und Bedenken gegen Freiland-Freigeld

Zusammengestellt und beantwortet
von **FRITZ SCHWARZ**

IV. Auflage

Genossenschaft Verlag freiwirtschaftlicher Schriften, Bern
Buchhandel-Auslieferung: Pestalozzi-Fellenberg-Haus Bern

Vorwort zur IV. Auflage

Hiemit übergebe ich die IV. Auflage der «100 Einwände und Bedenken gegen Freiland-Freigeld» der Oeffentlichkeit. Die erste Auflage erschien um 1923. Seither sind von den Gegnern alle die hier widerlegten Einwände in ermüdender Eintönigkeit wieder und wieder vorgebracht worden; neue kamen nicht hinzu. Die Herren taten, als hätten sie unsere Widerlegungen nie gehört; das war ihre Stärke: die Taubheit.

Für sie ist die Schrift nur insofern bestimmt, als sie auch dem Anfänger und jedem intelligenten Laien das Tatsachenmaterial bringt, um die Herren Gegner öffentlich bloßzustellen, sofern sie das nicht schon selbst ausreichend genug besorgt haben. In der Regel widerlegen sie aber, wenn sie lange genug reden oder schreiben, schließlich sich selbst. Daher bekommt man sie auch nicht mehr zu öffentlichen Korreferaten. Es ist überhaupt bezeichnend für den wirklichen Gegner, daß er nicht begreifen will und einfach gegen unsere Vorschläge alles herbeischleppt, was er irgendwie findet, auch wenn ein Einwand den anderen selbst widerlegt.

Solche Gegner kann man nicht belehren, man kann sie nur so sanft als möglich vor allem Volk blamieren. Dabei lernt das Volk die Tatsachen und gleichzeitig auch die Zinsgenießer und deren Söldlinge kennen, ihre Einsichtslosigkeit, Unbelehrbarkeit und ihre Selbstsucht und Habsucht.

Neuestens wagen sie sich nicht mehr vor die Oeffentlichkeit, die Herren Dr. Saxer, Prof. Böhler, Dr. Kellenberger, Dr. Schwegler, Dr. Theo Keller, Dr. Ackermann, Dr. Marcel Großmann, Dr. R. Eibel, Ulrich, Kappeler usw. Sie halten Kurse unter Ausschluß der

Freiwirtschafter, um das Volk «aufzuklären» und suchen im diskussionssicheren Hinterhalt Leute zu gewinnen, die sie dann als «Diskussionsredner» vorschicken möchten. Erfahrungsgemäß widerlegt ihnen ein einziger Einführungsvortrag sämtliche von ihnen vorgebrachten Bedenken, weil die Kursteilnehmer nicht zum vornherein Gegner, sondern Leute sind, die beide Seiten hören wollen.

Für solche Leute ist diese Schrift geschrieben: für ehrliche Zweifler. Sie wird keinen «bekehren», der um jeden Preis kommunistisch oder kapitalistisch oder in einer Diktatur leben will; sie wird diesen Leuten bloß zeigen, daß sie sich irren, mehr ist nicht möglich. Und sie wird anderen zeigen, daß sich unsere Gegner irren, die Kommunisten (Planwirtschafter), die Kapitalisten (Zins- und Spekulationsgewinner) und die Diktaturverehrer. Darüber hinaus aber wird sie **ehrlich Suchenden Gewißheit geben, daß der von uns vorgeschlagene Weg aus dem Wirtschaftschaos und aus der verfahrenen politischen Lage herausführt in eine bessere Zukunft.**

Es mehren sich die einflußreichen Männer, die einem vorläufig unter vier Augen bekennen, daß **die Freiwirtschaftsbewegung auf dem rechten Wege, daß sie unwiderlegbar richtig ist und daß das, was sie anstrebt, einmal kommen müsse und kommen werde.**

Anderseits hören wir oft die Frage: Warum macht man nicht, was Ihr vorschlägt? Es ist doch so klar, so unwiderlegbar richtig, so einfach und so einleuchtend. Ist nicht doch ein Haken dabei?

Doch, es gibt sogar sehr viele Haken, an denen der Widerstrebende einhängen und den Fortschritt aufhalten kann.

Da ist einmal die Macht der Gewohnheit. Unsere Herrschenden sind unter anderen Idealen groß geworden und gleichen heute vollen Gläsern: was noch kommt, läuft wirkungslos außen an ihnen hinab.

Dann ist die große Masse der geistig Trägen; sie sind das Erntefeld derer, die von den heutigen Zuständen profitieren.

Dann sind die Feigen, die aus Furcht um ihre Stellung keine eigene Meinung zu vertreten wagen.

Hinzu kommt die große Masse der Abhängigen, die eine neue Bewegung überhaupt nicht mehr prüfen, weil sie doch nie dazu stehen dürften.

Dann kommen wieder die Liebediener der herrschenden Klasse, die mit dem nassen Finger den Wind in den oberen Regionen erforschen, bevor sie eine Meinung zu vertreten wagen.

Hinzu kam endlich, daß beim Aufkommen der Freiwirtschaftsbewegung der Sozialismus und Kommunismus noch im Aufstieg war und andere Bewegungen, zum Teil direkt von der Freiwirtschaftslehre profitierend, ihr den Rang mit nicht immer lauteren Mitteln abzulaufen suchten.

Der große Widerstand aber kam und kommt doch vom arbeitslosen Einkommen her, das alles Mögliche an verwirrenden Seitenpfaden und «idealen Bestrebungen» aufzieht und unterstützt, nur zum Zwecke, das Volk neben der Hauptsache vorbeizuleiten: der Bekämpfung des arbeitslosen Einkommens. Die Parteien als Nutznießer der heutigen Zustände unterstützen diese Ablenkungsmanöver der Hochfinanz.

Und doch, trotz alledem:

Seit dem ersten Erscheinen dieser Schrift hat sich vieles geändert: die Goldwährung ist noch einmal zusammengekracht, nachdem sie uns die Krise brachte, das Freigeld hat sich in Schwanenkirchen, Wörgl und anderwärts auch schon in ungenügend durchgeführten Versuchen bewährt, die feste Währung 1927 bis 1929 brachte die von uns vorausgesagte glänzende Wirtschaftsentwicklung, die von der wieder eingeführten Goldwährung 1929/30 ins Gegenteil verkehrt

wurde; die Abwertungen halfen, soweit und solange sie nicht in eine neue Deflation umgebogen wurden: alles das sind Tatsachen, die für uns und gegen die althergebrachte Wirtschaftsunordnung sprechen. Diese Tatsachen gilt es den Vertretern der Zinslipicker- und Spekulantenwelt gegenüberzuhalten vor einem Volke, das fast durchwegs noch ahnungslos ist und sich durch politische Kannegießer und schlaue Vertreter des arbeitslosen Einkommens immer wieder von der Hauptsache ablenken läßt: von seinem Kampf um den vollen, unverkürzten Arbeitsertrag.

Bern, Martinstag 1939.

Fritz Schwarz.

Was will Freiland-Freigeld?

Um alle Einwände sofort richtig verstehen zu können, ist es gut, hier in gedrängter Kürze eine Uebersicht über Ziel und Weg der Freiwirtschaftsbewegung zu geben. Gerade diese kurze Uebersicht ist es ja auch, die einem die hundert Bedenken erweckt, weil in wenig Sätzen alles Notwendige zu sagen eben unmöglich ist.

Die Freiwirtschaftsbewegung will jedem Menschen, der arbeiten will und kann, den Erwerb eines Besitzes ermöglichen, der ihm ein sorgenfreies Alter ohne jede staatliche Unterstützung mit der damit verbundenen Abhängigkeit gewährleistet. Sie verbürgt allen das Recht auf Arbeit und auf deren *vollen, unverkürzten Ertrag*, schützt die Ersparnisse vor Entwertung und beseitigt die Geißel der Völker, den Klassenkampf (Bürgerkrieg!) und bringt den Völkerfrieden. Sie ermöglicht die wirtschaftliche Gleichberechtigung der *Frau* auch als Mutter und damit die wichtigste Vorbedingung zum Aufstieg der Menschheit.

Den Weg zum Recht auf Arbeit, zur Verwirklichung des Rechts auf den vollen Arbeitsertrag und zum Wohlstand zeigt uns eine eingehende Untersuchung der Entwicklung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse bis zu ihrem heutigen Stand.

Wirklicher *Wohlstand* entsteht nur durch Arbeit. Arbeiten kann man heute *allgemein* nur zu Zeiten steigenden oder festbleibenden Preisstandes. Zeigt der Preisstand Neigung zum Sinken, so stockt der Absatz, weil jedermann mit den Einkäufen warten will, bis die Produkte eben billiger sind. Um *fortgesetzt* arbeiten zu können, muß man daher den Preisstand im allgemeinen jahraus jahrein auf gleicher Höhe halten. Durch die nunmehr

ununterbrochene Arbeit entsteht ein immer größeres Warenangebot, dem die staatliche Geldverwaltung auch ein immer größeres Geldangebot gegenüberstellen muß, damit trotz des größern Warenangebots der Preisstand nicht zum Sinken kommt, sondern festbleibt, eben weil auch mehr Geld umläuft. (Die Wirkung der Geldvermehrung auf den allgemeinen Preisstand ist ja genügend bekannt!)

Arbeit und ununterbrochen umlaufendes Geld machen Ersparnisse, große Ersparnisse möglich. In Sparheften, Obligationen, Aktien, Wohnhäusern, Fabriken, Werkstätten, Maschinen, Verkehrseinrichtungen aller Art werden diese Ersparnisse angelegt. Jede Vermehrung der Ersparnisse jedoch drückt auf deren Zins. Der Druck auf den Zins aber bedeutet vermehrte Einnahmen und Ersparnisse aller Arbeitenden. (Denn die Arbeitenden müssen letzten Endes alle Zinsen aufbringen; sie gehen ihnen am eigenen Arbeitsertrag ab und nehmen ihnen durchschnittlich gerade so viel weg wie das Arbeitseinkommen ausmacht!) Ein Sinken des Zinsfußes bei gleichbleibendem Preisstand ermöglicht daher weitere Ersparnisse, die wiederum auf den Zinsertrag drücken und ihn endlich unter drei Prozent hinunterzubringen vermögen.

Ein tieferer Zinsfuß bei festem Preisstand würde eine Reihe Arbeiten möglich machen, die bei hohem Zinsfuß (oder niederm Zinsfuß bei sinkendem Preisstand) nicht möglich sind. Doch nun streikt das Geld, sobald es nicht mehr drei Prozent erhält. Warum? Weil es unter dem festen Preisstand und bei weniger als drei Prozent Zins das beste Sparmittel ist und dann sofort als solches, statt als Tauschmittel, verwendet wird. Geld gegen Waren, Häuser, Fabriken, Werkstätten und Maschinen umzutauschen wäre dann eben unsinnig, sobald diese Dinge nicht mehr 3% Zins eintragen, denn sie gehen mit der Zeit durch die Einwirkungen von Sauerstoff, Bakterien usw. zugrunde, während das Geld durch seinen Stoff (Gold und Sil-

ber) oder durch Gesetze (siehe z. B. § 25 des Schweizerischen Nationalbankgesetzes vom 7. April 1921!) vor der Vernichtung geschützt ist. Deshalb streikt das Geld jedesmal, wenn es den «normalen» Zins nicht mehr bekommt und verhindert dadurch den weitern Umtausch und Absatz der Erzeugnisse, zwingt die Arbeitenden dadurch zur Arbeitslosigkeit, zum Aufbrauchen der Ersparnisse und damit zur Vernichtung des beginnenden Wohlstandes.

Daher bleibt nichts anderes übrig als mit der Einführung der festen Währung auch ein anderes Geld anstelle des heutigen zu verwenden. Dieses neue Geld muß auch bei einem ganz geringen oder sogar ohne Zins noch hergegeben werden. Der Inhaber wird bestraft, wenn er es nicht sofort wieder in der Sparkasse oder sonstwie anlegt. Dies ist das Freigeld.

Nicht die feste Währung, nicht das Freigeld drückt also den Zins, sondern die Vermehrung der Ersparnisse drückt und beseitigt ihn. Diese Vermehrung aber wird nur ermöglicht durch den ungestörten Geldumlauf, wie ihn allein das Freigeld gewährleistet.

Den Boden jedoch kann der Mensch nicht so rasch vermehren als es zur Beseitigung des Bodenzinses (Grundrente) nötig wäre. Verschwindet der Zins, so verschwindet er doch für Boden nie ganz. Deshalb beginnt bei sinkendem Zinsertrag der übrigen Güter ein Wettrennen nach Boden. Der Bauer muß sofort geschützt werden. Wo Boden zum Verkauf gebracht wird, darf ihn kein Spekulant kaufen, sondern er muß dem Bauern erhalten werden. Der Staat muß verpflichtet werden, zum Verkauf gebrachten Boden zu erwerben und sofort als Erblehen (von dem der Bauer zurücktreten kann, wann er will) zur Verpachtung ausschreiben. Das Pachtgeld wird der Staat zur Verzinsung (solange noch Zins bezahlt wird) und zur Abzahlung der Landschuld verwenden, nachher aber zur Auszahlung einer Rente

an alle Kinder unter 15 Jahren. Die heutige Grundrente würde die Auszahlung von etwa 300 Fr. jährlich an jedes Kind unter 15 Jahren ermöglichen.

Sobald mehrere Staaten die feste Währung haben, wird auch der Wechselkurs zwischen ihnen fest und erleichtert damit den Warenaustausch, ermöglicht die Beseitigung der Schutzzölle ohne Schaden für Landwirtschaft und Industrie und dadurch die Ausschaltung der wichtigsten Kriegsursache. Freiland ermöglicht auch die vollständige Freizügigkeit und beseitigt so einen weitern Kriegsgrund. Dem Staat bleibt nur die Aufsicht über die Verkehrsmittel (Geld, Post, Fernsprecher usw.) wodurch er ständig über sich selbst hinaus der allgemeinen Menschheitsversöhnung entgegenstreben muß, während sein Eingreifen in persönliche Verhältnisse immer überflüssiger wird und den Abbau des Staates auf das unbedingt Notwendige ermöglicht.

Bedenken moralischer Art gegen die natürliche Wirtschaftsordnung

Die im Menschen wirksamen Kräfte sind zugleich die in der Volkswirtschaft wirksamen. Der stärkste Trieb im Menschen ist der Selbsterhaltungstrieb. Der Selbsterhaltungstrieb des kommenden Geschlechts wird als Arterhaltungstrieb bezeichnet. Eine Wirtschaft, die stark, natürlich und in sich gefestigt sein soll, darf weder den einen noch den andern Trieb ausschalten wollen. Eine auch vom Geistigen her gefestigte Wirtschaft muß sich in erster Linie auf den Selbsterhaltungstrieb stützen können, weil er der erste und stärkste Trieb jedes Lebewesens und die unentbehrlichste Voraussetzung für den Arterhaltungstrieb (Altruismus) ist. Nur der Selbsterhaltungstrieb ist stark genug, um die natürliche Trägheit des Menschen zu überwinden. Der Arterhaltungstrieb vermag das nicht, wenigstens nicht auf die Dauer.

1. Einwand: **Freiland-Freigeld steht im Widerspruch zu den Lehren des Christentums, das die Nächstenliebe (Altruismus) fordert und den Selbsterhaltungstrieb verurteilt.**

Antwort: 1. Das Christentum fordert nirgends den Verzicht auf den Selbsterhaltungstrieb, der natürlich und gottgegeben ist, sondern nur den Verzicht auf die Selbstsucht, die unnatürlich ist. Man darf Selbsterhaltungstrieb und Selbstsucht nicht miteinander verwechseln oder sie gar gleichstellen. Die Selbstsucht allerdings ist krankhaft und wir verurteilen sie, als Ausfluß der heutigen Wirtschaftsordnung, aufs schärfste. Der Ausdruck «Egoismus» führt stets zu Verwirrung, weil er sowohl für Selbstsucht als auch für Selbsterhaltungstrieb gebraucht wird — also für zwei grundverschiedene Dinge! Daher Vorsicht mit diesem Ausdruck!

2. Aber ohne die Erhaltung seines «Ichs» wäre ja auch die Nächstenliebe unmöglich. Jesus stellt denn auch die Gottesliebe vor die Nächstenliebe (Matth. 22, 37—39). Aber auch die Gottesliebe kann letzten Endes nur die Hingabe seiner selbst als Werkzeug des göttlichen Willens sein und erfordert somit die Liebe zu sich selbst und die Achtung unserer selbst als eines Werkzeugs Gottes. In der Selbsterhaltung liegt die Erfüllung des vornehmsten und größten Gebotes, sobald der Mensch im Sinne des Schöpfers arbeitet.

3. Die wenigen wirtschaftlichen Vorschriften des Christentums decken sich mit den Zielen der Freiwirtschaftsbewegung. Lukas 6, 35: «Leihet, daß ihr nichts dafür hoffet, so werdet ihr groß sein und werdet Kinder des Allerhöchsten heißen.» 2. Thessal. 3, 10: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen. — In den Psalmen, in Hesekiel, ja schon bei Moses finden sich Zinsverbote. Es gibt überhaupt keine Religion, die den Zins gestattet! Und warum? — Weil das

Zinsnehmen die Ausnützung der Notlage anderer ist und daher dem Sinne jeder Religion zuwiderläuft. Religion haben heißt «verbunden sein mit andern» — der Zins aber trennt die Menschen in Ausbeuter der Notlage anderer und in Ausgebeutete; er schließt Religion (Verbundensein) glattweg aus.

4. Die kommunistische und sozialistische Wirtschaftsordnung, die auf den Altruismus abstellt, wird von allen Kennern der menschlichen Natur als unmöglich hingestellt; sie ist auch auf die Dauer unmöglich, wie alle Erfahrungen zeigen.

5. Gesell sei aber doch ein Gottesleugner gewesen, ein Atheist. Erstens stimmt das nicht und zweitens, wenn es stimmen würde, so hat es in der Geschichte der Entdeckungen, der Erfindungen und des Fortschrittes noch nie dazu geführt, daß man diese Fortschritte auf die Dauer deshalb nicht angenommen hätte, weil sie von Heiden oder von Angehörigen anderer Konfessionen stammten. So dürfte es auch hier wieder sein.

2. Einwand: **Die ungehemmte Auswirkung des Selbsterhaltungstriebes führt zum Kampf aller gegen alle.**

Antwort: Nur, wenn der Einzelne Dinge in sein ausschließliches Verfügungsrecht bekommt, deren Besitz ihn in den Stand setzt, andere auszubeuten oder sie davon auszuschließen, wie z. B. vom Boden. Dann wollen sich bald alle diese Dinge verschaffen, um sich gegen die Ausbeutung zu schützen — und um selber andere auszubeuten! Im Vorhandensein solcher Dinge liegt somit eine große Gefahr für den Menschen.

Boden, der in unzureichender Menge vorhanden ist, ermöglicht seinem Besitzer den Bezug von Bodenzins (Grundrente), den er nicht durch eigene Arbeit verdient hat. Gegen den Bodenwucher

setzen sich die durch ihn Ausgebeuteten zur Wehre. Darum verlangen wir Freiland, um damit die Möglichkeit zum Bezug privater Grundrente zu beseitigen. Geld hat den Waren gegenüber den Vorteil der Unverderblichkeit und der leichten Eintauschbarkeit; es kann deshalb Zins erzwingen; das Dauergeld von heute hat ein natürliches Monopol als bestes Hamstergut. Privatgrundbesitz und Dauergeld sind die zwei Voraussetzungen der Ausbeutung und damit des Klassenkampfes. Wenn die Geldverwaltung den allgemeinen Preisstand schwanken läßt, entstehen Gewinne ohne Arbeit (Spekulationsgewinne) und diese bringen Streit, Haß und Neid in jedes Volk. Daher muß die Festwährung diesen Anlaß zum Kampf der verschiedenen Volkskreise beseitigen.

Freiland, Freigeld und Festwährung führt durch Verunmöglichung der Ausbeutung den wirtschaftlichen Frieden herbei. Der Kampf aller gegen alle entsteht durch den Arbeitsmangel oder durch den Einkommensmangel, und beide sind die Folgen der allgemeinen Preisschwankungen und des Zinses. **Die Monopole trennen die Menschen und führen zum Kampf aller gegen alle, die Ausschaltung aller Monopole führt die Menschen zu gemeinsamer Arbeit zusammen!**

3. Einwand: **Die Menschen muß man bessern, dann braucht man die Freiwirtschaft nicht. Freigeld macht den Menschen nicht besser. Wir brauchen eine sittliche Erneuerung der Menschen.**

Antwort: 1. Wir sind die letzten, die dies verkennen und stehen keinem Menschen vor der Möglichkeit, sich zu bessern: im Gegenteil, wir empfehlen dies allen, die uns darauf aufmerksam machen! Jede Besserung muß aus dem Gewissen heraus erwachsen; andere kann man nie bessern, sondern immer nur sich selbst. Hingegen kann und soll man die Versuchung zum Bösen beseitigen, ent-

sprechend der Bitte: «und führe uns nicht in Versuchung».

2. Alle beim Menschen einsetzenden Bewegungen, auch das Christentum z. B., haben aber immer auch wirtschaftliche Vorschriften gegeben, so z. B. die Zinsverbote. Wir anerkennen sittliche Gedanken, möchten aber auch sittliche Taten sehen. Zu diesen sittlichen Taten gehört auch das Eintreten für eine Wirtschaftsordnung, die gerecht ist, indem sie die Vorrechte von Boden und Geld beseitigt: die Freiwirtschaft. Das ist das Einfachste und Erste, was wir verlangen. Wer aber schon hier versagt und uns z. B. erklärt, daß er die Wirtschaftsfragen nicht studieren möge, soll von jeder Erneuerung schweigen, wenn er nicht einmal die sittliche Kraft aufbringt, um die einfachsten Voraussetzungen solcher Erneuerungen zu studieren.

3. Was die Sittenlehre erreichen muß, ist die Ausschaltung des zum Bösen verführenden Dauergeldes und des Grundrentenbezugs aus dem Wirtschaftsleben. Solange dies nicht geschehen ist, nützen die Morallehren viel weniger als sie nachher nützen werden. Weil unter dem heutigen Geldsystem ein Finanzmagnat genügt, um das ganze Volk in Not und Sorge zu versetzen, entsteht immer neu Angst, Furcht und das Gefühl der Unsicherheit. Diese Gefühle aber treiben den Menschen zum übertrieben starken Streben nach Besitz: zur Selbstsucht!

4. Wir wollen aber die Steine entfernen, die sich heute den beim Menschen selbst einsetzenden Kulturbewegungen in den Weg stellen. Wie ein Gärtner zuerst die Steine aus seinem Gartenbeet entfernt, um den Pflanzen das Wachsen zu ermöglichen, so wollen auch wir die äußern wirtschaftlichen Hemmungen beseitigen, die der Entfaltung des Besten im Menschen hindernd in den Weg treten.

5. Wir glauben aber nicht, daß wir die Pflanzen wachsen machen können. Wir betrachten daher alle,

die nur von der Besserung des Menschen reden, aber nicht Hand bieten wollen zum Bessern der Verhältnisse, mit einem leisen Mißtrauen. Liegt nicht in diesen Bestrebungen ein wenig Selbstüberhebung und vielleicht ein wenig Nichthelfenwollen? Die äußern Verhältnisse (Geld, Privatbesitz) haben wir Menschen gemacht; die Menschen selber aber sind Geschöpfe einer höhern Macht. Aendern wir daher, was menschlichen Ursprungs ist, unser Geld und unser Bodenrecht (beides steht ja im Gegensatz zu den Lehren aller Religionen) und die Besserung des Menschen beginnen wir bei uns. Wer aber nicht helfen will, die Verhältnisse zu bessern, dem wird die Gnade fehlen, anderen auf geistigem Gebiet helfen zu können.

6. Die Blaukreuzbewegung arbeitet übrigens ganz in diesem Sinne: um den Menschen innerlich zu heben, wird ihm zuerst etwas Aeußerliches (der Alkohol) versagt. Und dieses mechanische, äußerliche Vorgehen hat doch tiefgreifende innere Folgen.

7. Wir holen das Geld von seinem Thronsitz herunter und machen es aus einem Götzen der Menschheit zum Diener der Völker.

4. Einwand: **Das Wohlergehen wird den Menschen nichts nützen, sie werden dadurch nur ausschweifender werden. Eine große Not allein macht den Menschen besser.**

Antwort: Tatsächlich führt ein Glücksfall, leicht verdienter Reichtum oder eine Erbschaft den Menschen leicht zu Verschwendungssucht usw. Ganz anders aber, wenn jede Einnahme bedingt ist durch eine Arbeitsleistung! Da wird das Ausgeben des Geldes in allen Kreisen sorgfältiger geschehen als wenn es ohne Arbeit eingeht oder erspekuliert wird. Die Verschwender sind heute meistens Leute, welche ihren Besitz geerbt oder gewonnen haben und nicht wissen, was arbeiten und verdienen heißt! Die Frei-

wirtschaft kennt nur verdienten Besitz, keinen «gewonnenen» und keinen arbeitslosen!

Die große Not darf nicht von außen kommen, sondern sie muß als innere, geistige Not empfunden werden. Gegen die äußere Not wehrt sich der Mensch mit äußern Mitteln. Innere Not fühlt der Gutgestellte oft stärker als der Arme. Mit der äußern Not beseitigen wir die innere nicht, sondern geben dem Menschen die Möglichkeit, sich mit ihr frei auseinanderzusetzen. Sehr viel innere Not aber wird auch mit der natürlichen Wirtschaftsordnung verschwinden durch die Aenderung der äußern Verhältnisse. Viele reichen Leute leiden selbst darunter, daß sie von arbeitslosem, unverdientem Einkommen leben. Der «Gutsituierte» von heute ist in Wirklichkeit gar nicht «gut situiert», weil er das unsittliche arbeitslose Einkommen bezieht. Aber auch der Arme ist nicht «gut situiert», weil er ausgebeutet ist.

Es gibt auf der Erde drei Zonen: die heiße, da werden die Menschen faul und krank; aufs wirtschaftliche Leben übertragen sind das die Zinsbezüger; dann die kalte, da gehen die Menschen auch zugrunde; wirtschaftlich betrachtet sind das die Armen; endlich ist noch die gemäßigte Zone; da muß gearbeitet werden, man geht weder am Mangel noch am Ueberfluß zugrunde: das wäre die ausbeutungslose Freiwirtschaft, wo die Arbeitenden erhalten, was sie verdienen und niemand weder am Ueberfluß noch aus Mangel verderben muß.

5. Einwand: **Ihr Freiwirtschafter glaubt, mit der Freiwirtschaft habt ihr den Menschen den Himmel auf Erden gebracht. Aber mit der Verwirklichung des Rechts auf den vollen Arbeitsertrag sind noch lange nicht alle Probleme gelöst!**

Antwort: O nein! Sicher nicht! Wir haben das auch nie gesagt, das wird uns nur unterschoben. Wir sagen jedoch: Wenn wir die wirtschaftlichen Pro-

bleme nicht lösen, bleiben sehr viele andere Probleme unlösbar! Die Wirtschaft ist hinter der Entwicklung der Technik und hinter den anderen Wissenschaften weit zurückgeblieben. Wir sind uns klar bewußt, daß wir mit unseren Vorschlägen nur die wirtschaftliche Seite der sozialen Frage lösen. Aber wir sind auch überzeugt, daß ohne die Erledigung der wirtschaftlichen Frage die soziale Frage nicht gelöst werden kann und daß ihre Lösung die Erledigung aller andern Fragen zum mindesten erleichtert. Wir halten daher niemand von seiner Betätigung auf andern Gebieten fern, sondern unterstützen persönlich alle andern Bewegungen, die das Glück der Menschen bezwecken, weil wir überzeugt sind, daß dazu nicht allein wirtschaftliches Wohlergehen gehört. Aber diese Einsicht wird uns nicht daran hindern, für grundlegende wirtschaftliche Reformen mit aller Kraft einzutreten, und zwar deshalb, weil wir wissen, daß diesen Besserungsvorschlägen durch die Bezüger arbeitslosen Einkommens mittelbar und unmittelbar viel größere Widerstände entgegengestellt werden als dies auf irgend einem der andern Gebiete der Fall ist. «Andächtig schwärmen ist leichter als gut handeln», sagt Lessing, und mancher reiche Herr gibt große Summen für andächtige Schwärmereien aus — damit er nie gut zu handeln gezwungen wird, d. h. seinen Mitmenschen nicht ihren vollen Arbeitsertrag lassen muß. Darum treten wir so unentwegt für wirtschaftliche Reformen ein. Mit seinen persönlichen Problemen aber muß sich auch in der Freiwirtschaft jeder Mensch selber abmühen: «Das Himmelreich ist inwendig, in Euch!» — Wir geben dem Menschen eine Wirtschaftsordnung, die nicht im Widerspruch zur Sittenlehre steht und die dem Menschen alle Möglichkeit nimmt, durch die Betätigung seines gesunden Selbsterhaltungstriebes andern zu schaden. Wir machen das ganze Volk zu Arbeitenden und damit zu einem Volke, das zusammenhält und nicht in

Klassen zerfällt. — Den Himmel auf Erden allerdings versprechen wir niemand; dazu müßten auch die anderen alle noch Engel werden und das sind sie noch nicht ...

Nachfrage und Angebot in ihrem Verhältnis zum Preisstand und seinen Schwankungen

Nachfrage und Angebot bestimmen die Schwankungen der Preise und des Preisstandes. Die Schwankungen der Einzelpreise entstehen durch die Veränderungen im Angebot der einzelnen Waren untereinander. Die Schwankungen des Preisstandes dagegen entstehen durch die Veränderungen im Verhältnis der Gesamtnachfrage nach Waren zum Gesamtangebot.

Die Nachfrage wird in der Geld- und Kreditwirtschaft durch die Geldmenge, vermehrt durch deren Umlaufsgeschwindigkeit, dargestellt. In mathematischer Formel (G = Geldmenge, U = Umlaufsgeschwindigkeit, W = Angebot der Waren, P = Preisstand)

$$\frac{G \times U}{W} = P$$

Die sogenannten bargeldlosen Zahlungsmethoden sind nichts anderes als Versuche zur Vergrößerung von $G \times U$.

6. Einwand: **Nachfrage und Angebot sind heute nicht frei. Syndikate, Kartelle und Trusts beeinflussen das Angebot, Preisverabredungen setzen das Gesetz, daß Nachfrage und Angebot den Preis bestimmen, ebenfalls außer Kraft und schließlich bestimmen die in der Ware enthaltene Arbeitskraft und außerdem noch die Produktionskosten den Preis der Ware.**

Antwort: Der schlimmste Trust ist der Goldtrust. Im ersten Halbjahr 1933 wurde so viel Gold vom Goldtrust den Notenbanken abgenommen, als im ganzen Jahr 1932 überhaupt gewonnen worden war. Alle Hamsterer helfen diesem Trust. Er hat eine Ware, die man leicht und ohne Schaden aufbewahren kann. «Das Gold ist sozusagen ewig und unverderblich!» — (Prof. Dr. Reichesberg.) Gold und Geld aber ist Nachfrage.

Dem Gold und Geld gegenüber suchen die Syndikate, Kartelle und Trusts durch ihre Tätigkeit das Angebot zu beeinflussen, wodurch sie die Wirksamkeit dieses Gesetzes ja geradezu selbst hervorheben, indem sie sich seiner bedienen und z. B. das Angebot zu vermindern suchen, um den Preis zu halten oder zu heben. Preisverabredungen, die nicht gleichzeitig eine Beschränkung des Angebots durchsetzen können, sind auf die Dauer unhaltbar. Die Arbeitskraft bestimmt den Preis einer Ware durchaus nicht, denn es werden im Preis auch Zinsen und Spekulationsgewinne verrechnet. — Auch die Produktionskosten sind von Nachfrage und Angebot abhängig, da sie aus Preisen und Löhnen bestehen. — Zusammenfassend muß man also sagen: Alle Fäden, die auf den Preis einwirken, gehen über diese beiden «Rollen» Nachfrage und Angebot, etwas anderes gibt es bei genauer Betrachtung nicht; jeder Versuch, die Preise zu beeinflussen, geht entweder auf die Veränderung der Nachfrage oder auf die Veränderung des Angebots aus. Auch die Preisvoraussage zieht immer nur diese beiden Größen in Betracht.

Uebrigens: alle Trusts usw., die sich bisher halten konnten, gründeten ihre Macht auf Produkte des Bodens (Petrol, Kohle, Eisen, Stahl, Kali, Aluminium). Die Bodenschätze aber fallen unter den Begriff Freiland und verlieren ihre Monopolrechte durch die Reform des Bodenrechts. Alle andern Trusts (Müller, Milchproduzenten, Bierbrauer, Scho-

kolade usw.) sind der Geldverwaltung gegenüber ohnmächtig: man denke z. B. an den Zusammenbruch der Milchproduzentenverbände 1921 und 1929 in der Zeit der Goldumlaufsverminderung: mit der Beherrschung des Geldumlaufs beherrscht man alle anderen Trusts; der mächtigste ist eben stets der Geldtrust.

Die Monopole der Besitzer von Realkapitalien werden gebrochen durch das Freigeld, dessen Zins immer dem Nullpunkt zustrebt. Hebt ein Trust seine Gewinne über dem Durchschnittszinsfuß hinaus, also über Null, so ist das dann ein unwiderstehlicher Anziehungspunkt für die Spargelder aller andern — ja selbst der eigenen — und gleich ist die Konkurrenz da. Heute streikt aber das Geld in solchen Fällen — das Freigeld aber streikt nie.

Versucht sich eine Gruppe durch Preistreibereien höhere Gewinne zuzuschanzen, dann bekommen die andern Waren (Surrogate) umso größere Anziehungskraft. Ihr Absatz steigt auf Kosten des Umsatzes des Trusts. Was hat er erreicht? Man darf eben nicht vergessen, daß der Geldumlauf nicht vermehrt wird, wenn die Warenmenge nicht vermehrt worden ist (Grundsatz der festen Währung!) und daß infolgedessen einzelne Preise sinken müssen, wenn andere steigen. Diese tieferen Preise werden ein Ansporn zum Ersatz der verteuerten Trustwaren sein. Und man vergesse nie, daß Monopolwaren, wie Kohle, Elektrizität oder Kali zu Freiland gehören und damit der Willkür des Einzelnen in Bezug auf Preisgestaltung entrissen sind. (Vergleiche «Natürliche Wirtschaftsordnung»: Freiland in der Praxis.)

7. Einwand: **Nicht Nachfrage und Angebot bestimmen den Preis, sondern der Preis bestimmt die Nachfrage: bei tieferem Preis wird mehr gekauft. (Professor Dr. Böhler, Zürich.)**

Antwort: Eine theoretische Behauptung muß durch Tatsachen untermauert werden können. Als

1929 die Preise ins Sinken kamen, sank der Welthandel (Supplément du Bulletin mensuel de Statistiqe, Nr. 5, 1933, S. 6) von 100 auf 39,1, in der gleichen Zeit, in der der Preisstand von 100 auf 69 sank. Nach Prof. Böhler hätte nun der Umsatz im Welthandel daher statt von 100 auf 39 zu sinken von 100 auf 145 steigen sollen! Der Welthandel hielt sich aber nicht an diese Theorie, weil sie falsch ist: der Preis ist nicht zuerst da, sondern Angebot und Nachfrage spielen sich auf dem Markt aufeinander ein und das Ergebnis dieses Einspielens ist dann der Preis. Professor Böhler steht eben zu spät auf: käme er mit den Marktfrauen auf den Markt, so würde er bemerken, wie sie links und rechts das Angebot abschätzen, dann die mutmaßliche Nachfrage (Monatserster und Monatsende spielen dabei eine Rolle!) und danach den Preis festsetzen. (Siehe auch 29. Einwand, letzter Absatz!)

8. Einwand: **Die Nachfrage ist das Bedürfnis nach Waren, nicht das umlaufende Geld!**

Antwort: Ohne Geld kann man in der heutigen Wirtschaft an ungestillten Bedürfnissen zugrunde gehen, z. B. verhungern oder infolge mangelnder Pflegemöglichkeiten an Tuberkulose sterben (die restlose Beseitigung der Tuberkulose, so sagen die Aerzte, sei nur eine Geldfrage!). Nein, die Bedürfnisse sind noch keine Nachfrage, sondern sie werden erst zu Nachfrage durch das zum Zahlen hingelegte Geld! Die Bedürfnisse sind unmeßbar, die Nachfrage dagegen ist die Geldmenge, vermehrt durch ihre Umlaufsgeschwindigkeit.

9. Einwand: **Die Nachfrage kann nur durch das Einkommen in Erscheinung treten. Nicht das umlaufende Geld, sondern das Einkommen ist Nachfrage.** (Prof. Liefmann und Prof. Böhler.)

Antwort: Das wäre richtig, wenn die Einkom-

men immer gleichmäßig wieder ausgegeben würden. Das ist aber nicht der Fall: einige halten ihr Geld zurück, andere «leben über ihre Verhältnisse», greifen Ersparnisse oder Ererbtes an und halten so eine größere Nachfrage als ihr Einkommen ihnen gestatten würde; auch bei Lebensversicherten, bei Pensionierten und bei Schuldenmachern stimmt ihre Nachfrage in Läden usw. nicht mit ihrem Einkommen überein. — Dagegen zeigt jede genauere Beobachtung, daß die Nachfrage genau mit dem umlaufenden Geld übereinstimmt.

Wenn die Ansicht Liefmanns und seiner Schüler richtig wäre, müßte eine gesteigerte Produktion, die ja mit einer Verbesserung des gesamten Nationaleinkommens gleichläuft, auch den Preisstand heben, was aber nur der Fall ist, wenn auch der Geldumlauf steigt!

Die Behauptung, neues Geld wirke sich nicht sofort aus, sondern erst als «Einkommen», wird ebenfalls durch die Tatsachen widerlegt: jede Verminderung wie auch jede Vermehrung des Geldes wirkte sich 1914—1918 in der Schweiz s o f o r t aus, und zwar deswegen, weil die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes in der Zeit der starken Preissteigerung hoch ist. Die Staaten haben in der Zeit der Inflation kein «Einkommen» und sie halten doch in größtem Umfang «Nachfrage», und in Krisenzeiten gehen die Einkommen zuerst nicht zurück, aber die Nachfrage sinkt sehr stark, weil das Geld gehamstert wird.

Mit der Einführung der festen Währung wird das Einkommen aller Arbeitenden ständig erhöht, mit je ein Prozent Sinken des Zinsfußes um rund 20 Prozent. Nach dem Verschwinden des Zinses steigt das Einkommen der Arbeitenden entsprechend der Zunahme der Arbeitserzeugnisse, die nun ausschließlich Arbeitenden zufallen. Aber trotz dieser Steigerung der Einkommen steigen die Preise nicht, sowenig wie sie 1929—1939 stiegen, sondern s a n k e n — trotz der E r h ö h u n g aller Realeinkommen!

10. Einwand: **Die Freigeldtheorie ist mathematisch, die Vielgestaltigkeit des Lebens läßt sich nicht in eine einfache Formel fassen.**

Antwort: Die Anwendung der Mathematik in der Volkswirtschaft ist allerdings nicht leicht, weil es sich hier um dynamische und nicht um statische Probleme handelt. Aber kein Volkswirtschafter (außer Professor Böhler, siehe 7. Einwand!) bezweifelt z. B. die Richtigkeit des Gesetzes von der Bestimmung des Preisstandes durch das Verhältnis von Nachfrage zu Angebot. Den Inhalt dieses Gesetzes darf man auch mathematisch ausdrücken:

$$N : A = P.$$

Gegen diesen Satz wird also kein stichhaltiger Einwand erhoben. Ist es nun nicht selbstverständlich, daß man die Größen N, A und P auf ihre einzelnen Bestandteile untersucht? Dabei zeigt es sich, daß das ganze Leben des wirtschaftenden Menschen sich in den drei Größen widerspiegelt: die Spekulation, alle Hoffnungen, alle Furcht, alle Erwartungen, alles Draufgängertum und alles Zögern. Gerade die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes ist das Spiegelbild menschlichen Denkens — aber gerade hier stand man bis zur Erfindung des Freigelds vor dem unlösbaren Problem: wie regle ich sie?! Die ganze Mathematik der Freigeldlehre erschöpft sich in der Untersuchung des Satzes, daß die Nachfrage im Verhältnis zum Angebot den Preis bestimme und daß die Nachfrage dem Angebot angepaßt werden müsse! — Wie kam übrigens Dr. Christen dazu, die Mathematik anzuwenden? Man warf Gesell beständig vor, er sei «nicht wissenschaftlich». Da sagte der Doktor der Mathematik Christen: «Die methodisch am weitesten durchgearbeitete Wissenschaft ist die Mathematik. Zeigen wir also den Kritikern, daß, was Gesell volkstümlich darstellte, auch mathematisch gezeigt werden kann.» Daher schrieb er: «Das Geldwesen ein dynamisches

System» — und jetzt sagen die Kritiker: Das Leben ist nicht mathematisch erfaßbar! Wie soll man solche Leute eigentlich befriedigen? Wollen sie überhaupt von der Freigeldlehre befriedigt sein?!

11. Einwand: **Die Preisstatistik ist noch nicht gut durchgeführt. Alle Preise werden nach Gewicht berechnet, was bei Partituren, Bildern, Romanen usw. kein unbedingt zuverlässiges Maß ihres Wertes abgibt.**

Antwort: 1. Für die Ein- und Ausfuhrstatistik genügte diese Messungsart bisher.

2. Sie wird selbst dem Künstler weiter genügen, wenn für ihn der Lebenskostenindex der gleiche bleibt, während sein Honorar mit den steigenden Arbeitslöhnen ebenfalls steigt.

3. Alle Zahlungen lösen sich in Preise auf, und wenn die Preise von 80—100 der wichtigsten Grundstoffe im Durchschnitt auf der gleichen Höhe bleiben, so sind die 10 000 weiteren Preise unwichtigerer Dinge damit in den Grundzügen festgelegt.

4. Im übrigen hindert niemand die Preisstatistiker an der Verfeinerung ihrer Methoden, wie auch noch heute niemand die Bäcker hindert, besseres Brot zu backen, trotzdem wir Brot schon seit Jahrtausenden kennen!

5. Bisher hielt man nur den Goldpreis fest. Dieser ist schätzungsweise eintausendmal weniger umfassend als der Warenpreisindex. Warum hat man sich an dieser Tatsache bisher nie gestoßen?!

12. Einwand: **Kann man denn die umlaufende Geldmenge nach Belieben vergrößern oder vermindern?**

Antwort: So gut wie man es bisher konnte! Vom 1. Juni 1914 bis 1. Juni 1915, als bei uns die Warenmenge rasch abnahm, weil die Leute an der Grenze standen und nicht arbeiten konnten, ver-

mehrte man die Notenausgabe um 53%; vom 1. Januar 1920 bis am 23. August 1922, als die Leute gerne gearbeitet hätten und fremde Erzeugnisse massenhaft über die Grenze kommen wollten, konnte man den Geldumlauf von 1036 Millionen auf 725 Millionen vermindern, also um 30%. Bringt man es fertig, das Geld zu einer Zeit zu vermehren, wo dies überflüssig, ja schädlich ist, und es zu vermindern, wenn es dringend notwendig und nützlich wäre, so kann man es wohl auch vernünftig mehren oder mindern!

Mittel zur Vergrößerung des Geldumlaufes sind:

1. Die Erklärung, daß die Preise nicht mehr weiter sinken dürfen; dies nur in einem Land, wo bisher Preisabbaustimmung gemacht wurde. Diese Erklärung bringt viel schon vorhandenes Geld ins Rollen.
2. Herabsetzung des Diskonts [1] und des Lombardsatzes [2].
3. Erleichterung der Bedingungen für den Bezug von Leihgeld bei der Notenbank (in der Schweiz und wohl auch anderwärts haben wir Bestimmungen, welche den arbeitenden Ständen den Bezug von Diskontgeld geradezu unmöglich machen).
4. Ankauf von Staatsschuldscheinen durch die Notenbank.
5. Steuernachlaß und sofortige Auszahlung des Ausfalles in die Kassen der Gemeinden usw.
6. Erhöhung des Schwundsatzes, wodurch eine Erhöhung der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes erzielt wird.
7. Herabsetzung oder gänzliche Beseitigung indirekter Steuern (Zölle!) und Ersatz des Ausfalles in der Staatskasse durch die Notenpresse.

---

[1] Diskont: Zins für Noten bei der Notenbank.

[2] Lombard: Zins für Vorschüsse auf Wertpapiere, Warenlager usw.

Wohlverstanden: alle diese Maßnahmen werden nur ergriffen, wenn der Geldumlauf wirklich erhöht werden muß. Die übermäßige Erhöhung 1914—1920 wurde allein durch die Anwendung der Punkte 2., 3. und 5. (Reskriptionsscheine!) herbeigeführt. Man kann also das Geld sehr leicht vermehren!

Die Verminderung des Geldumlaufs wird nur in Kriegszeiten notwendig werden, weil in Friedenszeiten die Produktion stetig ansteigt und jährlich 3—4,5% mehr Geld erforderlich macht.

Die Verminderung des Geldumlaufs wird erreicht durch:

1. Die Erklärung, daß die Preise nicht mehr steigen dürfen, in Ländern, welche bis dahin Preissteigerung gehabt haben.
2. Verkauf von Staatsschuldtiteln durch die Notenbank oder deren Rückgabe gegen bar an den Staat.
3. Kündigung von Lombarddarlehen und Ablaufenlassen des Wechselportefeuilles.
4. Aufnahme von Anleihen und Zurückhalten des Geldes.
5. Steuerzuschläge.
6. Gestaffelte Vermögensabgabe.

Vom 1. Januar 1920 bis 23. August 1922 hat man den Notenstand der Schweiz um 30% gesenkt, indem man nur die Punkte 1., 2., 3. und 4. anwendete: man kann also auch den Geldbestand sehr leicht vermindern, sobald man will.

13. Einwand: **Der feste Durchschnittspreisstand sichert noch keine Einzelpreise, und gerade auf diese kommt es den verschiedenen Ständen an. Der feste Preisstand sichert den Einzelnen nicht vor der Entwertung seines besonderen Produkts, von dessen Preis er abhängig ist. So kann der Bauer z. B. nicht kaufen, wenn seine Produkte sinken.**

Antwort: Der bisherige schwankende oder gar sinkende Preisstand sichert die Preise der Einzelwaren überhaupt nicht! Die dem Warenangebot nie richtig angepaßte Geldversorgung von heute bringt ohne Verschulden der Produzenten die Preise ins Schwanken, und die Produzenten wissen nie, ob der Fehler bei der Produktion, im Angebot, oder auf Seite der Nachfrage, im Geldumlauf zu suchen ist. Was wir heute als Anarchie der Produktion bezeichnen, ist wenig anderes als die Anarchie des Geldumlaufs, der die Produktion unsicher macht. Eine gutgeregelte Geldversorgung, die den Durchschnittspreisstand regelt, läßt sofort erkennen, ob zu viel oder zu wenig produziert worden ist, weil sich nun jedes Schwanken von Einzelpreisen sofort als von der Warenseite herrührend verrät. Bisher konnte stets auch die Geldseite schuld an den Preisveränderungen sein. So werden die Ausschläge der Einzelpreise gerecht und nicht schädlich sein.

Nach den Erfahrungen in den Jahren festeren Preisstandes, gerade von 1927 bis 1929, zeigt sich, daß ein fester Durchschnittspreisstand (Index) sehr viel zur Festigung der Einzelpreise beiträgt. Und klar, warum! «Die Unternehmer hatten nun eine feste Kalkulationsbasis», schrieb der «Bund» anfangs 1929 über das Jahr 1928, in dem der Index nicht geschwankt hatte. Sie wußten nun, daß Preisschwankungen von der Produktionsseite herkamen und konnten sich sofort darauf einstellen, die Produktion (bei steigenden Preisen) auszudehnen oder (bei sinkenden Preisen) einzuschränken. Sie wußten: die Aenderung des Preises kommt nicht vom Geld, sondern vom Warenangebot her! (Siehe auch noch den 15. Einwand.)

Ein Sinken der landwirtschaftlichen Preise oder das Sinken eines Erzeugnisses der Industrie ist unter fester Währung stets auf ein vermehrtes Angebot infolge einer sehr guten Ernte oder aber auf eine Verbilligung der Herstellung infolge technischer Verbesserungen zurückzuführen. Auf diese Weise

kommen solche Vorteile den Konsumenten zugut. Für die Produzenten entsteht dadurch kein Nachteil, da die große Ernte oder die technische Verbilligung den Minderpreis zum Mehrerlös macht, während dies gerade unter der ungenügenden Geldversorgung nicht der Fall ist!

14. Einwand: **Der bargeldlose Verkehr wird die Tätigkeit des Währungsamtes stören.**

Antwort: Nach Gresham (1519—1579) vertreibt immer das schlechtere Geld das bessere aus dem Verkehr. Welches ist in unserem Falle das schlechtere, das Geld in der Tasche, oder das Geld in der Bank oder auf dem Postcheckkonto? Sicher werden wir immer zuerst das bare Geld weggeben, um dem Schwund zu entgehen! Denn das Freigeld ist ebenso verderblich wie die Waren und man gibt es daher ebenso rasch weg, wie heute der Kaufmann dem Kunden die Waren liefert — weil er so einem möglichen Schaden an ihnen zu entgehen sucht!

Schon heute könnte man behaupten — und man behauptet es auch! —, das Buchgeld, Giralgeld oder geschriebene Geld sei bequemer und verdränge daher das Bargeld immer mehr. Aber alle Erfahrungen zeigen immer wieder, daß der Gebrauch von Buch- oder Giralgeld seine Grenzen erreicht hat.

Damit hat das Bargeld die größtmögliche Umlaufsgeschwindigkeit. Es kommt rasch herein, die Barzahlung wird die Regel, die Vorauszahlung ist keine Seltenheit mehr. Damit werden eine Menge Wechsel überflüssig, weil sie recht oft nur eine Art Ueberbrückungskredit sind zwischen dem Kunden, der nicht zahlt, und dem Großkaufmann, der über das Geld verfügen möchte. Hätte der Kaufmann seine Ausstände in der Kasse, so wäre das Unterzeichnen des Wechsels überflüssig: er könnte bar zahlen.

Ist die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes immer auf dem höchsten Punkte, so tritt das neu in

Verkehr gesetzte Geld sofort als Nachfrage auf, aus dem Verkehr zurückgenommenes Geld fehlt auch sofort als Nachfrage: jede Veränderung der Geldmenge wirkt sich sofort auf die Preise aus. Das beobachtete man 1914—1918 in der Schweiz und von 1920 ab in Deutschland: das erste Aufhören des Geldzuflusses in die Wirtschaft zeichnete sich sofort durch einen Preiseinbruch aus und 1923 wurde die deutsche Rieseninflation auf den Tag und auf dem Punkt 4,2 Billionen genau abgestoppt. Geld mit der höchsten Umlaufsgeschwindigkeit ist ebenso leicht zu lenken wie ein Fahrrad leichter zu lenken ist, wenn es in Bewegung ist.

Die sogenannten bargeldlosen Zahlungsarten sind nur deshalb im Warenhandel aufgekommen, weil die Umlaufsträgheit des heutigen Dauergeldes dazu zwang. Letzten Endes steht auch hier Bargeld dahinter. Denn man muß den Wechsel einmal einlösen und für den Scheck muß Deckung vorhanden sein. Aus diesem Grunde besteht eine gewisse Uebereinstimmung zwischen dem Bargeldbestand und dem bargeldlosen Verkehr: ohne das Anwachsen des Bargeldbestandes beobachtet man auch keine Zunahme des «bargeldlosen» Verkehrs und eine Verminderung des baren Geldes führt auch bald zu einer Verminderung der bargeldlosen Zahlungen, ein Zeichen dafür, wie die «bargeldlosen» Zahlungsmethoden das Bargeld voraussetzen. Die größten Zusammenbrüche des Geldsystems haben wir in Amerika und England, den Ländern mit dem größten «bargeldlosen» Verkehr.

Der Clearing- oder Abrechnungsverkehr ist zwischen Lieferant und Kunde — also im Handel — selten verwendbar, dagegen wird er zwischen den Banken verwendet. Hier aber handelt es sich nicht um Nachfrage und Angebot, nicht um Warenhandel und Preise, sondern um Kapitalverschiebungen, die auf die Größe der Nachfrage keinen direkten Einfluß haben.

Der «bargeldlose» Verkehr ist nicht kostenlos: ein Zeichen dafür, daß man sich also die Erhöhung der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes etwas kosten läßt. Jeder Scheck gibt mindestens 40 Rp., aber auch bis 2 Fr. Spesen. Scheck- und Wechselstempel können ihn ganz unwirtschaftlich machen. Seit Jahren sind die Banken Deutschlands nicht verpflichtet, Zahlungen unter 20 M. in Schecks anzunehmen. — Damit Giro-Uebertragungen stattfinden können, müssen Konten zinsfrei einbezahlt werden, die einen großen Zinsverlust der Großfirmen, bis 100 000 Franken jährlich, bedingen. Damit könnte man einen Kassenbestand von 2 Mill. Fr. in Freigeld halten! Am 1. Februar 1923 teilte die Schweizerische Volksbank mit, daß die Guthaben auf Scheck- und Girorechnungen nicht mehr verzinst werden.

Mit dem Sinken des Zinses sinken auch die Zinsen derjenigen Gelder, die von der Post und den Banken für ihre Kunden flüssig gehalten werden müssen. So entsteht folgendes Bild von heute im Vergleich zur zinslosen Wirtschaft:

	Dividende	Darlehen ohne Grundpfand	Obligationen	Sparkassen
Heute:	7%	5—6%	5%	4%
Bei 0% Zins:	3% [3])	1—2% [3])	1% [3])	0%

	Scheckkonto	Kontokorrent	Girokonto
Heute:	3%	3%	0—1%
Bei 0% Zins:	—1%	—1%	—3—4%

Anders gesagt: Wird mit Hilfe des Freigelds der Zins auf der ganzen Linie um 4% gesenkt, so verbleiben bei den Aktien noch etwa 3% Risikoprämie auch beim nicht grundpfändlich gesicherten Darlehen und bei den Obligationen bleibt eine Risikoprämie von 1—2% bestehen.[3]) Wo aber bisher schon die Verzinsung seitens der Banken unter 4% stand — weil die Banken einen verhältnismäßig großen

[3]) Diese Risikoprämien gehen zurück, wenn die Freiwirtschaft sich eingelebt hat und die Wirtschaft ganz gefestigt ist.

Teil dieses eingelegten Geldes flüssig (liquid) halten mußten —, wird künftig nicht eine Zins-Gutschrift, sondern eine entsprechende Schwund-Lastschrift erfolgen: das wird die Inhaber von Giro- und Kontokorrentkonten veranlassen, das Geld so rasch wie möglich weiterzuleiten, sei es in Form von Zahlungen, sei es in feste Bankanlagen. Soweit es fest angelegt wird, sorgen die Banken wiederum aus wirtschaftlichen Ueberlegungen heraus dafür, daß das Bargeld nicht bei ihnen liegen bleibt: auch sie tragen den Schwund nicht gern.

Vollends ausgeschlossen ist es, daß durch «einfaches Verbuchen» und durch «vollständig durchgeführten bargeldlosen Verkehr» das Bargeld in vernünftiger Weise ersetzt werden könnte. Der Scheck ist eine selbstgeschriebene Banknote — und daher unzähligen Betrugsmöglichkeiten ausgesetzt und praktisch auf die Dauer nur unter Bekannten möglich. Der furchtbare Zusammenbruch des amerikanischen oder des englischen Geldsystems in Zeiten der Geldverknappung zeigt deutlich, ein wie unpraktischer Notbehelf der Scheckverkehr ist.

Ein Erfurter Geschäft weigerte sich, einen Scheck über etwa 100 Rm. in Zahlung zu nehmen. Aus dem sich an diesen Sonderfall anschließenden Briefwechsel ist folgendes interessant: Eine Handelskammer weist darauf hin, das Schecks über kleine Beträge unwirtschaftlich sind:

«Gewiß fördern alle Schecks den bargeldlosen Zahlungsverkehr; aber jeder Scheck verursacht bei den Banken eine Anzahl Buchungen, Benachrichtigungen und andere Geschäftshandlungen; in Bankkreisen schätzt man die Selbstkosten für jeden Scheck auf 1 Rm. bis 2 Rm. Bei Schecks über kleinere Beträge wird der volkswirtschaftliche Nutzen, der im bargeldlosen Zahlungsverkehr liegt, durch die unwirtschaftlichen Buchungskosten usw. mehr als aufgehoben. Deshalb sollte man davon absehen, Schecks unter 20 Rm. bis 30 Rm. auszuschreiben.»

Das Reichsbankdirektorium (Berlin SW 111, Schreiben vom 31. März 1933, II, 7388) stimmt grundsätzlich der Auffassung der Handelskammer zu:

«Wenn sie auch wohl die Bearbeitungskosten der Banken für einen Scheck erheblich zu hoch einschätzt, so ändert das doch nichts an dem Umstande, daß für Kleinzahlungen im täglichen Verkehr von Hand zu Hand die Scheckzahlung ungeeignet ist. Die Einziehung solcher Schecks verursacht auch den Geschäftsleuten Kosten und Zeitverluste; ihr durch die Gutschrift der Schecks entstehendes Guthaben können sie naturgemäß erst später als erhaltenes bares Geld verwenden; wir haben deshalb bei aller Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs stets den Standpunkt vertreten, daß dieser Gedanke nicht übertrieben werden darf und daß im täglichen Kleinverkehr (Ladengeschäft) in der Regel die Barzahlung das Geeignetste sein wird.» (Siehe auch Einwand 24.)

15. Einwand: **Die feste Währung bietet keine Gewähr für die Innehaltung aller Zahlungsverträge, weil niemand eine Durchschnittsware kauft. Die Preise der Landwirtschaft stehen anders als die der Industrie.**

Antwort: In diesem Einwand ist zugegeben, daß eine Festigung aller Preise auch zu einer Innehaltung aller Zahlungsverträge führen würde.

Nun stellt sich die Frage, ob eine Senkung einzelner Preise so schlimm ist wie eine Senkung des gesamten Preisstandes. Diese Frage ist ohne weiteres zu verneinen: der größte Fälscher ist mit der Stabilisierung des allgemeinen Preisstandes aus der Wirtschaft beseitigt. Betrachten wir die einzelnen Preise, so können sie nur gesunken sein infolge eines größeren Angebotes im Verhältnis zu den andern Waren. Dieses größere Angebot kann nur entstanden sein entweder durch Verbesserung und Verbilligung der Produktion oder

durch reichere Ernten bzw. Funde. Diese beiden günstigeren Umstände machen das Fallen einzelner Preise innerhalb eines festen Preisstandes *erträglich*, ja sie rechtfertigen das sogar völlig. Uebrigens lautet ein anderer Einwand, oft derselben Leute, daß die Vorteile der Rationalisierung oder guter Ernten nicht dem Konsumenten zugute kommen, sobald man die feste Währung habe. — Beide Einwände aber heben einander auf. — Daß die Preise der landwirtschaftlichen Produkte heute so tief stehen, das haben wir vorausgesehen und vorausgesagt: der Grund liegt darin, daß der *ganze* Index gesenkt worden ist, wobei die Industriellen viele Arbeiter entlassen, während die Bauern das nicht können; die Bauern haben zudem einen festen Zins zu entrichten, sie arbeiten mit Söhnen und Töchtern — daher können sie ihre Preise nicht durch Arbeitseinstellung und Entlassungen hochhalten. Die Festigung des Indexes 1927—1929 ließ diese Preise sich erholen, während die Industrie infolge guter Aufträge billiger zu liefern vermochte. Wir sehen das an den Zahlen des Lebenskostenindexes und des landwirtschaftlichen Indexes 1922—1924 und 1927—1930.

	Notenstand	Lebenskosten	Landwirtsch. Index	Kaufkraft des Geldes allgemein	Kaufkraft des Geldes gegenüber der Landwirtschaft	das Geld lag auf dem Girokonto der N.'bank
1920	934	100	100	100	100	1,3
1921	925	89	87	112	114	1,4
1922	818	**73**	**60**	136	166	2,8
1923	875	**73**	**64**	136	156	1,8
1924	851	**75**	**67**	132	149	1,2
1925	798	**75**	**65**	132	153	0,8
1926	769	72	60	138	167	0,9
1927	799	**71**	**57**	140	175	0,8
1928	818	**71**	**59**	140	169	0,8
1929	855	**71**	**57**	140	175	1,2
1930	894	**70**	**60**	140	167	1,5
1931	1141	67	54	149	185	4,7
1932 II.	1486	66	49	150	204	18,5

Von 1922 ab wurde durch eine Vermehrung des Geldumlaufes der Preisstand gehoben:

Jahr:	1922	1923	1924
Preisstand:	73	73	75
Landw. Preise:	60	64	67

Wie man sieht, erholten sich die landwirtschaftlichen Preise sofort.

Man sieht, daß für die Landwirtschaft der feste Index gut ist. 1923 lehnte ihn Dr. Laur in der Aktionärversammlung der Nationalbank mit der Begründung ab, er stehe zu tief, und daher trete er für die Goldwährung ein. Damals stand der landwirtschaftliche Index auf 64, 1932 auf 49. Dr. Laur hätte 1923 besser getan, uns zu unterstützen statt die Bestrebungen der Goldwährungsanhänger!

16. Einwand: **Das Geld kann nicht in dem Maße ausgegeben werden, daß es nicht an seiner Kaufkraft einbüßt oder zunimmt, weil der Preisstand, nach dem sich die Nationalbank richten soll, erst nachträglich zu erfahren ist.**

Antwort: Das Währungsamt muß sich nach dem Großhandelspreisstand richten, der viel stärkern Schwankungen unterliegt als der Kleinhandelspreisstand. Es weiß ferner, welche Wirkungen die Preisänderung einer Ware (z. B. Weizen, Kartoffeln oder Baumwolle) auf den Durchschnittpreisstand des Landes ausübt. Es ist technisch möglich, im Währungsamt innerhalb einer halben Stunde die Großhandelspreise im ganzen Lande zu erfahren. Zeigen sie gegenüber dem Vortag ein Anziehen, das für den Durchschnittspreisstand gefährlich wird, d. h. steigen mehr oder wichtigere Preise als daß andere Preise sinken, so wird noch zur gleichen Stunde die weitere Notenausgabe eingeschränkt und es werden weniger Lombardvorschüsse gewährt. Damit ist der Geldverkehr keineswegs unmöglich gemacht, wohl aber wird dem rück-

sichtslosen Ausnützen einer z. B. infolge Ernteausfällen erwarteten Preissteigerung von vorneherein der Riegel gestoßen.

Bei sinkendem Preisstand wird die Notenbank den vom Preisfall bedrängten Verkäufern weitgehende Lombardvorschüsse gewähren und gleichzeitig die Ausgabe von neuen Noten erleichtern. Unter solchen Umständen werden keine Angstverkäufe getätigt werden. Das Bewußtsein, daß der Preisfall, bzw. die Preissteigerung nicht noch von der Geldseite her verstärkt wird, wirkt außerordentlich beruhigend, während heute immer mit einem «Dolchstoß von hinten», von der Geldseite her, gerechnet werden muß. Sind die Großhandelspreise auch nur einigermaßen fest, so sind es die Kleinhandelspreise ganz, weil die Kleinpreise sich langsam den Großhandelspreisen anpassen. Das zeigt uns die Erfahrung. (Zahlen darüber im «Offenen Brief an den Bundesrat», S. 21.)

Man muß sich nur an die Stelle des Verkäufers denken, der ein Interesse am festen Preis hat und weiß, daß ihn die Notenbank in seinen Bemühungen unterstützt. Niemals wird der Verkäufer gerne in einen tiefen Preis einwilligen. Aber anderseits weiß auch der Käufer dasselbe für den Fall der steigenden Preise. Auch er weiß, daß ihn die Geldausgabestelle vor allgemein steigenden Preisen schützen muß.

Wenn beim Freigeld die Umlaufsgeschwindigkeit ihren höchsten Punkt erreicht hat und innehält, wirkt sich jede Vermehrung und jede Verminderung des Geldbestandes sofort aus. Mit dem heutigen Geld ist dies nicht der Fall, da läßt die Auswirkung der Veränderungen der Geldmenge auf sich warten.

17. Einwand: **Die feste Währung erfordert den Rückzug von Geld gerade dann, wenn Warenmangel herrscht, wenn also die Produktion durch vermehrte Kreditgewährung angeregt werden sollte!**

Antwort: Kredite der Nationalbank werden ohnehin nie für die Warenproduktion, sondern nur für den Austausch gegeben. Für die Anregung der Produktion dient stets das schon vorhandene Geld, das in Zeiten der Warenverknappung naturgemäß gern gegeben wird, da die Anlage unter diesen Umständen sehr sicher ist. — Der Rückzug des Geldes vermindert das dem Warenhandel und nicht das der Produktion zur Verfügung stehende Geld.

18. Einwand: **Wenn die Kohlen- oder die Getreidepreise steigen, werden die übrigen Preise nachgezogen werden, weil beide zur Erzeugung anderer Waren unentbehrlich sind. Ueberhaupt führt das Steigen oder Fallen wichtiger Waren zum Steigen oder Fallen des Index!**

Antwort: Steigen die Getreidepreise infolge einer schlechten Welternte, so bedeutet das also eine Verminderung auf der Warenseite. Ihr muß eine Verminderung auf der Geldseite entsprechen, wenn nicht das Gleichgewicht zwischen angebotener Ware und angebotenem Geld gestört werden soll. Das Fehlen einer so wichtigen Ware wird also aufgehoben durch eine Verminderung des umlaufenden Geldes. Das ist möglich. (Siehe 12. Einwand!)

In welchem Maß die Geldverminderung selbst bei größter Warenknappheit die Preise niedrig halten kann, sahen wir in der Schweiz von 1796 bis 1800. Damals sanken die Preise in den Hungerjahren 1798 und 1799 auf einen tiefern Stand als 1797 und 1796. Weshalb? Weil die Geldmenge durch die Franzosen 1798 viel stärker vermindert worden war als die Warenmenge. (Siehe Schwarz, «Segen und Fluch des Geldes I», Tabelle S. 250.)

Im Jahre 1816 sanken die Preise in England, als mit dem Rückzug der Noten begonnen wurde; sie sanken weiter trotz dem Mißwachs des Jahres 1817.

In Indien steigen (so berichtet Richardson) in der Zeit der Hungersnöte die Preise «kaum merklich». Warum? Weil das Geld in dieser Zeit durch die Geldausgabestelle nicht vermehrt, sondern bei Beginn der Warenverknappung möglichst aus dem Verkehr genommen wird.

So wurde durch die Geldausgabestelle der Index eines Landes also unter allen Umständen, selbst bei Hungersnöten, auf dem gleichen Stand gehalten, ja sogar noch im entgegengesetzten Sinne verändert. Die Nachfrageseite ist eben mächtiger als die Angebotsseite! Man kann Geld eben sehr leicht machen — man kann Geld auch leicht zurückziehen. (Siehe Einwand 12!)

19. Einwand: **Wenn aber die Ernte schlecht ist, so können die Bauern ihre Schulden nicht verzinsen, weil ihre Einnahmen infolge der gleichbleibenden Preise nicht steigen.**

Antwort: Einzelpreise bleiben veränderlich; was fest bleibt, ist der Durchschnittspreisstand oder sein Gegenbild: der Wert (die Kaufkraft) des Geldes.

Wenn eine schlechte Ernte ist, so steigen daher die schlechtgeratenen Bodenerzeugnisse im Preise. Da sie notwendig sind, können die Städter andere, weniger notwendige Dinge nicht kaufen. Deshalb ist die Nachfrage an einem andern Ort geringer, es sinkt dort der Preis um soviel, als er beim Bauern steigt. Das wird zuerst der Fall sein, wo viel erzeugt worden ist, so daß dort schon der Ausfall am tiefern Preis gedeckt wird durch die erhöhte Gütererzeugung und weiter kein Schaden entsteht. Ist aber die Ernte auf vielen Gebieten schlecht, so wird die Geldmenge solange verkleinert, als der Preisdurchschnitt Neigung zum Steigen zeigt. Die einzelnen Preise der schlechtgeratenen Erzeugnisse steigen dann, aber nicht so stark wie unter der alten,

unveränderten Geldmenge, während die übrigen Preise alle etwas zurückgehen. So werden alle zum Sparen und Haushalten gezwungen; die Ersparnisse der alten Leute jedoch bleiben von der Geldentwertung (allgemeine Preissteigerung) verschont.

Daß bei festem Index die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse steigen, wenn die Ernte schlecht war, sah man 1930, als die Obsternte sehr klein ausfiel.

20. Einwand: **Die Freigeldlehre kann die Spekulation nicht ausschalten, da die Einzelpreise noch immer schwanken werden.**

Antwort: Spekulation heißt Voraussehung. An sich ist sie nicht schlecht; sie kann aber durch die Verhältnisse schlecht wirken und verdirbt den Menschen. Die Voraussehung wirkt sich schlecht aus, sobald sie

A. 1. ein allgemeines Sinken der Preise erwarten läßt, eine Deflation. Da muß man das Geld allgemein zurückhalten, kann keine Sachgüter schaffen und keine Waren auf weite Sicht zum Weiterverkauf erwerben. Stagnation und Krise sind die Folge der Deflations-Spekulation.

A. 2. Ein allgemeines Steigen der Preise, eine Inflation führt zum «Schieben», führt somit ebenfalls von der produzierenden Arbeit weg in den Handel hinein.

Der feste Durchschnittspreisstand läßt die Spekulation im guten Sinne des Wortes wirken:

B. 1. Waren mit sinkender Preislage werden nicht mehr oder nur noch in vermindertem Maße hergestellt, ihr Preis wird damit gefestigt und zum Durchschnittspreisstand herangehoben.

B. 2. Waren mit steigendem Preise werden in der Herstellung bevorzugt, ihre Herstellung wird

vermehrt, damit das Angebot erhöht und so der Preis wieder dem Durchschnittspreisstand entgegengesenkt.

Die Spekulation wirkt schädlich, sobald man den Preisstand sinken läßt, denn da streikt das Geld dem gesamten Warenangebot gegenüber, sie wirkt auch schädlich, wenn man den Preisstand steigen läßt, denn da entsteht die sogenannte Flucht in die Sachwerte, die Schieberei.

Die Spekulation wird nützlich, sobald man den Preisstand festhält, denn da wirkt sie — siehe oben B. 1. und 2. — ausgleichend auch auf die Einzelpreise: durch die Schwankungen der Einzelpreise werden die Warenerzeuger darauf aufmerksam gemacht, was fehlt oder wo zu viel produziert wird.

Wir Freiwirtschafter entziehen also der Spekulation «das Fundament» nicht, sondern stellen die in ihr enthaltenen guten Kräfte in den Dienst der zweckmäßigen Güterherstellung. Deflation wie Inflation jedoch führen von der Arbeit weg und machen das Spekulieren ohne Arbeit einträglich. Die Verhinderung von Inflation und Deflation, die feste Währung also, bewahrt uns vor den bösen Kräften der Spekulation und spannt deren gute in den Dienst einer von innen heraus geregelten Güterversorgung.

21. Einwand: **Jedes Sinken eines Einzelpreises verändert den Preisstand. Um ihn zu festigen, müssen andere Preise künstlich gehoben werden. Werden z. B. die Importwarenpreise in den Index aufgenommen, so würde damit eine starke Unruhe in die Indexwährung hineingetragen und unerwünschte Schwankungen der Preise für Inlandwaren heraufbeschworen.** (Dr. Hans Müller, «Der Schweizer Franken».)

Antwort: Die von der Warenseite ausgehenden Preisschwankungen können auch allgemeiner

Natur sein: es ist denkbar, daß die Produktion allgemein steigt. Bei partiellen Preisschwankungen drängt die Produktion ganz allgemein zu einem Ausgleich, sobald der Preisstand gehalten wird; es ist daher ganz unnötig, die übrigen Preise «künstlich» zu verändern: die gesunde Spekulation führt das von sich aus durch. Nehmen wir ein Beispiel: der Weizenpreis wird (infolge der verbilligten Ernte) um 10 Prozent gesenkt. Ein Mehr an Geld muß in Umlauf gebracht werden, denn sonst sinkt der Preisstand. Senkung des Zinses oder (später) Senkung der Steuern sind die Folgen dieser Geldvermehrung, damit Anregung des Verbrauchs oder (später) Einschränkung der Arbeitszeit. Damit wird die Nachfrage gehoben — oder im letzteren Fall das Angebot vermindert — somit der Preisstand gehalten, indem die nicht mehr für den Weizen beanspruchten Gelder nun für andere Zwecke — im letztgenannten Fall für die Ferien! — verbraucht werden und dort nachfragend und preissteigernd auftreten. «Künstlich» braucht man da nie nachzuhelfen! Außerdem täuscht man sich über die durch eine Verbilligung des Getreides um 10% erfolgte Senkung des Indexes: sie beträgt trotz der Bedeutung der Brotfrucht innerhalb der Warengesamtheit bloß $^3/_5$%!

Steigen die Importwaren im Preis, so hebt sich der Wechselkurs des Frankens, die ausländischen Kurse sinken, und sinken die Importwaren im Preise, so steigen die ausländischen Wechselkurse und der inländische Kurs sinkt: das ist nicht etwa Theorie, sondern 1919 sank der Basler Index der Lebenskosten (einen eidgenössischen gab es damals noch nicht!) wie folgt: 1. März 1919: 257,6; 1. Juni: 253,5; 1. September: 239,1; 1. Dezember: 238,1. Damals aber stieg im gesamten übrigen Ausland der Preisstand! Der wechselnde Wechselkurs aber senkte die hohen ausländischen Preise auf unseren Stand, den wir durch das Verhältnis zwischen Geldumlauf (Nachfrage!) und Waren-Angebot bestimmten.

(Der Golddollar sank in jener Zeit auf Fr. 3.91.) — So pfuscht uns das Ausland unter der Indexwährung nicht in unsern Preisstand, während uns gerade die Goldwährung an das Ausland — die Goldlieferanten und -hamsterer! — ausliefert!

22. Einwand: **Wenn die Preise nicht mehr steigen, so bedeutet das eine Stagnation der Wirtschaft.**

Antwort: Wir möchten die Gegenfrage stellen, was dann geschieht, wenn die Preise zurückgehen, wie das unter der Goldwährung von 1873 bis 1938 neunmal der Fall war, während 40 von diesen 60 Jahren?!

Die Aussicht auf feste Preise erhält die Produktion im Gang. Das wird jeder Geschäftsmann zugeben. Aber so richtig allerdings erst dann, wenn sich zu den festen Preisen der Umlaufszwang des Freigelds gesellt!

Vom September 1927 bis zur neuen Verminderung des Geldumlaufes nach der Wiedereinführung der Goldwährung 1929 blieb der Preisstand fest. Das Jahr 1928 mit seinem festen Preisstand aber ist als ein «Rekordjahr auf allen Gebieten» («Bund») bezeichnet worden! Im Jahresbericht für 1928 schreibt die Leitung der Schweizerischen Nationalbank über diese Zeit wörtlich:

«Was die Volkswirtschaft unseres Landes anbetrifft, so beweisen die Zahlen über den Außenhandel, den Arbeitsmarkt und den Zahlungsverkehr, sowie die Ergebnisse der schweizerischen Verkehrsanstalten, daß die Konjunkturkurve im Jahre 1928 auf höherem Stande verlaufen ist als im Vorjahr. Der Beschäftigungsgrad war in den meisten Industrien günstig. — Der Aufstieg der schweizerischen Konjunkturkurve übte auch seinen Einfluß auf die Finanzlage des Bundes aus, indem die erhöhten Zoll-

einnahmen und Stempelabgaben, sowie die bessern Ergebnisse der Post- und Telegraphenverwaltung dazu beitrugen, daß die Staatsrechnung 1928 nicht, wie vorgesehen, mit einem Defizit, sondern bereits mit einem Einnahmeüberschuß abschließen wird. — Auch die von der allgemeinen Konjunktur in hohem Maße beeinflußte Finanzlage der Schweizerischen Bundesbahnen hat von den günstigen Wirtschaftsverhältnissen Nutzen gezogen.»

23. Einwand: **Man erfährt die Veränderungen des Preisstandes erst, wenn sie geschehen sind; die Maßnahmen kommen daher zu spät; wenn der Preisstand wieder gesenkt werden muß, entstehen leicht krisenhafte Erscheinungen; wenn die Preise gesteigert werden müssen, kann man der Wirtschaft das Geld kaum aufdrängen.**

Antwort: Genau den gleichen Einwand müßte man auch der Valutapolitik machen, die das Ergebnis von Angebot und Nachfrage auf dem Valutamarkt, nämlich den Wechselkurs, stabilisiert! Man kann nämlich überhaupt bei jeder Regulierung immer erst nachträglich das Zuviel oder das Zuwenig wieder durch ein Weniger oder ein Mehr korrigieren! Eine wesentliche Abkürzung dieser Zeitspanne, in der sich die Geldvermehrung auswirkt, ergibt sich aus der Natur des Freigelds, das sofort umzulaufen beginnt, sobald es die Ausgabestelle verlassen hat. Eine Verminderung des Geldumlaufes ist äußerst selten nötig, da die Produktion andauernd steigt, sobald der Geldumlauf nicht gehemmt wird, und muß er eingeschränkt werden, dann nur, um die Preissteigerung einzudämmen, was nicht zur Krise führt, weil auch bei einer notwendig gewordenen Senkung des Preisstandes der Schwundsatz des Geldes dessen Hamstern verhindert, während es heute sofort einsetzt. Bei einer Vermehrung des Geldes wird der Zins oder (später) der Steuersatz gesenkt — beides werden überaus beliebte

Arten sein, um den Leuten das Geld «aufzudrängen»: man nimmt es ihnen ganz einfach nicht weg! Vor «mangelnder Unternehmungslust» braucht man sich dann nicht zu fürchten, wenn man den Leuten Zinsen oder Steuern erläßt: sie werden das so ersparte Geld bestimmt in Umlauf bringen, sei es durch Einlegen in eine Sparkasse, sei es durch Mehrverbrauch, sei es durch Anlagen in Sachgütern.

24. Einwand: **Die Notenbank muß die Kreditpolitik der andern Banken reglementieren, sonst wird deren Kreditgewährung oder ihr Kreditrückzug den Preisstand beeinflussen und die Tätigkeit der Notenbank durchkreuzen.**

Antwort: Jede «Kreditexpansion» der Banken ist nur über eine Vermehrung des Geldumlaufes möglich. Die Einführung des Freigelds führt alle Geldvorräte in den Verkehr und führt die Kreditexpansion sofort bis an ihre obere Grenze, wo sie durch den Umlaufszwang des Geldes auch dauernd bleibt. Daher wirkt sich jede Vermehrung, aber auch jede Verminderung des Bargeldes sofort als Vermehrung oder Verminderung der Nachfrage aus. Eine Reglementierung über die Kreditgewährung usw. wird damit überflüssig.

Das «Giralgeld», das angeblich die Tätigkeit des Währungsamtes stören könnte, erhält durch das Freigeld und den von ihm ausgeübten Druck auf die Girokonten ebenfalls die höchstmögliche Beschleunigung seines Umlaufes, der sich durch Uebertragen (girieren) äußert. Dadurch sind Störungen von seiner Seite ausgeschlossen: einerseits ist eine Verminderung der Umlaufsgeschwindigkeit für den Kontoinhaber schädigend, anderseits eine Vermehrung der Umlaufsgeschwindigkeit der Kredite usw. nicht mehr möglich, sodaß das Währungsamt das Giralgeld fest in der Hand hat. Wollte eine Bank über die verfügbare flüssige Geldmenge hinaus (Depositen usw.) Kredite erteilen, so wäre es ihr un-

möglich dies zu tun, weil ihr das Bargeld fehlen würde. Ein anderes Kreditinstitut müßte für sie einspringen, seinerseits aber Kredite verweigern, und ohne Bargeld könnte kein erteilter Kredit ausgenützt werden. Wohl kann eine Bank Kredite einräumen, die in ihrer Gesamtsumme über die verfügbaren Mittel der Bank hinausgehen, aber das geschieht nur deswegen, weil die Bank weiß, daß die Summe der eingeräumten Kredite nie auf einen Schlag vollständig beansprucht wird, sondern daß der tatsächliche Anspruch auf die eingeräumten Kredite nicht über die Summe des jeweiligen verfügbaren Bargeldes hinausgeht, dessen richtige Bemessung damit auch die «Giralgelder» richtig regelt.

25. Einwand: **Das Ausland, von dem wir abhängig sind, macht die Preise.**

Antwort: Das Ausland macht seine Preise, aber es ist dabei ebenfalls dem Gesetz von Angebot und Nachfrage unterworfen. Steigert es seinen Preisstand, so drückt es gerade dadurch den Kurs (Preis) seines Geldes. Wir Schweizer zahlen dann seine hohen Preise, kaufen jedoch sein Geld billig, d. h. zu einem niedrigeren Kurse. Je höher der ausländische Preisstand ansteigt, desto tiefer sinkt sein Kurs. Daher kommen die Waren billig ins Land, trotzdem sie im Ausland teuer sind. Umgekehrt steigt der Kurs (Preis) eines Landes, das Preisabbau macht, und seine billigen Waren müssen mit seinem von uns teuer erstandenen Gelde bezahlt werden, kommen also teurer ins Land als vorher! Ganz anders aber wirkt eine Veränderung der Notenausgabe im eigenen Lande auf den Preisstand! Nicht das Ausland, sondern das Inland macht die Preise! Das sieht man ja besonders deutlich in jeder Inflationszeit: trotz steigender Preise z. B. in Deutschland 1920—1923 sank der Preis der deutschen Waren in der Schweiz, als hier Deflation gemacht wurde.

26. Einwand: **Wahrscheinlich ist ein fester Wechselkurs besser als ein fester Preisstand, besonders in Ländern mit großem Außenhandel.**

Antwort: Diese Wahrscheinlichkeit läßt sich so genau feststellen, als sich die Fragen beantworten lassen,

1. wieviel von den durch uns gekauften Waren mit Franken bezahlt werden,

2. wieviel von unseren Zahlungsverträgen auf Franken und wieviel auf ausländische Währung lauten.

Auf 1. ist zu antworten, daß das Verhältnis der Inlands- zu den Auslandsumsätzen sich ungefähr wie 40 zu 1 verhält.

Auf 2. ist zu sagen, daß die Zahlungsverträge auf ausländische Währung in der Schweiz ebenfalls recht selten sind.

Außerdem: welchen Wechselkurs sollen wir in der Schweiz stabilisieren, den der paar Goldblockländer oder den der Vereinigten Staaten, Englands und der nordischen Länder?

27. Einwand: **Die Disproportionalitäten, die die Krise hervorgerufen haben, lassen sich nicht einfach durch Geldumlaufsvermehrung beseitigen.**

Antwort: Die «Disproportionalitäten», die die Krise verursachen, können in einem Wort zusammengefaßt werden: Absatzstockung. Der Absatz kommt durch das umlaufende Geld. Die Geldumlaufsregelung führt zwangsläufig zur Senkung des Zinses und damit zur Ueberführung von 3000 Mill. Fr. pro Jahr aus den Händen von wenigen Prozenten des Volkes in die Hände der Arbeitenden aller Stände und Berufe. Das ist ein Eingriff in die Wirtschaft, der sich nach der Einführung der Festwährung mit Freigeld selbsttätig vollzieht, ohne daß man die Planwirtschaft von außen hinein

trägt. Sie liegt in der Natur der Festwährung selbst und erfordert keinerlei Einschränkung der wirtschaftlichen Freiheit.

Die «Disproportionalität» besteht entweder zwischen einzelnen Waren oder zwischen der Gesamtheit der Waren und dem Geldumlauf. Die erstere beseitigt jeder Produzierende selbst so rasch wie möglich, die letztere besorgen wir durch die Anpassung des Geldumlaufs an das Warenangebot und nicht, wie die Goldwährungs- und die Planwirtschafter, durch Anpassung der Arbeit an den Geldmangel, also durch Arbeitslosigkeit, Produktionseinschränkung und Warenvernichtung (Valorisation).

28. Einwand: **Die feste Währung kann den Mangel während des Krieges nicht beseitigen.**

Antwort: Um eine Preissteigerung 1914/18 während des Krieges zu vermeiden, hätte eine starke Verminderung des Geldumlaufes genügt; vielleicht wäre eine gestaffelte Vermögensabgabe zur Deckung der Mobilisationskosten nötig geworden. Damit hätte man das Volk damals sofort zur Sparsamkeit angehalten; auch die Militärbehörden hätten nicht so im Gelde schwimmen können und die Ausgaben wären weit geringer gewesen, wenn die Preise nicht so hoch getrieben worden wären. Die Vermögensabgabe hätte viele Leute wieder zur Arbeit zurückgeführt. Der Zwischenhandel, der infolge der steigenden Preise immer größere Teile des Volkes anzog, hätte diese nicht aus der Warenerzeugung weggelockt. Der Verbrauch durch die «Neureichen» wäre geringer gewesen. Der Bauer hätte mehr verkaufen müssen, um seine Zinsen zu bezahlen, als dies nun bei den mehr als verdoppelten Preisen der Fall war. Die Hungersnöte in Rußland und besonders in Deutschland sprechen da eine deutliche Sprache. Weil die Schulden der Bauern verwässert wurden, brauchten sie weniger in die Städte zu verkaufen, wodurch diese in Bedrängnis gerieten. Hunger in Deutschland, Anbau-

zwang in der Schweiz 1916—18 waren die natürliche Folge der Geldverschlechterung durch die Notenpresse. Der Mangel ist auch erträglicher, wenn man sieht, daß alle darunter leiden. Das war von 1914 bis 1918 nicht immer der Fall!

Aus den genannten Gründen sieht man, daß wir die Zeit von 1914—1918 unter der festen Währung besser und friedlicher überstanden hätten als unter der Schieberwährung, der sogar «Der Bund» (Bern) 1918 eine Hauptschuld am Generalstreik zuschob! Was hier für die Kriegsjahre gesagt wird, trifft für alle Zeiten mit Lebensmittelknappheit zu.

29. Einwand: **Man muß Preisabbau machen, um exportieren zu können.**

Antwort: Wäre dieser Einwand richtig, welche Länder hätten 1921—23 am meisten Preisabbau machen müssen, um exportieren zu können? Doch die mit den höchsten Preisen, also Oesterreich, Deutschland und Italien. Wie stand es dort? Diese Länder konnten am billigsten ins Ausland liefern! Und weshalb? Weil der Preis ihres Geldes, der Kurs, sich für den Ausländer sehr tief stellte. Je höher der Preis der Waren, desto tiefer der Kurs des Geldes. Und zwar sinkt der Kurs rascher und tiefer als die Preise steigen, so daß Länder mit hohen und steigenden Preisen immer auf dem Weltmarkt unterbieten können.

Umgekehrt haben Länder mit sinkenden oder tiefen Preisen einen verhältnismäßig zu hohen Wechselkurs, so daß sie gerade infolge des Preisabbaues nicht exportieren können. Von 1893 an setzte Indien seine Silberprägungen aus, die von 1873 an seinen Preisstand fortwährend zum Steigen gebracht hatten. 8 Monate später verlangte Indien schon ein Schutzzollgesetz gegen China und Japan, wo die steigende Tendenz der Preise infolge der dortigen Geldvermehrung anhielt! Die chinesische

und japanische Konkurrenz erdrückte die indischen Pflanzer mit ihren tiefen Preisen.

1920 sank der Preis des Weizens in den Vereinigten Staaten um 30%, in der gleichen Zeit stieg der Dollar in Europa um 34%. Amerikas Ausfuhrmöglichkeiten gingen infolgedessen trotz — besser gesagt wegen — des Preisabbaues zurück.

1920 im Herbst begann die Schweiz Preisabbau zu machen; das Ergebnis war ein rasches Steigen des Frankenkurses und die Unmöglichkeit, weiter zu exportieren. Er stand damals allgemein 15% und gegenüber Deutschland sogar 53% zu hoch!

1922 kam in der Tschechoslowakei der preisabbaufreundliche Minister Raschin wieder ans Ruder. Auf das bloße Gerücht von seiner Wiederernennung stieg sofort die Hundertkronennote um 10 Rp. Nach der Bekanntgabe seiner Ernennung setzte eine derartige Steigerung ihres Kurses ein, daß die tschechoslowakische Industrie vollständig absatzunfähig wurde. Im Berner Jura wurde damals die Glasherstellung wieder lohnend und verdrängte das böhmische Glas.

Im August 1922 erleichterte die Schweizer Nationalbank die Ausgabe von Noten, indem sie den Diskont von 3½ auf 3% senkte. Die Folge war eine Vermehrung der Notenausgabe, ein Anziehen der Preise, ein Rückgang der Arbeitslosigkeit infolge — der steigenden Ausfuhr!

Es ist daher eine allbekannte Erscheinung, daß Länder mit sinkendem Preisstand sich vor der Konkurrenz des Auslandes durch Zölle und Einfuhrverbote schützen müssen, so die Schweiz 1920/21. Damals war sogar ein Gewerkschaftssekretär aus Kreuzlingen der erste, der im Bundeshaus ein Einfuhrverbot verlangte!

Warum steigt der Kurs eines preisabbautreibenden Landes? Weil 1. durch den Preisabbau das Geld kaufkräftiger wird. 2. Weil die Wucherspieler wissen, daß es deshalb im Preis (Kurs) stei-

gen wird und mehr als gewöhnlich davon kaufen. 3. Weil die ausländischen Sparer ein Geld bevorzugen, dessen Kaufkraft steigt und daher die Nachfrage danach ebenfalls vermehren.

Warum sinkt der Kurs eines preisaufstiegtreibenden Landes? 1. Weil das Geld an Kaufkraft verlieren wird. 2. Weil die Wucherspieler wissen, daß der Preis (Kurs) dieses Geldes deshalb sinken wird. 3. Weil man nun den kommenden Kaufkraftverlust genau so in Rechnung stellt und daher schon zum vornherein weniger zahlt, wie man beim Preisabbau die künftige, höhere Kaufkraft in Betracht zieht und daher für das Geld mehr verlangt, bzw. zahlt.

Bei der Goldwährung, die den festen Wechselkurs zum Richtpunkt der Geldversorgung nimmt, scheint der sinkende Preisstand den Absatz anzuregen. Die Erfahrung zeigt aber, daß dem nicht so ist. (Siehe Einwand 30!)

Auch bei gesetzlich festgelegten Kursen macht man die gleiche Erfahrung: bei sinkendem Preisstand sinkt bald der Export. Warum das? Weil ein Land mit sinkendem Preisstand Krise hat und ein Krisenland ein schlechter Kunde wird! Bei schlechten Kunden kann man auch nicht mehr dauernd kaufen, denn man muß uns auch etwas abnehmen und nicht immer nur liefern wollen.

Wie nutzlos die Preissenkung für den Export ist, erlebte 1931/32 auch Deutschland. Hier wurde der Preisstand zum Zweck der Exportförderung wie folgt gesenkt:

	Oktober 1931	März 1932
Großhandelsindex	107,1	99,8
Lebenskosten	133,1	122,4

In der gleichen Zeit aber sank der Export von 4919 Millionen Zentner auf 2991 Millionen Zentner, und die Arbeitslosigkeit stieg von 4 623 480 Personen auf 6 034 100 Personen!

Der Einwand, daß dies nicht die Folge des Preisabbaues in Deutschland, sondern eine Auswirkung der Krisenverschärfung in der ganzen Welt sei, ist nicht stichhaltig, denn die andern Länder machten zum Teil gerade wegen der deutschen Deflationspolitik ebenfalls in Preisabbau, um konkurrenzfähig zu bleiben. Eben dadurch wurde die Krise überall verschärft, der Handel fast unmöglich gemacht, und der Erfolg war das Gegenteil dessen, was man erhofft hatte!

30. Einwand: **Wird durch die Festwährung (Indexwährung) jedes Sinken des Preisstandes verhindert, so kommen die Fortschritte der Technik den Arbeitenden nicht zu gute. Nur das Sinken der Preise ermöglicht den breiten Massen, von den Fortschritten der Technik in Form der billigeren Preise Nutzen zu ziehen; verhindert man aber das Sinken des Preisstandes, so genießen die Konsumenten die Vorteile der verbilligten Warenerzeugung nicht.**

Antwort: Der feste Preisstand verhindert das Sinken von Einzelpreisen nicht; somit wird der Verkauf von billiger hergestellten Waren zu billigeren Preisen keineswegs verhindert. Der freie Wettbewerb wird denn auch sofort den Preis solcher Waren senken. Um den Preisstand zu halten, wird die Notenausgabestelle jetzt mehr Noten in Umlauf setzen. Das führt zu einer weiteren Senkung des Zinsfußes und damit zu einer Hebung der Löhne. Wenn der Zinsfuß schon die Nullinie erreicht hätte, folgte eine Senkung unter null und damit eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit, damit längere Ferien — also eine Besserstellung der Arbeitenden.

Erfahrungsgemäß aber führt der bisher eingeschlagene Weg der «Verbilligung der Produktion» statt zu einer Besserstellung der Arbeitenden zu Absatzstockung und Krise. Wir schlagen den besseren Weg ein: festen Preisstand, dafür aber steigende Löhne, später kürzere Arbeitszeit und längere

Ferien. Schon das Reden von Preisabbau kann die Krise herbeiführen.

Als man von Ende 1929 an durch die Einschränkung des Geldumlaufes bei größerer Warenerzeugung den Preisstand senkte, ging der Welthandel, statt zu steigen, zurück (siehe darüber Einwand 7): der beste Beweis dafür, daß mit dem Senken oder Sinkenlassen der Preise den Arbeitenden nichts genützt wird — dagegen gewinnen die Geldforderungen an Kaufkraft. Diese aber sind in der Regel nicht in den Händen der Arbeitenden, sondern in den Händen der Zinsnehmer (Kapitalisten).

31. Einwand: **Trotz der festen Währung können wir nicht mehr Maschinen, Uhren, Stickereien usw. absetzen.**

Antwort: Die Kaufmöglichkeiten sind abhängig von den Arbeitsmöglichkeiten der Menschen, diese wiederum von den Austauschmöglichkeiten. Die Austauschmöglichkeiten werden unterbunden durch die Erhöhung der Kaufkraft des Tauschmittels, das infolge seines wachsenden Tauschwertes zurückgehalten wird. Auf jeden Fall vermindert die schwankende Währung bei Preisfall den Absatz aller Erzeugnisse und ganz besonders derjenigen, die nicht unbedingt nötig sind, wie Stickereien, Spitzen und Uhren, und auch derjenigen, die zur Herstellung neuer Maschinen dienen, wie die Maschinen.

Die Erfahrung zeigte, daß jede Festigung des Preisstandes zu einer Belebung des Absatzes auf allen Gebieten führte, jedes Sinken des Preisstandes dagegen den Absatz auf allen Gebieten hemmte. (Siehe noch den 7. Einwand.)

32. Einwand: **Die Notenausgabe war während des Krieges Folge, nicht Ursache der Preissteigerung. In Deutschland stiegen die Warenpreise zeitweise rascher als die Notenausgabe.**

Antwort: Die Notenvermehrung betrug in der Schweiz vom 1. Juni 1914 bis 1. September 1914 64%, die Preissteigerung im selben Zeitraum 2,4%! Die erhöhten Warenpreise hätten damals eine Mehrausgabe von 6 Millionen Franken nötig gemacht, ausgegeben wurden aber 175 Millionen! Vom 1. Juni 1914 bis 1. Juni 1915 betrug die Notenvermehrung 53%, die Preise stiegen damals nur um 18,9%. Die Notenvermehrung war also wieder um ein Vielfaches größer als die Preissteigerung. Stellt man beide auf einem Blatt zeichnerisch dar, so ergibt sich, daß die Notenausgabe der Preissteigerung in der Regel um 3 Monate vorausgeht! Genau das gleiche Bild ergibt eine englische Statistik von Nicholson. Somit ist dieser oft gehörte Einwand hinfällig.

Schweiz:

	Preissteigerung 1. April 1914 = 100	Notenvermehrung 31. März 1914 = 100
1915	113	144,3
1916	131	151,5
1917	163	188,6
1918	204	258
1919	222	318,8
1920	224	328,7

Aus dieser Zusammenstellung ist klar ersichtlich, daß die Notenvermehrung in der Schweiz der Preissteigerung immer voranging.

In Deutschland stiegen die Warenpreise eine Zeitlang stärker als die Geldausgabe, weil die Preisbewegung lange Zeit weit hinter der Notenausgabe zurückgeblieben war. Warum? Weil die Noten im Inland im Glauben an einen baldigen Preisabbau und im Ausland im Glauben an ein Steigen des Kurses massenhaft gehamstert worden waren und keine Nachfrage hielten. Später suchte man sich dann ihrer zu entledigen, fand aber jetzt wenig mehr zu kaufen. Deshalb stieg die Nachfrage im gleichen Augenblick als das Angebot zurückging. So muß-

ten jetzt die Preise rascher steigen als die Geldvermehrung vor sich ging. Die Warenhamsterei trieb nun das Geld mit etwa 400 Mal größerer Geschwindigkeit um als zur Zeit seiner Hamsterung.

Gesell hat diese Entwicklung, die sich dort im Herbst 1922 abspielte, bereits im Novemberheft der «Freiwirtschaft» 1921 vorausgesagt, als er schrieb: «Der See, aus dem seit 7 Jahren geschöpft wurde, um das volkswirtschaftliche Defizit zu decken, ist jetzt auf knapp 5% seines ursprünglichen Inhalts entleert. Den Gläubigern kann man jetzt nichts mehr abschwindeln; sie haben so gut wie nichts mehr. Und da erhebt sich die Frage: Woher werden fortan die Unternehmer die Mittel nehmen, um die Betriebsdefizite zu decken? . . . Die Preise werden von jetzt an, da das Becken, aus dem die Noten ihre Kraft zogen (das Kapital der Gläubiger), erschöpft ist, statt wie bisher, der Notenausgabe nachzuhinken, ihr vorauseilen.» So kam es auch.

In der Schweiz dagegen blieb die Preissteigerung stets hinter der Notenvermehrung zurück. Die Noten wurden im ganzen bis auf beinahe das Vierfache des Standes von 1913 vermehrt, während die Preise nur um das 2,24fache stiegen. Dieses Zurückbleiben erklärt sich aus dem Verschatzen vieler Noten von Ende 1918 an, sowie aus dem Rückzug des Goldes und Silbers aus dem Verkehr. Wäre eine stärkere Vermehrung aufgetreten, so wären alle Noten nachfragehaltend auf den Warenmarkt gekommen und hätten die Preise hochgetrieben, genau wie in Deutschland.

33. Einwand: **Wir würden uns vom Ausland isolieren.**

Antwort: «Der internationale Handel kann sich ganz gut mit getrennten nationalen Münzsystemen zurechtfinden, wenn nur diese selbst eine genügende Stabilität besitzen. Ein gemeinsames Geld, ein Welt-

geld, ist nicht notwendig.» So sagt Gustav Cassel, der Finanzexperte des Völkerbundes (in «Weltwirtschaft und Geldverkehr», Gotha 1920). Und Bundesrat Dr. A. Meyer schrieb in der «N. Z. Z.»: «Die Selbständigkeit unseres Landes im Geldverkehr ist nachgewiesen. Die Verhältnisse der neuesten Zeit haben uns mit aller Klarheit gezeigt, wie riskiert und unnatürlich internationale Münzbündnisse sind.» — Tatsächlich ist mit dem 1. April 1921 die letzte nichtnationale Münze aus dem schweizerischen Geldverkehr ausgeschaltet worden, ohne daß man das seither empfunden hat.

Ueber die Art, wie der internationale Verkehr ohne Kursschwankungen möglich wäre, sagt Cassel: «Es ist wünschenswert, daß ein Land die Leitung nehmen soll, also seine Kaufkraft festlegen und künftig möglichst unverändert halten. Wäre die Kaufkraft des Dollars z. B. einmal festgelegt, so könnte jedes andere Land den Wert seines Geldes in einem bequemen Verhältnis dem des Dollars anpassen und dann durch strenge Festlegung der so gewählten Kaufkraft einen festen Wechselkurs den Vereinigten Staaten gegenüber aufrecht erhalten. Auch im Verhältnis zu andern Währungen, die in derselben Weise festgelegt worden wären, würden sich dann die Wechselkurse stabilisieren.»

Merkwürdigerweise hat man sich 1929 bis 1933 an diese Lehre von Professor Cassel gehalten, als die Vereinigten Staaten die Kaufkraft des Dollars nicht festigten, und man hielt nicht mehr auf festen Dollarkurs, als Roosevelt in London im Juli 1933 erklären ließ, er werde die Kaufkraft des Dollars festigen.

Nie hat das Ausland Schweizergeld längere Zeit und in größerem Umfang als Tauschmittel verwendet, sondern es hat das Schweizergeld höchstens gehamstert. Damit ist uns nicht gedient. Artikel 11 des Gesetzes über die Reichsbank verbietet sogar das Ver-

wenden ausländischen Geldes zu Zahlungen. Das nationale Geld ist heute überall das gegebene und nur seine schlechte Verwaltung bringt Nachteile.

34. Einwand: **Die Schweiz als ein vom Auslandshandel so überaus abhängiges Wirtschaftsgebiet kann keine eigene Währungspolitik treiben.**

Antwort: War die Schweiz seit 1914 groß genug, um eine verfehlte Währungspolitik zu treiben, so ist sie auch nicht zu klein, um sich eine richtige zu leisten, d. h. eine solche, die auf die Festigung der Kaufkraft des Geldes hinarbeitet. Wir haben nur noch nationales Geld (siehe 33. Einwand!) und sollen und müssen dieses Geld auch national verwalten; wir wollen keinen, auch keinen goldenen Internationalismus! Wir müssen aber auf Festigung der Kaufkraft unseres Geldes hinarbeiten. Da in jedem Land bedeutende Kräfte auf denselben Weg drängen, wäre die Schweiz nicht lange isoliert. War unser kleines Land groß genug für die Gründung des Weltpostvereins, so reichte sein Umfang wohl auch für einen Festwährungsverein.

Jede Veränderung der Kaufkraft des Geldes bedeutet ein Schwanken der Wechselkurse. Je fester die erstere ist, desto geringer diese. Wird sie ganz fest, so schwankt unser Kurs nur noch in dem Maß, als die Kaufkraft des Geldes anderer Staaten schwankt. Wir sind dann unschuldig an den Valutaschwierigkeiten. Heute vermehren wir sie zu unserm eigenen Schaden!

Wie unabhängig man vom Ausland ist, zeigt das Beispiel England-Indien 1873—1893. Während der Index (1873 = 100) in England von 100 auf 78 sank, stieg er in Indien auf 117. Und die beiden Länder verkehrten nach wie vor miteinander. Oder 1798 bis 1815 stiegen im gesamten übrigen Ausland alle Preise (infolge der Notenausgabe), während sie in der

Schweiz eher sanken (weil hier keine Noten ausgegeben wurden). Auch 1919/20 stiegen die Preise überall, auch in den Vereinigten Staaten, während sie in der Schweiz annähernd fest blieben, weil hier die Notenpresse schon ruhte. («Das hatte man dem ungestümen Drängen der Freigeldleute zu verdanken.» — Professor Dr. Furlan, Handelsredaktor der «Basler Nachrichten», 1918.)

35. Einwand: **Der Uebergang zur festen Währung ist ein Experiment, das wir nicht wagen dürfen.**

Antwort: 1914 wagte man den Uebergang von der Goldwährung — wohin? Man wußte es nicht! Es war allerdings damals kein «Experiment», denn ein Experiment setzt eine Theorie voraus, eine Ueberlegung, welche man erproben will. Wir hatten aber damals gar keine Theorie und keine Ueberlegung, wenigstens ist uns nie etwas derartiges vom Finanzdepartement oder von Seiten der Nationalbank zu Ohren gekommen. Wir experimentierten nicht, sondern wir pfuschten. Durch Pfuscherei stiegen von 1914 bis 1920 die Preise. Wir Freiwirtschafter sagten das Ergebnis dieses Pfuschs schon 1915 voraus! Von 1920 ab pfuschte man anders: auch das Ergebnis dieser Veränderung war von uns vorausgesagt worden, es traf ebenfalls richtig ein: die Preise sanken und die ungeheure Krise war die Folge! Dr. Th. Christen schrieb 1916 dem Bundesrat, daß uns der Versuch des Preisabbaues eine Krisis bescheren werde, die man als «Landesunglück» bezeichnen würde — sie trat auch ein.

Den Uebergang zur festen Währung haben wir seit 1914 mehr als 30 Mal gemacht, indem wir von der sinkenden zur steigenden Preisbewegung und umgekehrt übergingen. Doch waren es eben nur Uebergänge. Immerhin blieb der Preisstand im Sommer 1922 und 1923 oft monatelang beinahe auf der gleichen Höhe, am längsten dann September 1927 bis April 1929. Der «Uebergang» zur festen

Währung ist also etwas, was wir schon seit langem kennen!

Die guten Wirkungen jedoch blieben aus (mit Ausnahme des «Rekordjahres» 1928), weil niemand an den festen Preisstand glaubte, sondern den Preisabbau oder eine weitere Steigerung erwartete. Nur 1928 hatte man sich von dieser bedrückenden Vorstellung freigemacht.

36. Einwand: **Gibt man dem Staat nicht zuviel Macht in die Hand, wenn er durch seine Geldverwaltung die Höhe des mittleren Preisstandes bestimmen kann? Die Goldwährung bildet eine natürliche Begrenzung der Geldmenge!**

Antwort: Mit dieser Begründung würde man im Längenmaß beim Fuß und im Hohlmaß beim hohlen Schädel bleiben müssen: da bildet die Natur auch eine natürliche Bremse für die Größe des Maßes! Für die Geldmenge aber bildet die Natur keine Grenze nach unten, weil das Hamstern des Geldes unbegrenzter vor sich gehen kann als Fuß und Schädel klein sein können! Das Gold schützt uns vor der Deflation nicht, und daß die Deflation weit schlimmer ist als man gewöhnlich glaubt, das lehren uns die Ruinen Athens, Roms und nun auch schon unsre eigenen geschlossenen Fabriken. Außerdem aber wird die «Goldbremse» doch immer wieder außer Betrieb gesetzt, wenn es den Staatsmännern nötig erscheint, um einen Krieg auf Kosten der angeblich mündelsicheren Gelder zu finanzieren. Wäre das Volk darauf eingestellt, daß die Handhabung der Währung eine Tat ist, für die jemand verantwortlich gemacht werden kann, so würde dies eine weitaus bessere Sicherung der Währung sein als es die Goldwährung jemals sein kann. — Wer diesen Einwand bringt, anerkennt übrigens damit die Quantitätstheorie des Geldes.

Durch seine Gesetze muß der Staat schon heute allgemeine Richtlinien für die Geldausgabe

geben. In der Regel laufen sie auf ein künstliches Festhalten des Gold- und Silberpreises hinaus. Dies nützt den Gold- und Silberminenbesitzern und, da alle andern Preise schwanken, den Wucherspielern (Spekulanten). Wenn man auf jeden Fall Währungsgesetze hat, wollen wir solche zugunsten der Arbeit und nicht zugunsten des Wuchers haben. Die Währungs- oder Notenbankgesetze bestimmen auf jeden Fall den Geldbestand des Landes, damit aber auch die Höhe der Nachfrage, soweit sie vom Geldbestand abhängig ist: die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes liegt in den Händen derer, die das Geld hamstern oder auch schneller umtreiben können. Wir sehen: der Geldumlauf liegt also auf jeden Fall in der Hand eines Menschen oder einer Gruppe von Menschen.

Daher finden wir es am besten, das Volk über die Währungsfrage aufzuklären, damit es künftig die Geldverwaltung selber in die Hand nimmt und stets streng beaufsichtigt, indem es den Stand des mittleren Warenpreises im Auge behält. Nicht dem Staat, jedem Bürger steht dann das Aufsichtsrecht über die Aufrechterhaltung der Währung zu, weil dann jeder Bürger weiß, wo der Fehler liegt, wenn die Preise allgemein steigen oder allgemein sinken.

37. Einwand: **Wenn wir die Goldwährung oder auch die Vorkriegsverhältnisse wieder hätten, könnten wir zufrieden sein.**

Antwort: die Goldwährung brachte uns:

1. Die Dauerkrise der Jahre 1873—1893, wo der Grund gelegt wurde zum Schutzzollsystem, zur Kolonialpolitik, zum Streit um die «Interessensphären», schließlich zur Bündnispolitik (Entente und Dreibund) und damit zum Weltkrieg. Alte Leute trösten uns heute gelegentlich damit, 1880—1890 sei es noch schlimmer gewesen als heute! Das spricht nicht für die Güte der Goldwährung! Und die «guten» Vor-

kriegsverhältnisse brachten uns doch den — Weltkrieg!

2. Die Goldwährung brachte uns weiter die Preisrückgänge von 1901, 1907/08, 1913/14, die alle eine Verarmung des arbeitenden Volkes infolge der Absatzstockung und Arbeitslosigkeit brachten und deren letzte zum Ausbruch des Weltkrieges beitrug. (Kriege brechen immer zur Zeit sinkender Preise aus!)

3. Das «wertbeständige Gold» brachte uns erneute Preisschwankungen. 1873 hat man in den meisten europäischen Ländern die Goldwährung eingeführt anstelle der vorher üblichen Doppelwährung Gold-Silber. Setzt man den Preisstand und den Goldwert von 1873 gleich 100, so ergeben sich folgende Schwankungen — wohlverstanden! — unter der Goldwährung!

Jahr	Kaufkraft des Goldes	Großhandelsindex in den Vereinigten Staaten
1873	100	100
1886	177	58
1891	123	79
1895	177	58
1900	134	73
1903	150	66
1912	111	90
1913	129	78
1920	36	282
1922	50	197
1924	56	178
1932	84	119

Die Kaufkraft des Goldes schwankte also seit 1873 von 36 bis 177, also zwischen 1 und 5, d. h. die Preise verfünffachten sich (von 1886 bis 1920).

Ueber die Goldwährung urteilt Prof. Mitchell, «einer der besten Kenner der Preisrevolution der letzten 30 Jahre» (Urteil von Prof. Dr. Stephan

Bauer in Basel), in der «American Economic Review», März 1920, Seite 155: «Die Vereinigten Staaten haben die Goldwährung während des Krieges ohne ernstliche Einschränkungen aufrechterhalten. ... Nichtsdestoweniger haben wir beinahe so gewaltige Preisfluktuationen erlebt wie jene der Papiergeldperiode. Diese Preisschwankungen haben Millionen von Familien unverdiente Leiden verursacht und Tausenden unverdienten Reichtum zugeschanzt. Sie haben zu unproduktiven Kämpfen geführt, in einigen Schichten Schwelgerei begünstigt und die Klasse der «neuen Reichen» geschaffen. Sie haben die Spekulation gefördert und die Leistungsfähigkeit der Betriebsführung und der Arbeit geschwächt. Wir sind ärmer an Gütern, wir sind streitsüchtigeren Geistes und weniger arbeitsbereit infolge dieser Preisschwankungen. All das ist geschehen unter der Goldwährung 1914 bis 1920 und nicht mehr gutzumachen.»

Seit 1920 hat Senator Ladd die Verluste, welche allein die Bauern in den Vereinigten Staaten unter der Goldwährung durch den Preisabbau erlitten, auf 14 Milliarden Dollar für das Jahr 1920 und 18 Milliarden Dollar für das Jahr 1921 berechnet, also auf zusammen 32 Milliarden Dollar = über 160 Milliarden Franken. 1913 berechnete man das Nationalvermögen in der Schweiz auf 40 Milliarden Franken!

Der neue Preissturz, mit andern Worten die neue Erhöhung des Goldwertes seit 1929 hat die Bauern der ganzen Welt auf das schwerste geschädigt. Die allgemeine Wiedereinführung der Goldwährung war auch diesmal, wie 1873 die erste allgemeine Einführung, von einer furchtbaren Deflation begleitet, der selbst Finnland zum Opfer fiel, das seit 1914 keine Krise mehr gekannt hatte.

Die Zukunft des Goldes ist erst recht in Dunkel gehüllt. Nicht ein totes Metall, das leichter als

alle anderen Waren dem Markt entzogen und gehamstert werden kann, sondern die stete Anpassung eines immer im Umlauf befindlichen Geldes (Freigeld!) an das Warenangebot kann uns einen festen Preisstand und damit einen festen Geldwert verbürgen.

38. Einwand: **Die Landwirtschaft ist «nicht in erster Linie am Preis an sich interessiert, sondern am Verhältnis zwischen den Preisen der Produktionsmittel und Dienstleistungen einerseits und den Produktenpreisen anderseits».** (Dr. O. Howald.)

Antwort: Das heißt, auf die Arbeiterschaft übertragen, diese sei interessiert nicht am Preisstand, sondern an der Höhe des Lohnes. Mit andern Worten: die ganz verfehlte Gewerkschaftspolitik alten Stils (die mehr und mehr einer besseren Auffassung Platz macht) wird hier für die Bauern als richtig hingestellt! Was Howald sagt ist völlig falsch!

1. Ist «der Preis an sich» nicht gleichgültig, sondern er entscheidet darüber, wie viel allgemein für den Zins gearbeitet werden muß: doppelt so viel beispielsweise, wenn «der Preis an sich» auf die Hälfte, halb so viel, wenn der Preis auf das Doppelte gestiegen ist. Das «interessiert» doch den Bauern sicher!

2. Es ist unmöglich, einem Teil der Arbeitenden auf Kosten der andern dauernd zu helfen. Es findet bald eine Umstellung der Arbeitenden statt, die dem «Sieger» den eroberten Vorteil wieder raubt. So steigen beispielsweise die Pachtzinse und die Landpreise, sobald die landwirtschaftlichen Produktenpreise im Verhältnis zu den Preisen der Produktionsmittel und Dienstleistungen (Löhnen) ins Steigen gebracht worden sind. Diese Politik hat man in der Schweiz seit über 30 Jahren getrieben. Das Ergebnis? Wir sehen es heute! (Siehe darüber den 93. Einwand!)

3. Ohne einen festen allgemeinen Preisstand hängt jeder einzelne Preis in der Luft. Kommt der Preisstand gar ins Sinken, so ist der Bauer stets der am meisten leidtragende, da ihm 1. seine Schulden damit aufgewertet werden, 2. er keine Arbeitslosen der Gemeinde aufbürden kann und er 3. einen festen Zins zu zahlen hat, während die Aktiengesellschaften die Dividenden senken können.

4. Eine Stabilisierung des allgemeinen Preisstandes hat noch immer auch den landwirtschaftlichen Preisstand sich erholen lassen, ohne Erhöhung der Lebenskosten, weil dann die industriellen Produkte infolge guten Geschäftsganges und infolge der Serienfabrikation sinken. So stieg z. B. bei festen Lebenskosten 1927 bis 1928 der Milchpreis von 21 auf 24 Rp.

39. Einwand: **«Eine Stabilisierung der Preise ist nur dann von dauerndem Nutzen, wenn gleichzeitig die absolute Planwirtschaft mit all ihren Nachteilen eingeführt oder jeder technische Fortschritt unterbunden wird.»** (Dr. O. Howald.)

Antwort: Planwirtschaft treibt jeder, der planmäßig arbeitet; planmäßig arbeitet jeder, der sich über den Absatz klarzuwerden sucht, und das tut jeder, der auf eigene Verantwortung und auf eigene Kosten arbeitet. Niemals kann ein Beamter mit der gleichen Sorgfalt die Möglichkeiten erforschen wie einer, der sein eigenes Geld zu Markte trägt.

Nur in einem Punkte herrschen — sagte Ministerpräsident Daladier 1933 auf der Londonerkonferenz — «Zufall und Willkür»: bei der Goldwährung, die uns «die Ware aller Waren», nämlich das Tauschmittel, das Geld, liefern sollte! Wer sagt, daß mit der richtig geregelten Geldversorgung, mit der festen Währung die Planwirtschaft nötig werde, ist blind geblieben für die Entwicklung der Weltwirtschaft unter der Goldwährung, die uns ja

gerade deshalb in die bekannten Planwirtschaftsversuche wie Getreideabkommen, Anbauvorschriften usw. und in die Warenvernichtung hineinzwang. Wer sagt, daß eine richtig geregelte Geldversorgung der Wirtschaft, die zu einem festen Geldwert führt, zur Planwirtschaft führe oder die Entwicklung der Technik verhindere, der stellt die Tatsachen auf den Kopf. Nicht das von uns geforderte «Geradegenug» an Geld, sondern das Zuwenig an Geld führte zu den Eingriffen in die Wirtschaft und in die Brüning-, Laur- und Schultheßpolitik hinein.

Den Beweis für diese Entwicklung unter der Goldwährung haben uns ja vor allem gerade die Vereinigten Staaten geliefert, die seit den Siebzigerjahren bis im April 1933 die Goldwährung aufrechterhielten und mit ihr in die Planwirtschaftsexperimente von Johnson und Roosevelt hineingetrieben wurden!

Die freiwirtschaftliche Krisentheorie und die Einwände dagegen

Allgemeine Wirtschaftskrisen brechen aus, wenn die steigende Preiskurve ihren Höhepunkt erreicht hat und wieder abzusinken beginnt.

«Die Preise können aus drei Gründen zurückgehen:

1. weil die eigentümlichen Produktionsverhältnisse des Goldes eine willkürliche Anpassung des Geldangebotes (Nachfrage) an die Warenerzeugung (Angebot) nicht erlauben;

2. weil bei steigender Warenerzeugung (blühender Volkswirtschaft) und damit Hand in Hand gehender Vermehrung der sogenannten Realkapitalien der Zins für diese zurückgeht, weil dann kein Geld mehr für die Bildung neuer Realkapitalien sich anbietet und der Absatz der hiefür bestimmten Waren (ein ganz bedeutender Teil der Warenerzeugung, zumal bei zunehmender Volkszahl) stockt;

3. weil bei vermehrter Warenerzeugung und wachsendem Wohlstand das Geld (Nachfrage) von den Goldschmieden eingeschmolzen wird, und zwar im Verhältnis zum wachsenden Warenangebot.

Diese drei Ursachen des Rückganges der Warenpreise genügen jede allein für sich, um eine Krise hervorzurufen und ihre Natur ist so, daß, wenn auch die eine etwa infolge genügender Goldfunde ausfällt, die anderen dafür in die Lücke springen. *Einer der drei Ursachen der Krisen verfällt die Volkswirtschaft immer und gesetzmäßig.*»

«Wie könnten nun die Wirtschaftsstockungen verhütet werden? In der Erklärung ihrer Ursache ist auch schon die Bedingung angegeben, die für die Verhütung der Wirtschaftsstockungen erfüllt werden

muß, und diese lautet: Die Preise dürfen niemals und unter keinen Umständen fallen.»

«Wir erreichen das:

1. Indem wir das Geld vom Golde trennen und die Geldherstellung nach den Bedürfnissen des Marktes richten;

2. indem wir das aus Papier hergestellte Geld so gestalten, daß dieses unter allen Umständen gegen Waren angeboten wird, und zwar selbst dann noch, wenn der Kapitalzins, der Zins des Geldes sowohl wie der Zins der Sachgüter (Realkapitalien), fällt und verschwindet.» (Silvio Gesell, «Natürliche Wirtschaftsordnung».)

40. Einwand: **Krisen müssen immer sein. Sie sind etwas Natürliches, wie ein befruchtendes Gewitter, oder sie entsprechen natürlichen Vorgängen in der Natur, wie z. B. Ebbe und Flut.**

Antwort: Der Vergleich ist unzutreffend. Die Krisen gehen auf menschliche Einrichtungen zurück, die im Lauf der Jahrhunderte geschaffen wurden und verbessert werden können. Wie das Geld etwas Gemachtes ist, so auch die Krisen; man braucht sich nur zu überlegen, wie eine rasche Vermehrung des Geldumlaufes bei einer kommenden Krise wirken würde, um die Möglichkeit ihrer Verhinderung oder Beseitigung sofort einzusehen. «Das Mittel, die Baisse (Krise) aufzuhalten, wäre, genug Noten auszugeben», sagte Leopold Dubois, der Präsident des Verwaltungsrates des Schweizerischen Bankvereins in der eidgenössischen Währungskommission 1923. Und ähnlich schreiben eine Reihe von Fachleuten.

41. Einwand: **Die Ursache der Wirtschaftskrisen ist das Auseinanderfallen der Produktion und Konsumtion, das sich vor allem darin zeigt, daß die Preise rascher steigen als die Einkommen, sodaß die verminderte Kauffähigkeit der Arbeitenden eine Ueberproduktion zur Folge hat.**

Antwort: Hier wird zweierlei übersehen:

1. Die Waren müssen gekauft werden, und zwar entweder zu Verbrauchszwecken oder zu Sparzwekken (Sachgüteranlagen). Für die Waren muß in beiden Fällen Geld als Nachfrage hergegeben werden. Ist dieses Geld nicht in genügender Menge vorhanden, oder wird es zurückgehalten, so erhält der Warenerzeuger das Gefühl der Ueberproduktion — selbst bei geringer Gütererzeugung —, weil die Preise dann ins Sinken kommen. Jede Geldvermehrung oder jede Beschleunigung des Geldumlaufes (die z. B. erreicht werden kann durch Zeitungsmeldungen von steigenden Preisen) vermindert dagegen sofort die angebliche «Ueberproduktion».

Dieses scheinbare «Auseinanderfallen von Produktion und Konsumtion» kann man jederzeit selbst bei größter Warenarmut haben, sobald die Preise (beim Gerücht von Preisabbau) Neigung zum Sinken zeigen. 1918 warteten in Berlin die gleichen Läden tagelang vergeblich auf Kunden, die wenige Wochen später bei wiedereinsetzender Preissteigerung leergekauft wurden. Waren die Leute unterdessen reicher geworden? Wohl kaum! Man setzte bloß mehr Geld um! Und die Baumwollerzeuger in den Vereinigten Staaten hatten 1933 sofort Absatz und dachten nicht mehr an Einschränkung der Anbaufläche, als das Geld wieder vermehrt umlief.

2. Wenn die Preise rascher steigen als die Löhne, so heißt das, daß das Einkommen der Freierwerbenden, z. B. der Bauern, rascher wächst als das Einkommen des Lohnarbeiters. Es handelt sich also hier um eine Einkommensverschiebung. Diese könnte eine Krise nur begünstigen, wenn das gesteigerte Einkommen des einen Standes als Geld gehamstert würde. Aber gerade bei steigenden Preisen ist dies nicht der Fall; da wird das Geld rasch gegen Ware umgetauscht. Einzig der Ertrag der Geldanlagen geht zurück, was der Arbeit zugute kommt. Deshalb tritt bei steigenden Preisen nie eine Krise auf, sondern nur bei sinkenden Preisen oder in der Erwartung solcher.

42. Einwand: **Die Krise ist eine Folge des Weltkrieges.**

Antwort: 1. Dann müßte es vor dem Weltkrieg keine Krisen gegeben haben. Aber 1913/1914 standen die Geschäfte allerorts äußerst schlecht und riesige Arbeitslosenumzüge waren in allen Städten an der Tagesordnung.

2. werden wir häufig damit getröstet, die Krisen von 1857 oder 1874 oder 1880—90 seien noch schlimmer gewesen als unsere Nachkriegskrisen! Da war es also doch kaum der Weltkrieg 1914—18!

3. gab es seit dem Weltkrieg Länder ganz ohne Krisen, wie Finnland (bis 1929).

4. gab es seit dem Weltkrieg krisenlose Zeiten, z. B. 1919 und 1927/29.

Das alles zeigt (siehe darüber näher in «Das Problem der Arbeitslosigkeit in internationaler Betrachtung», Bern 1930), daß die Krise keine Folge des Krieges sein kann, sondern eine andere Ursache haben muß. Restlos erklärt werden die Vor- wie die Nachkriegskrisen durch die Feststellung, daß auf jedes Zurückbleiben des Geldumlaufes hinter dem Warenangebot die Krise auf dem Fuße folgt — immer, und in allen Ländern.

43. Einwand: **Während des Krieges sind Länder zur Selbstversorgung übergegangen, die vorher gute Abnehmer waren. Das bedingt Arbeitslosigkeit bei uns — und damit Krise. Es handelt sich da also um «Strukturwandlungen».**

Antwort: Wenn man Uhren in Südamerika oder Maschinen in Mexiko herstellt, so gibt deren Erzeugung in diesen Ländern genau so viel Arbeit wie bei uns. Eine Vermehrung der Weltarbeitslosigkeit kann daher aus dieser Ursache nie entstehen: nur eine Verschiebung der Beschäftigung. Die Weltarbeitslosigkeit müßte eher abnehmen, weil neue Maschinen nötig werden! — Ferner ist es eine bekannte Tatsache, daß die industrialisierten Länder für uns eine weit bessere Kund-

schaft sind als die Länder ohne eigene Industrien, weil die Industriebevölkerung besser lebt als ein Volk von Farmern. «Strukturwandlungen» geben also mehr und nicht weniger Arbeit!

Es kaufte bei uns im Jahre 1932 laut «Eidg. stat. Jahrbuch» der

Chinese für 0,02 Fr.
Russe für 0,07 Fr.
Japaner für 0,10 Fr.
Belgier (mit Kolonien!) für 0,10 Fr.
Türke für 0,20 Fr.
Portugiese und Mexikaner für 0,30 Fr.
Serbe, Grieche, Rumäne, Niederländer und Nordamerikaner für 0,40 Fr.
Bulgare und Pole für 0,50 Fr.
Spanier für 0,70 Fr.
Ungare für 1 Fr.
Argentinier für 1,20 Fr.
Franzose (Kolonien inbegriffen) für 1,60 Fr.
Norweger für 1,60 Fr.
Italiener für 1,80 Fr.
Tscheche, Deutsche, Engländer und Brasilianer für 2 Fr.
Schwede für 2,20 Fr.
Däne für 2,30 Fr.
Oesterreicher für 3 Fr.

Zu diesen Zahlen ist noch zu bemerken, daß sie seit 1931 sehr zu Ungunsten der hochindustrialisierten Länder des Sterling- und Dollarblocks verändert worden sind: ohne die Valutaschwierigkeiten würde die Ausfuhr nach den hochindustrialisierten Ländern Nordamerika und England weit höher sein, sie war z. B. nach USA. 1930 noch dreimal höher als 1934, ebenso nach Japan.

Bezeichnend ist auch, daß die Länder mit der uns ähnlichsten Struktur Dänemark und Oesterreich gerade die Länder sind, die uns pro Kopf ihrer Einwohner am meisten abnehmen! Die Krise daher erklären zu wollen, daß nun auch andere Län-

der dasselbe machen wie wir, ist durch diese Tatsachen als falsch erwiesen worden. Ein arbeitender Mensch ist niemals ein schlechter Kunde für uns!

44. Einwand: **Die Krisen sind eine Folge der anarchistischen Produktionsweise. Statt einer Bedarfs- und Planwirtschaft haben wir eine Profitwirtschaft.**

Antwort: Anarchistischer als bei der «Ware aller Waren», wie Karl Marx das Geld bezeichnet hat, geht es bei der Herstellung keiner anderen Ware zu. Ueber die Geldversorgung entscheiden «Willkür und Zufall», sagte der französische Ministerpräsident Daladier auf der Londoner Konferenz 1933. Von der Willkür der Großgeldbesitzer hängt es ab, ob das Geld umläuft oder ob es gehamstert wird, und vom Zufall, ob man Gold findet. Bei keiner anderen Ware dürften Zufall und Willkür eine solche Rolle spielen — und das Geld ist die unentbehrliche Voraussetzung für Absatz und Arbeit. Die Störungen, die die Produktion anarchisch erscheinen lassen, kommen ausnahmslos alle von der Geldseite her, während die Einordnung in einen natürlichen Wirtschaftsplan von den Warenerzeugern herkommen. Selbst die brasilianische Kaffeeüberproduktion ist eine Folge der allgemeinen Deflation, in der die dortige Regierung den Kaffeepreis hochhalten wollte.

45. Einwand: **Die Planlosigkeit unserer Wirtschaft führt zu einer zeitweisen Ueberproduktion, auf die eine Krise folgen muß!**

Antwort: Wir müssen hier zwei Arten der Ueberproduktion genau auseinanderhalten: 1. Die Ueberproduktion an Sachgütern (Realkapital, z. B. Häuser, Fabriken, Werkstätten, Maschinen usw.) und 2. die Ueberproduktion an Verbrauchsgütern. — Die Ueberproduktion an

Sachgütern gab es noch nie: ihr Kennzeichen wäre das Sinken ihrer Zinserträge bei festem Preisstand unter Null — etwas Nochniedagewesenes! — Die Ueberproduktion an Verbrauchsgütern wäre da, wenn der Zins auf null Prozent steht, das arbeitslose Einkommen also beseitigt und das Recht auf den vollen, unverkürzten Arbeitsertrag verwirklicht ist und dann die Waren von den Arbeitenden, die im Vergleich zu heute den doppelten und mehrfachen Arbeitsertrag haben, nicht mehr gekauft werden: dann wäre die Ueberproduktion da! Die Leute würden sofort die Arbeitszeit verkürzen und damit die Produktion auf das notwendige Maß zurückführen. Eine solche, wirkliche Ueberproduktion hat die Welt noch nie gesehen. Sie ist nur möglich, wenn das Geld nicht streiken kann, wenn der Zins fällt, und wenn es dem Warenangebot so angepaßt wird, daß der Preisstand nie sinkt.

Von 1929 bis 1932 ist die Gesamterzeugung der Welt von 106 auf 94 gesenkt worden — aber nichtsdestoweniger sprach man niemals so viel von «Ueberproduktion» wie in diesem Jahr. Warum? Weil der Geldumlauf unsinnig gesenkt worden war, so daß die Verhungernden nichts kaufen konnten, und es sind damals, zur Zeit der «Ueberproduktion», 2,4 Mill. Menschen verhungert! (Siehe auch Schluß der Antwort unter Einwand 51!)

46. Einwand: **Die Maschinen und die Rationalisierung schalten unausgesetzt Arbeitskräfte aus, die nicht wieder verwendet werden können.**

Antwort: Wenn dem so wäre, müßte die Arbeitslosigkeit steigen, wenn die Maschinen und die Rationalisierung zunehmen, und umgekehrt. Nun führt aber Prof. Dr. Marbach in seinem Buche «Kartelle, Syndikate und Trusts» den Nachweis — ohne dies besonders zu wollen —, daß die Jahre der großen Arbeitslosigkeit stets die Jahre waren, in denen und vor denen die Maschinen nicht besonders

vermehrt wurden, während in den Jahren guter Beschäftigung die Maschinen stark vermehrt wurden.

Es wurden im Jahre 1913 in Deutschland für 2150 Mill. Mark Maschinen neu in Funktion gesetzt. Von 1924 bis 1932 hat der Zuwachs und Erneuerungsbedarf diese Zahl nur in dem Jahre 1928 erreicht, in allen übrigen Jahren blieb sie hinter der Vorkriegszeit zurück. Dieser Rückstand betrug:

1924: 38,8 Prozent; 1925: 22,9 Prozent; 1926: 40,5 Prozent; 1927: 10,6 Prozent; 1929: 8,1 Prozent; 1930: 30 Prozent; 1931: 49,6 Prozent; 1932 70,8 Prozent.

Man muß feststellen, daß gerade die letzten Jahre heftiger steigender Arbeitslosigkeit (Dr. Brünings Preisabbaupolitik) von geradezu sturzartig fallenden und niedrigen Maschineneinstellungen begleitet waren.

Der Tiefstand der Maschineneinstellung war so stark, daß er nicht einmal mehr ausreichte, den normalen Erneuerungsbedarf zu decken. Und trotz alledem stieg die Arbeitslosenziffer des Jahres 1932 auf 6 Millionen!

Daraus geht hervor, daß es eine andere Ursache sein muß, die Maschinen und Menschen gleichzeitig beschäftigt und sie gleichzeitig arbeitslos macht. — Die Rationalisierung endlich vermehrt und verbilligt die Herstellung der Erzeugnisse, und wo dies unterlassen wird, tritt die Absatzstokkung ein, da der Wettbewerb den ausschaltet, der nicht mit den neuesten Mitteln arbeitet. So hat im Septemberbericht des Bankvereins 1930 der Berichterstatter die große Arbeitslosigkeit Englands der dortigen Abneigung gegenüber der Rationalisierung zugeschrieben!

In den Jahren 1918 bis 1920, bis zum Beginn der Geldverminderung, stritten sich in der Stadt Bern 100 Geschäfte, die Leute suchten, um 93 Stellesuchende. Warum? Weil damals noch immer mehr Geld umlief. Mit der Verminderung des Geldumlaufs brachte man es fertig, binnen einem Jahr die Zahl

der Stellesuchenden — also der Arbeitslosen! — pro 100 offene Stellen auf 201 hinaufzubringen! Ohne neue Maschinen — bloß durch eine Verminderung der Geldmenge von 1036 Mill. am 1. Januar 1920 auf 725 Mill. am 23. August 1922!

47. Einwand: **Trotz des Versuchs der Vereinigten Staaten, die Indexwährung durchzuhalten, gelang es 1929 doch nicht, die Krise zu verhindern.**

Antwort: Es ist unwahr, daß die Federalreservebanken der Vereinigten Staaten gesetzlich zur Innehaltung des festen Preisstandes, also der festen Währung verpflichtet worden sind. Noch im Jahre 1930 wurde eine Gesetzesvorlage von Glaß, die den festen Preisstand verlangte, durch Hoovers Veto zurückgewiesen, und 1924 schrieb Dr. E. Kellenberger in einem Brief, den Bundesrat Musy namens des Bundesrates unterzeichnete, daß man sich vom festen Dollarkurs löse, falls in den Vereinigten Staaten der Preisstand noch weiter gesteigert werde — was nicht auf feste Währung schließen läßt! Tatsächlich hat man 1928 auf 1929 alles getan, um in den Vereinigten Staaten den Preisstand zu senken, statt ihn zu halten. Schon vorher war er nie so fest wie der Preisstand in der Schweiz. (Genaue Zahlen darüber in Schwarz, Konjunkturprognose, S. 63.) Von 1929 ab ging man aber schnurstracks auf eine Senkung los. Hier der Beweis:

Jahr	Produktionsziffer (1923 = 100)	Geldbestand
1928	111	4973
1929	119	4865

Die Geldmenge blieb hinter der Produktion sehr stark zurück; die Produktion stieg von 1927 bis 1929 um 12%, während die Geldmenge um 2% sank, statt daß sie um 8% gestiegen wäre!

Gegen das Jahresende 1929 wurde der Geldbestand wieder nicht im nötigen Maße gehoben, während die Produktion weiter anstieg.

	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
1928:	4804	4836	4860	5003	Zunahme 4%
1929:	4811	4810	4845	4943	Zunahme 2%

Auch der Diskontsatz (Zins für neues Geld!) war seit 1926 ständig langsam gehoben worden, bis der Preissturz infolge des Auseinanderfalles von Geld = Nachfrage und Waren = Angebot kam:

Diskontsatz:

1926:	3,99	1928:	4,42
1927:	3,85	1929:	4,94

Hinzu kam die Verlangsamung des Geldumlaufes mit dem Sinken des Zinses: der Ertrag der Aktien sank von 5,2 im Jahre 1925 auf 2,8% unmittelbar vor Ausbruch der Krise. Statt die Aktienkurse frei steigen und fallen zu lassen, versuchte man 1929 diese zu festigen, d. h. also zu senken: statt dessen sanken nun die Preise und damit war die Krise da. Man hatte statt der Arbeit dem Wucherspiel geholfen!

48. Einwand: **England, Dänemark und Schweden haben die Goldwährung 1931 aufgegeben und doch hatten sie 1932 noch Krise.**

Antwort: Natürlich! Denn weder haben sich diese Länder für die feste Währung erklärt, noch haben sie diese nach den Vorschlägen der Freiwirtschafter durchgeführt, also das Bargeld mit einem Schwund von 6% belegt. Da mußte der Erfolg ausbleiben. Diese Länder haben im Gegenteil den Preisstand 1932/33 sinken lassen. England z. B. von 147 im Jahre 1931 auf 136 im Jahr 1933! Und da wundert man sich, wenn die Krise nicht wich?!

49. Einwand: **Heute wird nicht mehr so viel Geld gehamstert wie ehemals, die Thesaurierung spielt keine große Rolle mehr.**

Antwort: Präsident Hoover schrieb am 18. September 1932 in der «Neuen Freien Presse»: «Die Hamsterung von Geld hat einen ganz ungeheuren Umfang angenommen. Sie hat die Arbeitslosigkeit

gesteigert. Niemand kann bestreiten, daß für die amerikanische Wirtschaft eine große Erleichterung eintreten würde, wenn die Riesensummen gehorteten Geldes (Hoover schätzte sie auf 1½ Milld. Dollar) wieder in Umlauf gebracht würden.» — Bundesrat Schultheß erklärte am freisinnigen Parteitag in Olten (Oktober 1931): «Schätzungsweise 800 Mill. Franken sind heute gehamstert. Laßt die Millionen zirkulieren, heraus mit diesem Gelde.» — In der Regel sind über ein Drittel der Noten 500er und 1000er — und diese dienen meist der Hamsterung. Im ersten Halbjahr 1933 sind 800 Mill. Franken in Gold aus den Notenbanken weggenommen worden und verschwunden. Im Oktober 1933 erklärte der französische Finanzminister Bonnet: «Von der Thesaurierung kommt unsere ganze Misere», und das Berliner Konjunkturforschungsamt rechnet aus, es seien in den ersten 6 Monaten 1933 etwa 2 Milliarden neues Gold gehamstert worden!

50. Einwand: **Die Krise ist eine Weltkrise, die wir nicht abwehren können, selbst wenn wir die Preise nicht sinken lassen würden, weil alle Länder wirtschaftlich eng miteinander verbunden sind.**

Antwort: Der erste Satz ist eine Behauptung, die mit den Tatsachen des Wirtschaftslebens im Gegensatze steht. Aber man kann diesen Gegensatz nur dann feststellen, wenn die Preisstände in den verschiedenen Ländern entgegengesetzt verlaufen. Das war der Fall von 1920 bis Ende 1924, in weniger starkem Maße sogar bis 1928. Für diese Jahre stellt das Internationale Arbeitsamt abschließend fest: «Jedes Land machte seine Krise selbst» — weil die Bewegung seines Preisstandes in jedem Lande verschieden war. Das krasseste Beispiel waren 1921 Deutschland und die Schweiz: in Deutschland bei steigendem Preisstand eine Einwanderung von 1 Million Arbeiter, in der Schweiz bei sinkendem Preisstand gleichzeitig Abwanderung und trotzdem noch

146 000 Arbeitslose. — Der Uebergang eines Bezirkes zur Freigeldwährung hat bisher (in Schwanenkirchen und in Wörgl) nur so gewirkt, daß schleunigst Verbote nötig wurden, um weitere Bezirke vor dem Uebergang zum Freigeld abzuhalten, weil die guten Auswirkungen sich selbst in kleinen Kreisen schon deutlich bemerkbar machten! So die Tatsachen. Auch in der Schweiz verbot die Nationalbank ausdrücklich dem Detaillistenverband von Luzern den geplanten Versuch mit Freigeld. Warum wohl?!

Ferner: In der Weltkrise gibt es so gut wie im Weltkrieg Neutrale, hier sind es die Länder mit der festen Währung. Allerdings würden sie mittelbar auch berührt, aber so wenig sie im Kriege Verwundete und Tote zu beklagen haben, so wenig müssen sie hier Aufwertung der privaten und der Staatsschulden, Erschwerung der Zinslasten und all die Folgen dieser Vorgänge befürchten. Ein Beispiel hiefür ist Deutschland: Im Jahre 1922 kamen auf 100 offene Stellen nur 72, im Februar 98, im März 89 Stellensuchende, in der Schweiz zählte man zur gleichen Zeit 150,000 Arbeitslose, das wären auf Deutschlands Größe umgerechnet 2¼ Millionen. Statt dessen wanderten damals in Deutschland über eine Million fremde Arbeiter ein.

In den Vereinigten Staaten herrschte vom April 1920 an die Wirtschaftskrise, aber erst im Oktober hielt sie ihren Einzug in der Schweiz, also erst, als bei uns die Preise auch gesenkt wurden. Von 1873 bis 1893 durchlebten alle Goldwährungsländer eine Krise, während Indien sich in dieser Zeit eines prächtigen Aufschwungs erfreute — der ins Gegenteil umschlug, als es die währungspolitischen Dummheiten der Goldwährungsländer ebenfalls mitmachen mußte. Weltkrisen gab und gibt es nur, wenn das Gold überall Währungsmetall ist und dann nach den Ländern abströmt, wo es gehamstert wird, wo also eine Krise ausbricht. Sobald ein Land währungspolitisch eigenmächtig vorgeht, wie das unter der

festen Währung der Fall sein wird, werden die Krisen nicht mehr über seine Grenzen kommen.

Eine allgemeine Weltkrise wird erzeugt durch den allgemein gesenkten Preisstand. Ein Land mit fester Währung behält jedoch seinen Preisstand auf gleicher Höhe. Sein Wechselkurs sinkt deshalb und erleichtert ihm die Ausfuhr in die Krisenländer. Es wird dort konkurrenzfähiger als alle dortigen Firmen. Infolgedessen entgeht es nicht bloß der eigenen Krise, sondern vergrößert seinen Kundenkreis in den Krisenländern.

51. Einwand: **Die Keime jeder Wirtschaftskrise liegen doch in der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwunges, indem nach und nach durch tausend Handlungen der einzelnen Wirtschaftssubjekte ein Zustand entsteht, der einen Rückschlag unvermeidlich macht.** (Neue Zürcher Zeitung!)

Antwort: Den Zustand, der durch «die Handlungen von tausenden von Wirtschaftssubjekten» in der guten Konjunktur entsteht, und der dann zur Krise führt, den gerade hat ja Silvio Gesell haarscharf beschrieben. Aber Silvio Gesell hat auch beschrieben, wie man dafür sorgen kann, daß die Wirtschaft keine «Zustände» mehr bekommt!

Der «Zustand» besteht nämlich gerade darin, daß die Zinsen sinken und die Löhne steigen, daß also der Zins gefährdet wird! Die Geldbesitzer antworten auf diese «Zustände» mit Geldhamsterung. «Es ist schon gut, keinen Zins zu zahlen — aber geh' und laß Dir also leihen», schrieb schon Ulrich Zwingli. Da die Geldhamsterung immer noch eine Folge dieser «Zustände» ist, so gab Gesell durch seinen Freigeldvorschlag uns ein Mittel, daß diese Folge nicht mehr eintreten kann. Der Zustand des gedrückten Zinses und vermehrten Warenangebots macht eben nur solange einen «Rückschlag unvermeidlich», als auf der Geldseite nichts getan wird, um diesen Rückschlag zu vermeiden.

Wenn für unsere Wirtschaftskutsche jemand mit seinen Pferden, die er vorspannt, die Fahrmöglichkeit gibt, die Pferde aber jedesmal dann abspannt, wenn wir in gute Fahrt kommen, weil sie dann müde geworden sind, dann kann er wohl sagen, daß die tolle und anstrengende Fahrt, das flotte Tempo den «Keim» dafür in sich trägt, daß die Gäule schließlich nicht mehr können und abgeschirrt werden müssen. Wenn man dann aber kommt, einen Motor erfindet und in den Wagen einbaut, dann ist die Sache eine ganz andere. Und so verhält es sich mit der bisherigen Zinswirtschaft, bei welcher der Zins immer den Wirtschaftskarren ziehen mußte und mit der Erfindung des Freigeldes, bei dem der Wirtschaft auf der Geldseite ein eigener Motor eingebaut ist, der niemals müde wird. Bei Freigeld ist die flotte Fahrt kein Grund mehr zum Abstoppen, bis wir eine wahre Ueberproduktion haben.

Wie wenig 1929—32 von einer Ueberproduktion gesprochen werden konnte, zeigen folgende Zahlen, die wir der Völkerbundsveröffentlichung «Production mondiale et les prix 1932/33» entnehmen. Es betrugen, das Mittel 1925—1929 = 100 gesetzt:

	Die Gesamterzeugung von Lebensmitteln und Rohstoffen	Die landwirtschaftliche Erzeugung	Die nichtlandwirtschaftliche Erzeugung	Die (ohne Rußland) industrielle Erzeugung	Der Welthandel Menge
1925	96	98	90	93	92
1926	96	97	92	94	94
1927	99	99	100	100	101
1928	103	103	105	103	105
1929	106	104	114	110	111
1930	102	103	101	96	102
1931	98	103	86	84	93
1932	94	102	73	69	80

Die angebliche Ueberproduktion an Getreide:

Getreide-	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932
erzeugung	100	99	99	103	100	102	100	104

Daß endlich von einer «Ueberinvestierung» nicht gesprochen werden kann, stellt Prof. Cassel ausdrücklich fest. (Die Krise des Weltgeldsystems, Berlin 1933, S. 109.)

Das Freigeld

Das Freigeld kann, im Gegensatz zum Hamstergeld, in seinem Kreislauf nicht mehr willkürlich aufgehalten werden, sondern läuft unter allen Umständen gleichmäßig um, weil der einzelne Geldschein mit einem regelmäßigen Verlust, einer Hamstersteuer, belastet ist. Sie wird eingezogen durch Marken, die auf die Noten aufgeklebt werden oder auch durch einen kostenpflichtigen Stempel, den man durch Automaten erhalten kann. Das Münzgeld bleibt stempelfrei, kann aber durch eine Verrufungsandrohung vor dem Hamstern geschützt werden.

Damit erreicht man, daß nie Geld gehamstert wird. Es kann auch nicht aus Zinsverlangen zurückgehalten werden, ohne daß sein Inhaber Schaden erleidet. Am Jahresende wird es gegen neues Geld umgetauscht. So verwaltetes Geld hat seine Deckung in den Waren, die man dafür stets erhalten kann; eine Deckung im Keller einer Notenbank braucht es umso weniger, als man heute ohnehin nie mehr an diese herankommt.

52. Einwand: **Freigeld ist ein kompliziertes Geld; die Bevölkerung wird sich nicht an den Gebrauch eines Geldes gewöhnen wollen, das weniger einfach ist als das heutige.**

Antwort: Die Gewohnheit spielt eine große Rolle; die Fünfernoten aus Papier wurden anfänglich auch nicht gerne angenommen und später trennte man sich ungern von ihnen und klagte über die unhandlichen und schweren Fünffrankenstücke. — Die Beschwerden des Abstempelns oder Klebens werden überschätzt. Wir hatten 1931 in der Schweiz rund 16 Mill. Stück Noten, die nach den freiwirtschaftlichen Vorschlägen etwa 192 Mill. Marken brauchen

6

würden: an Briefmarken brauchten wir 1935 413 Mill. Stück, also zweimal mehr! Dabei genügt im Freigeldsystem die Hälfte oder ein Drittel der heutigen Notenmenge, da die Noten dann alle umlaufen. In Geschäften und Banken werden Automaten aufgestellt usw. usw. Ueberlegt man sich, was mit dieser «Kleberei» erreicht werden kann — dann begreift man, daß es einem fast unglaublich vorkommt, mit dieser einfachen Manipulation Krisen, Zinsenlasten, Arbeits- und Verdienstlosigkeit, Zollschikanen und Kriege zu verhindern. — Ueberdies lernte das Publikum weitaus schlimmere Dinge richtig bedienen, ohne ihr Wesen zu erfassen, z. B. elektrisches Licht, Tram, Nähmaschinen und Telephon.

Endlich müßte es sonderbar zugehen, wenn in der Zeit der drahtlosen Telephonie und der Zeit, wo die synthetische Zusammensetzung des Goldes in greifbare Nähe gerückt ist, die Technik des wichtigsten Tauschmittels nicht soweit gefördert werden könnte, daß jedermann daran Freude hat! Jedenfalls geben alle Leute zu, daß die Goldmünzen heute ein furchtbar unpraktisches Tauschmittel seien.

Daß das Freigeld sich in der Praxis bewährt, hat der Versuch in Wörgl gezeigt, wo es von Mitte 1932 bis Mitte 1933 umlief. In dieser Zeit kam auch nicht eine Klage wegen der «Kompliziertheit» des neuen Geldes.

Auf die Frage, ob der Geschäftsbetrieb durch das Freigeld erschwert worden sei, antworteten alle Geschäftsleute gleich: Unsere anfänglichen Befürchtungen, die Sache sei kompliziert, waren grundlos; der Verkehr vollzog sich reibungslos; nur eine Steigerung des Umsatzes war festzustellen. «Lieber sich einsperren lassen als darauf verzichten», schrieb der Präsident des Gewerbeverbandes. — Der Versuch wurde dann durch Polizei- und Militärgewalt unterdrückt, als 180 Bürgermeister österreichischer Gemeinwesen einstimmig beschlossen, das Wörgler

Geld in ihren Gemeinden ebenfalls einzuführen. Das war das Signal für die internationale und nationale Hochfinanz, alle solchen Versuche zu unterdrücken und jeden neuen zu verbieten: das sicherste Zeichen dafür, daß sich das Geld durchsetzen würde. (Ein halbes Jahr nach Wörgl hatte es schon Kitzbüchel, der bekannte Fremdenort, eingeführt.) J. B. Rusch schreibt in seinen «Republikanischen Blättern», in diesen Verboten — die auch in der Schweiz gegenüber St. Stephan, Hofstetten bei Brienz, Brienz und Biel durchgesetzt wurden — liege das Zugeständnis der Hochfinanz, daß dieses Geld eben doch funktionieren und sich besser bewähren würde als das heutige Geld. Er schrieb auch in der «Nationalzeitung»: «Wenn das Beispiel von Wörgl statt unterdrückt verlandallgemeinert worden wäre, so stünde Oesterreich noch heute frei und unabhängig da!»

53. Einwand: **Ein solches Geld ist knifflig; man wird schon Hintertürchen finden und den Verlust abzuwälzen suchen. Der Warenhändler schlägt den Schwund auf die Waren und der Reiche flüchtet sich auf sein Postscheckkonto und zahlt einfach alles mit Schecks.**

Antwort: Es gibt hier nur ein Hintertürchen: es los zu werden! Damit ist aber sein Zweck erreicht, denn das Geld soll Umlaufs-, Verkehrsmittel sein und nicht liegen bleiben. Niemand ist unglücklich, wenn Geld auf ihn «abgewälzt» wird. Denn auch er kann es wieder weiter «abwälzen». Muß er auch den Schwundsatz vielleicht noch am gleichen Tag tragen, so macht das auf 100 Fr. monatlich 50 Rp. aus. Kein Inhaber von Waren wird dieses Schwundes wegen lieber die Waren behalten, denn auch die Waren sind dem Schwund unterworfen: das war ja gerade der Grund, warum man das Geld auch einer Hamstersteuer unterziehen mußte! Der Schwundsatz endlich kommt dem Staat zugut und ist eine Entschädigung, wie man sie heute für jedes Verkehrs-

mittel zahlen muß! Treffend ist der Schwundsatz auch mit dem Standgeld der Eisenbahnwagen verglichen worden, das man bezahlen muß, wenn man dieses Verkehrsmittel unbenutzt oder unabgeladen zurückbehält. (Siehe auch den 14. Einwand.)

54. Einwand: **Man wird mit dem Freigeld Edelsteine, Gold usw. kaufen und damit dem Schwund entgehen.**

Antwort: Warum sollen die Leute nicht Gold, Silber oder Edelsteine hamstern? Sie schaden ja doch niemand damit. Der Ankauf dieser Dinge wirkt allerdings erhöhend auf ihren Preis. Das fördert deren Produktion, ruft also ein vermehrtes Angebot hervor, welches den Preis wieder zu drücken beginnt. Braucht nun der Warenhamsterer einmal Geld und will sein aufgespeichertes Gut absetzen, so sieht er sich einer im gleichen Verhältnis zu seiner Hamsterei gesteigerten Produktion gegenüber. Bringt er seine Schätze zum Verkauf, so wird er mit einer Wertverminderung seines Lagers rechnen müssen, welche leicht den Schwundsatz, dem er entgangen ist, übersteigen könnte!

Versucht er durch Ankauf verschiedener Waren im Vertrauen auf die Verpflichtung der Notenbank auf die feste Währung etwas zu erreichen, so erfährt er dabei, daß die Aufbewahrung seiner Ersparnisse in der Warenform erheblich schwieriger und kostspieliger ist als das Aufbewahren eines Sparkassenbüchleins, welches ja dem Schwundsatz nicht unterliegt. — Aber trotzdem: er soll nur Waren hamstern — er schadet damit (im Gegensatz zum heutigen Geldhamster) niemand.

55. Einwand: **Der Schwundsatz ist eine indirekte Steuer und trifft die Leute ungleich. Die Reichen flüchten sich in den bargeldlosen Verkehr, der Arme kann das nicht: er trägt den ganzen Schwundsatz, der eine indirekte Steuer ist!**

Antwort: Mit dem gleichen Recht könnte man den Mottenfraß und all die Dinge, welche die Waren zerstören, als indirekte Steuer bezeichnen, die auch Leute mit großen Warenlagern anders trifft als solche mit kleinen oder gar keinen. Oder man könnte das Standgeld für unabgeladene Eisenbahnwagen als einseitig treffende Steuer ansprechen!

Durch das Schwundgeld erreicht man mindestens eine Verdoppelung aller Arbeitseinkommen. Statt 5000 Fr. wird man 10 000 Fr. Einkommen haben. Nehmen wir den schlimmsten Fall an, daß jedesmal Zahltag und Entwertungstag zusammenfallen, so macht das im Jahr ½%, das sind 50 Fr. Statt 5000 Fr. würde man also «bloß» 9950 Fr. Besoldung haben ...

Und endlich: in der Antwort auf den 14. Einwand zeigten wir, daß der «bargeldlose» Verkehr durchaus nicht kostenlos ist, wie die glauben, die immer damit aufrücken. (Fragt man sie, ob sie etwa ein Postscheckkonto haben — so haben sie keines!) Entgeht der Reiche dem Schwundsatz, so kann er dies nur indem er 1. Waren kauft — und damit Arbeit gibt, 2. selber etwas unternimmt — und damit Arbeit gibt oder 3. das Geld anlegt — und damit Arbeit gibt! Dieses Arbeitgeben aber erhöht die Löhne und senkt den Zins schließlich bis auf null. Und was wollen die Arbeitenden mehr als diese Beseitigung der Ausbeutung?

56. Einwand: **Der Geldbesitzer wird den Schwund auf den Darlehensnehmer abwälzen, der statt 5 oder 6% dann 10 oder 11% zahlen muß.**

Antwort: Der Fragesteller glaubt also, wenn er mit dem Schwundgeld vor die Bank oder vor einen Privaten tritt, er dafür, daß das Geld mit Schwund behaftet ist, nun einen größern Zins verlangen kann. Der Zinsfuß kann nur steigen, wenn das Angebot an Leihgeld sinkt, oder wenn die Nach-

frage nach solchem steigt. Versucht der Geldbesitzer, den Schwund des Bargeldes auf einen Darlehensnehmer abzuwälzen, so kann er das nur durch Angebot seines Schwundgeldes — aber damit drückt er ja den Zinsfuß! Das durch den Schwundsatz aus Banken usw. hervorgejagte Geld verursacht ein großes Angebot und drückt den Zins umsomehr, je rascher die Geldbesitzer dem Schwund «entgehen» wollen!

Der Einwand entspricht also ungefähr dem: Wenn meine Aepfel faulen, dann verkaufe ich sie und werde so der Gefahr los, daß sie mir verfaulen. Und je rascher sie faulen, desto teurer kann ich sie verkaufen: ich wälze ja die Gefahr auf den Käufer ab ...

57. Einwand: **Tritt nicht ein plötzliches Steigen der Warenpreise ein, wenn der Schwundsatz eingeführt wird?**

Antwort: Dieser mit der Einführung tatsächlich verbundenen Gefahr muß entgegengearbeitet werden. Das Volk weiß, daß es einfältig ist, höhere Preise zu zahlen und wird es nicht tun, wenn es die feste Währung beschließt. Außerdem muß beim Umtausch des Silbers und des Goldes gegen Freigeld Edelmetall zurückgehalten werden. Dadurch verringert sich die Geldmenge ebenfalls. Ferner können bestimmte Noten gegen Obligationen umgetauscht werden usw. (Siehe Einwand 12: Rückzug des Geldes.)

58. Einwand: **Ungedeckte Noten wird niemand nehmen.**

Antwort: Weiß der Geldnehmer heute, ob und in welchem Maße das von ihm angenommene Geld gedeckt ist? Fragt er nach dem Silberwert des Fünffrankenstückes? Oder danach, ob die Goldstücke den aufgeprägten «Wert» in Gold enthalten?

Für ihn stellt sich nur die eine Frage: Was be-

komme ich morgen, übermorgen, in einem Monat oder in 10 Jahren für dieses Geld? Und wenn die Antwort lautet: Infolge der festen Währung behält dieses Geld seine Kaufkraft und ich erhalte immer durchschnittlich gleich viel Waren, so ist der Geldnehmer befriedigt.

Die Kaufkraft des Geldes hängt nicht davon ab, was hinter dem Geld — als Golddeckung — liegt, sondern vom Verhältnis des angebotenen Geldes zu den angebotenen Waren. Als während des Krieges unsere Noten am besten gedeckt waren — infolge großer Gold- und Silberzufuhren — da war die Kaufkraft unseres Geldes am schwächsten, und als nachher das Gold abfloß, stieg die Kaufkraft unseres Geldes.

1916 sank die Kaufkraft des Goldes in Schweden so weit, daß für eine schwedische Note 105 deutsche Mark, aber für ein mit dem gleichen Werte bezeichnetes schwedisches Goldstück nur 100 deutsche Mark bezahlt wurden.

1922 bezahlte man in der ganzen Welt unsere Schweizer Noten besser als unser Schweizer Gold. So zahlte man am 8. März 1922 z. B.

	für 20 Fr. in Schweizergold	für 20 Fr. in Schweizernoten
in Deutschland	780 Mark	997,60 Mark
in Frankreich	20 frz. Fr.	43,40 frz. Fr.
in England	15 sh 8 d	17 sh 10 d
in den Ver. Staaten	3,84 Dollar	3,89 Dollar

Wer glaubt, daß der «Wert» des Papiergeldes abhängig sei von dem dahinter liegenden Golde, der soll einmal erklären, wieso es möglich ist, daß die Note selber mehr Wert hat als das Gold, von dem sie diesen Wert doch geborgt haben soll!

Mit Papiergeld ohne Deckung kaufte Argentinien über 3000 Zentner Feingold!

In der gleichen Zeit, als die Deckung des Geldes von Peru um das Dreifache (von 23% auf 69%) zu-

nahm, sank seine Kaufkraft auf ein Drittel der früheren Kaufkraft!

«Nicht darauf kommt es an», schrieb Bendixen, der Direktor der Hamburger Hypothekenbank, «was hinter dem Geld steht, sondern darauf, auf wieviel Waren sich wieviel Noten stürzen. Das ist entscheidend für ihre Kaufkraft.»

59. Einwand: **Ein Staat wird seinen Kredit verlieren, wenn er nur ein Geld ohne Deckung hat.**

Antwort: Der Kredit eines Staates geht verloren, wenn sein Geld an Kaufkraft einbüßt, oder auch, wenn die Produktion durch den Preisabbau an der Entfaltung gehindert wird. Das Freigeldsystem schließt gerade diese beiden Möglichkeiten aus. Es befreit die Produktion von allen Fesseln, vermehrt die Ersparnisse und kann daher nicht bloß für seine eigenen Bedürfnisse genug Kapital beschaffen, sondern auch an andere Länder solches leihen. Es wird aus einem Schuldner- ein Gläubigerstaat, wie Nordamerika während des Krieges, als seine Bürger jahrelang arbeiteten, während die Bürger Europas dem Kriegsdienst oblagen.

Benötigt ein Land mit ungedecktem Geld einmal Gold, so wird es solches erhalten, wie es bisher solches erhielt: gegen die Arbeitserzeugnisse seiner Bürger. Wir hatten ursprünglich in der Schweiz kein Gold. Wenn wir es heute besitzen, so haben wir es mit Käse, Uhren, St. Gallerspitzen usw. kaufen müssen. Je besser uns unsere Währung arbeiten und sparen ermöglicht, desto besser kommen wir zu Kredit und — wenn wir wollen — auch zu Gold!

60. Einwand: **Ein solches Geld wird niemals angenommen. Wollte man die Beamten in einem Geld mit Schwund von 6% zahlen, würden sie vermutlich sofort streiken.**

Antwort: Der Einwand stammt von Dr. Kellenberger, dem Finanzexperten von Bundesrat Musy. Im gleichen Heft der «Zeitschrift für schweiz. Statistik und Volkswirtschaft», wo er das schrieb, steht von Prof. Sieveking (Hamburg) der Satz: «Ein Geld, das im Jahr nur 5% an Wert verliert, würde in Europa geradezu als willkommene Kapitalanlage ersehnt werden!» Beide übersehen eines: daß ein Geld angenommen werden muß, wenn es allgemeingültiges Tauschmittel ist. Es ist klar, daß man es lieber nimmt und behält, wenn seine Kaufkraft gleichbleibt oder gar zunimmt. Ein Geld, welches dem Hamsterer jährlich 5% Schaden bringt, ist nun unter der festen Währung ein ebensogutes Sparmittel als die Waren es im Durchschnitt sind, d. h. der Verlust daran ist nicht größer. Deshalb wird es der Warenbesitzer immer gerne annehmen. Wer diesen Einwand macht, hat zweifellos nie mit Stoffen, Büchern, Kartoffeln und Getreide gehandelt!

Der Schwundsatz beträgt übrigens wöchentlich 1 Promille, monatlich ½ Prozent. Im Kanton Bern (und vielleicht auch anderswo) beträgt die Stempelsteuer bei Quittungen von 50 Franken und darüber mindestens 10 Rp., das sind 2 Promille, trotzdem haben wir noch nie gehört, daß eine Zahlung deswegen zurückgewiesen worden wäre!

Seit Dr. Kellenberger diesen Satz schrieb, ist er Bundesangestellter geworden. Als solcher ist er 1923 mit einem Gelde besoldet worden, das 10% Kaufkraftschwund hatte. Auf eine Anfrage hin, ob er nun die Annahme dieses «Schwundgeldes» verweigert habe, traf keine Antwort ein. Wir nehmen daher an, er habe mit seiner Theorie nicht ernst gemacht!

Endlich hat man in Wörgl den Versuch mit einem Geld mit 12% Jahresschwund gemacht: niemand hat es zurückgewiesen! — Womit Dr. Kellenberger befriedigt sein dürfte?!

61. Einwand: **Das Geld wird trotzdem gehamstert.**

Antwort: Auch dieser Einwand stammt vom eidg. Finanzexperten, obschon er den vorhergehenden selbst aufhebt. Geld wird nur gehamstert, wenn seine Kaufkraft steigt und wenn es leichter ohne Schaden aufbewahrt werden kann als die Waren. Daher ist die feste Währung und das Freigeld das einzige aber auch sicher wirkende Mittel gegen das Geldhamstern. Zeigt es sich, daß Freigeld dem Verkehr entzogen wird, so ist die Ursache darin zu suchen, daß der Schwundsatz im Verhältnis zum Schwundsatz der Waren (Mode, Motten, Rost) zu tief angesetzt worden ist. Eine Erhöhung des Schwundsatzes würde dem Hamstern ein rasches Ende bereiten.

62. Einwand: **Freigeld macht die Leute zu Verschwendern, indem sie gezwungen werden, es schnell auszugeben. Deshalb können sie nicht sparen.**

Antwort: Der Einwand verwechselt weitergeben mit verbrauchen. Freigeld kann man auch in die Bank bringen und sich den eingelegten Betrag ins Sparbüchlein eintragen lassen! Unter der festen Währung sind die Ersparnisse zum erstenmal und für alle Zeiten vor der Inflation gesichert, die z. B. von 1914—1923 die deutschen Sparer um ihre Ersparnisse geprellt hat! Der Schwund entspricht dem Schwund der Waren. Sind die Bauern früherer Jahrhunderte, die wenig mit Geld zu tun hatten, etwa Verschwender gewesen? Keineswegs! Im Gegenteil! So werden auch die Besitzer von Schwundgeld keine Verschwender werden, sondern häusliche Leute. Dagegen zeigt es sich, daß unter dem heutigen Geldsystem der Spartrieb beinahe ertötet wurde, weil die Goldwährung die Kaufkraft des Geldes auf den fünften Teil seiner frühern Höhe einschrumpfen ließ (siehe den 37. Einwand).

63. Einwand: **Die Banken können das Freigeld nicht annehmen, da sie nun den Schwund tragen müssen.**

Antwort: (Siehe auch den 67. Einwand!) Soweit die Banken ihren Kunden das Geld täglich zur Verfügung halten müssen, belasten sie diese mit einem entsprechenden Anteil des Schwundes. Festangelegtes Geld geben sie weiter und entgehen so dem Schwund. Dem Einleger setzen sie den Zins herab — aber bald auch dem Kreditsuchenden. Damit wächst die Nachfrage nach Leihgeld — Professor Dr. Cassel glaubt sogar, die Nachfrage werde durch das Sinken des Zinsfußes (bei festem Preisstand) so groß werden, daß der Zinsfuß nie unter 3% sinkt. Das ist natürlich ein Irrtum: die Produktivkraft der menschlichen Arbeit ist so groß, daß sie genügt, die Nachfrage nach Sachgütern zu befriedigen, sobald das Geld bei 3 oder weniger Prozent nicht mehr zurückgehalten wird und den Fortgang der Arbeiten nicht mehr unterbricht. Damit muß noch mehr Geld in Umlauf gesetzt werden, der Geldumlauf steigt, damit auch der Verdienst der Banken. — Daß sie heute gegen das Freigeld sind, erklärt sich zum Teil daraus, daß die Bankiers statt die Belange der Arbeitenden die der Zinsnehmer vertreten zu müssen glauben, was eine ganz falsche Annahme ist: die Arbeitenden sind die Voraussetzung jedes Geldumlaufs, und je mehr und je besser gearbeitet werden kann, desto größer ist auch der Geldumsatz und damit der Arbeitsverdienst der Banken.

64. Einwand: **Das Freigeld bringt eine ewige Unrast unter die Menschen und «macht die Leute nervös».**

Antwort: Wenn der Schwund die Leute «nervös» macht — warum werden die Besitzer von Waren heute nicht «nervös»? Die Waren unterliegen ja im Durchschnitt diesem Schwund! — Man

stellt sich den Schwund bald zu groß, bald zu klein vor. In Wirklichkeit wird er gerade so groß sein, um Geld und Ware ins Gleichgewicht zu bringen und damit Gerechtigkeit zwischen beiden herbeizuführen.

Unsere Zinswirtschaft nimmt jedem Arbeitenden die Hälfte des Arbeitsertrages weg. Dadurch zwingt sie ihn zu unverhältnismäßig großen Anstrengungen einerseits, und anderseits stellt sie ihm bei einem etwaigen Erfolge ein Leben ohne weitere Anstrengungen in Aussicht (Zinsgenuß!). So wirken Not hinter und Aussicht auf ein Leben ohne Arbeit vor ihm als doppelter Antrieb. In der Freiwirtschaft erhält er den vollen Arbeitsertrag, weiter nichts. Mit dem vollen Arbeitsertrag ist es leicht möglich, das Notwendige und, wenn es wünschenswert scheint, auch mehr zu erhalten. Der Anreiz zur Sammlung großer Reichtümer bleibt, aber er schadet nicht; im Gegenteil. — Die Hast des Erwerbslebens rührt zum großen Teil von der Angst her, das Erworbene wieder zu verlieren. Auch die Reklame wird zu einer übertrieben wichtigen Angelegenheit, weil das Geld allgemein zu träge fließt und sozusagen mit Gewalt zum Umlaufen gebracht werden muß. Die Leute sind so nervös, weil sie mit allen Mitteln Geld zusammenraffen wollen oder auch erwerben müssen, im ersten Fall, um dann aus den Zinsen zu leben, im zweiten, um das Notwendigste zum Leben zu verdienen. Nur die feste Währung und die Beseitigung des Zinses macht die Leute ruhig, indem sie sie befreit von der Geldgier und aus der Unsicherheit unserer Erwerbsverhältnisse. Durch die Verwirklichung des Rechts auf den vollen Arbeitsertrag kann sich jeder in der Hälfte der heute noch dazu notwendigen Zeit seinen Lebensunterhalt verdienen, wodurch das ganze Erwerbsleben viel ruhiger wird. Weder wirtschaftliche Not, noch mammonistische Selbstsucht treiben dann den Menschen und machen ihn nervös.

65. Einwand: **Weniger erfahrene Menschen werden bei Einkäufen mit dem Schwundgeld leicht**

betrogen werden; sie erhalten z. B. ungestempeltes Geld, das Kindern leicht gegeben werden kann.

Antwort: Der Verlust kann nur klein sein. Z. B. auf 100 Fr. nur 10 Rp. (1‰) oder allerhöchstens 6%, wenn die Note ein ganzes Jahr nicht gestempelt worden wäre, was aber ein seltener Fall sein wird. (Nur Ende des Jahres denkbar!) Da das Geld stets in kleiner Stückelung vorhanden ist, wird jede Zahlung Kindern z. B. ziemlich genau abgezählt mitgegeben werden können, dies besonders auch deshalb, weil unter der festen Währung die meisten Preise jahrelang gleichbleiben und jedermann bekannt sind. Die zinsfreie Wirtschaft und das Freigeld ermöglichen und veranlassen Vorauszahlung größerer Beträge bei seinen Hauptlieferanten, so daß bei den kleinen Einkäufen den Kindern nur ein Kontrollbüchlein aber kein Geld mitgegeben werden muß. Endlich zahlen die Kinder im Laden und bekommen dabei wenig oder kein Geld zurück, wodurch die Möglichkeit zu Betrügereien auch nicht groß ist. Kommt es trotzdem vor, so muß der Ladeninhaber fürchten, daß er seine Kundschaft verliert.

Uebrigens ist der «Umgang mit Freigeld» nicht so kompliziert, wie man es darstellt, und in kurzer Zeit wird auch der Analphabeth wissen, wie eine Note an dem und dem Tag aussehen soll. In Wörgl gab es nie Anstände deswegen.

66. Einwand: **An den Abstempelungstagen wird es großen Andrang in den Läden geben.**

Antwort: Auf 10 Franken beträgt der Schwund monatlich 5 Rp. Wie lange steht man für diesen Betrag an? — Würde der Verkäufer die Preise für diesen Tag erhöhen? Keineswegs, denn er weiß ja, daß der Schwund seiner Waren ebensoviel beträgt wie der Schwund auf dem Geld, und daß er infolgedessen damit nichts erreicht als seine Kunden zu vertreiben. Sobald er den Aufschlag über ½% er-

höht, gehen die Käufer wieder heim. — Daß er vollends einen Kauf im Betrag von 50 oder 100 Fr. am Monatsletzten ausschlägt oder eine Zahlung zurückweist, weil er den Betrag selber stempeln muß, ist ganz ausgeschlossen. Wer das glaubt, vergißt den Schwund der Waren, er hatte offenbar nie ein Warenlager!

67. Einwand: **Auch das Kleingeld sollte abgestempelt werden, sonst werden z. B. Fünffrankenstücke gehamstert.**

Antwort: Dem vielleicht zu befürchtenden Hamstern von Kleingeld macht ein einziger Paragraph ein Ende, der etwa so lauten könnte: «Die Ausgabestelle wird ermächtigt, jederzeit ohne vorherige Mitteilung das Kleingeld außer Kurs zu erklären und es vom Tage der Bekanntgabe an mit einem Abzug von 20% gegen das neue Kleingeld umzutauschen.» Die Gefahr eines Verlustes von 20% genügt vollkommen, das Kleingeld im Umlauf zu erhalten.

68. Einwand: **Die Zahltage werden gerade vor den Abstempelungstagen angesetzt.**

Antwort: Nehmen wir es vorerst an, dann ist dieser Verlust im Vergleich zu der heutigen Ausbeutung durch den Zins ein lächerlich kleiner. Hier verliert man schlimmstenfalls ½% des Lohnes, heute 50%. So erfährt der Lohn in diesem Fall statt von 50 auf 100% «nur» eine Erhöhung von 50 auf 99,50 Franken, da die monatliche Hamstersteuer ½% beträgt. Statt 5000 Fr. heute und 10 000 Fr. ohne Abzug verbleiben also dem Arbeiter «nur» 9950 Fr. Je mehr die Arbeitgeber diesen Vorteil ausnützen, desto besser wird ihre Stellung, was umso mehr Arbeiter ins Lager der Unternehmer locken wird; dadurch wird der Unternehmerverdienst durch die Konkurrenz wieder gedrückt, der Lohn durch die Abwan-

derung der Arbeiter und die vermehrte Nachfrage nach solchen erhöht, sofern die Unternehmer auf diese Weise profitieren wollten.

69. Einwand: **Ohne Gold kann man den Verkehr mit dem Ausland nicht aufrecht erhalten; es muß zum Ausgleich eines allfälligen Einfuhrüberschusses verwendet werden; auch wird das Freigeld im Ausland nicht angenommen werden und «für die Umrechnung einer solchen Währung in eine Fremdwährung, die ihrerseits eine ganz andere Grundlage hat, z. B. in die Goldwährung, fehlt ein Vergleichsmaßstab».** (Dr. H. Müller, Versicherungsexperte.)

Antwort: Gold kann man immer bekommen, wenn man will. Unser Gold stammt ja samt und sonders aus dem Ausland. 402 Millionen des Edelmetallvorrates der Schweiz. Nationalbank kamen während des Weltkrieges ins Land, als die Goldwährung aufgehoben war! Argentinien brachte ohne Goldwährung 1899 3000 Zentner Gold ins Land. Wie stellen sich Leute, die annehmen, ohne Gold könnten wir heute nicht mehr bestehen, den Anfang unserer Edelmetallgeldwirtschaft vor? Einmal muß doch unser Gold aus dem Auslande gekommen sein!

Wir bezahlen das Ausland für seine Leistungen uns gegenüber — auch für sein Gold — mit unsern Waren und Arbeitsleistungen. Sie allein haben uns die Einfuhr all dieser Dinge samt dem Edelmetall ermöglicht.

Die Abschaffung des Goldes als Währungsmetall erleichtert vielmehr unsere Stellung dem Ausland gegenüber; indem wir das Gold nicht mehr zu Münzzwecken brauchen, ergibt sich dann ein großer Ueberschuß zu unsern Gunsten.

Das heutige Notengeld der Schweiz darf auch heute im Ausland nicht genommen werden; so verbietet der § 11 des deutschen Reichsbankgesetzes die Annahme ausländischen Geldes an Zahlungsstatt

— nicht zum Wechseln. Auch das Freigeld wird man wechseln, aber man wird es nicht hamstern wie man leider heute das Schweizergeld hamstert!

Auf den Einwand von Dr. Müller antworten wir: wie konnte man denn 1914 bis 1930 mit den Vereinigten Staaten verkehren?! Sie hatten die Goldwährung, wir die Papierwährung mit Zwangskurs der Noten, ohne Einlösungspflicht der Notenbank! Und doch ging es — es ging uns sogar damals besser als 1930—36 mit der Goldwährung! — Warum? — Weil sich ein Wechselkurs zwischen allen Währungen bildet, ein schwankender, wenn die Preisstände sich ungleich bewegen, ein fester, wenn sie fest sind oder wenn sie (wie unter der Goldwährung) in der gleichen Richtung gehen.

70. Einwand: **Große Unternehmungen kann man nicht mehr finanzieren; die Banken werden kein Geld haben, des Schwundes wegen, und große Anleihen, z. B. für Eisenbahnbauten, werden unmöglich.**

Antwort: Freigeld macht zur Selbstverständlichkeit, daß die Banken immer Geld bekommen. Denn jedermann hat ja das größte Interesse daran, sein Geld zur Bank zu bringen, des Schwundes wegen. Und die Banken werden es sehr gern sofort weiter geben — aus dem gleichen Grunde. Mit diesem ungestört durchfließenden Strom können und müssen die Banken alle Geschäfte antreiben. Man darf sich nicht vorstellen, daß ein Kredit von 100 Millionen Franken gleich in bar ausbezahlt wird und daß zur Gewährung eines solchen Kredites 100 Millionen Franken in Ersparnissen bar daliegen müssen. Es genügt (auch heute schon), daß ein solcher Kredit eröffnet wird und dann der ganze Geldbestand mit maximaler Geschwindigkeit die Bank durchfließt, damit ein solcher Kredit gewährt und nach und nach ausbezahlt werden kann. Es geht also ohne Bargeldansammlung.

Man vergegenwärtige sich doch, daß alle Auszahlungen aus einem Kredit in der Freiwirtschaft immer umlaufen und daher in die Banken zurückfließen oder sonstwie der Produktion zur Verfügung gestellt werden, wodurch sie auch wieder als Einnahmen und Ersparnisse in die Banken gelangen. So zahlt der ungestörte Geldumlauf fortlaufend jede Arbeit, weil jede Auszahlung bald wieder als Einzahlung in die Bank zurückfließt.

Nur ein wohlhabendes Volk kann große Werke finanzieren. Und unter der festen Währung wird man sein Geld auf lange Zeiten ausleihen, weil man vor der Entwertung ganz gesichert ist. Die Finanzierung großer Unternehmungen wird daher nicht verunmöglicht, sondern erleichtert!

71. Einwand: **Das Freigeldsystem bringt schwankende Wechselkurse. Wie können die Exporteure und Importeure bei einer derartigen Sachlage zuverlässige Kalkulationen machen?** (Dr. H. Müller.)

Antwort: Der Wechselkurs ist unter der festen Währung das Spiegelbild der ausländischen Preisschwankungen; denn wir passen ihn im Freigeldsystem fortgesetzt diesen Schwankungen an. Indem wir den Inlandspreisstand festigen, lassen wir nur noch den Importeur und den Exporteur in jener Ungewißheit, in der heute alle schweben. Import und Export aber machen heute schätzungsweise den 40. Teil des Warenumsatzes aus: $^{39}/_{40}$ sind also im Freigeldsystem zum vornherein vor allgemeinen Preisschwankungen gesichert, während heute niemand gesichert ist, niemand «zuverlässige Kalkulationen machen kann»! — Hinzu kommt, daß die Währungsbank auch den Kaufleuten bestimmte Sicherheiten in bezug auf den Kurs geben kann (siehe Schwarz, Segen und Fluch des Geldes, Bd. II., S. 235 ff.) und endlich gibt es zwischen Ländern mit fester Währung überhaupt keine Wechselkursschwankungen mehr, da sich

die Schwankungen der Wechselkurse im großen ganzen verhalten wie die Schwankungen der Kaufkraft.

Diejenigen, welche nur Schwankungen der Wechselkurse fürchten, vergessen eben, daß diese an die Stelle der bisherigen allgemeinen Preisschwankungen treten; sie übersehen aber auch, daß für den Kaufmann die Wechselkursschwankungen ganz ungefährlich sind, sobald der Kaufmann beim Abschluß auch die ausländischen Zahlungsmittel (Devisen) kauft, die er zur Begleichung seiner Rechnung brauchen wird. Mit den Preisen kann er sich auf diese Weise niemals so vollständig sichern wie das bei den Kursen der Fall wäre.

72. Einwand: **Das kapitalistische Ausland wird es nicht gestatten, daß Freiland-Freigeld eingeführt wird.**

Antwort: Die feste Währung kann jederzeit ohne irgendwelches Aufsehen eingeführt werden, steht sie doch in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Genueser Wirtschaftskonferenz von 1922. Mit der festen Währung wird die Stellung jedes Landes zum vornherein gefestigt, sein Widerstand gegen eine Einmischung des Auslandes verstärkt. Gleichzeitig wird das Ausland den Gründen der wirtschaftlichen Blüte nachgehen und die einsichtigen Männer des Auslandes werden die feste Währung auch für ihr Land verlangen. Wird dann ein bewaffnetes Eingreifen erfolgen, so haben sie schon mit dem Widerstand im eigenen Lande zu rechnen. Schon heute gibt es keinen Kulturstaat mehr ohne Anhänger der Freiwirtschaftsbewegung. Die Einführung der Freiwirtschaft fügt dem Ausland keinen Schaden zu und schafft uns keine Feinde, wie es die Beraubung der privilegierten Stände und die Hinrichtung des Königspaares in Frankreich 1792 oder die Abschüttelung der ausländischen Schulden durch die russische Revolution 1917 getan hat. Die Freiwirtschaft ermöglicht vielmehr die rasche und

sichere Abzahlung aller Verpflichtungen gegenüber dem Ausland.

73. Einwand: **Das Geld ist nicht so wichtig; mit einem Kniff kann nicht so viel geändert werden; der Stände- oder Korporationenstaat ist da weit gründlicher.**

Antwort: Marx, der das Geld theoretisch vernachlässigte, sagte trotzdem von ihm, es sei «die Urform des Kapitals». Engels nannte es ein «Zaubermittel». Ohne Geld gibt es keinen Preis, ohne Preise keinen Kauf, sondern nur Tauschhandel. Das Geld ist Vorbedingung der Warenproduktion, diese soll nach Marx die Quelle der Ausbeutung sein. Geld ermöglicht die wirtschaftliche Arbeitsteilung, es ermöglicht auch die Bedarfsdeckung nach dem eigenen Geschmack und persönlicher Wahl; es ist daher die wirtschaftliche Vorbedingung des Individualismus (sagt Bernard Shaw). Geldvermehrung bedeutet Preissteigerung mit all ihren Folgen; Geldverminderung Preisfall, Absatzstockung, Krise, Arbeitslosigkeit, Revolution. Ohne Geld kein Wohnhaus, keine Arbeitsstätte, kein Verdienst. «Das Geld ist das Blut der Volkswirtschaft» («nervus rerum»). «Geld regiert die Welt.» Das Geld gleicht den Eisenbahnen; es ist ein Verkehrsmittel von größerer Wichtigkeit als sie; warum soll eine Aenderung dieses Verkehrsmittels nicht tiefgreifende Folgen haben wie die Veränderung jedes andern Verkehrsmittels?

Mit dem Stände- oder Korporationenstaat ist auch nicht alles gemacht, wie das Beispiel Italiens zeigt. Da stieg die Arbeitslosigkeit seit Einführung der ständischen Ordnung im Jahre **1926** folgendermaßen: 1925: 110 000, 1926: 114 000, 1927: 278 000, 1928: 324 000, 1929: 301 000, 1930: 425 000, 1931: 734 000, 1932: 1 006 000, 1933 II.: 1 229 000! Das zeigt uns die Machtlosigkeit der Ständeordnung oder des

Korporationenstaates gegen das Elend der Arbeitslosigkeit. Solange eben der Stand der Geldversorger seine Pflicht nicht tut, sind die übrigen Stände machtlos, trotzdem «es in Rom ein eigenes Korporationenministerium mit 68 verschiedenen Telephonnummern gibt, einen wahren Irrgarten für Leute, die im Beruf stehen». Und der Führer der faschistischen Gewerkschaften sagte darüber: «Leerlauf — Seifenblasen, nichts als Seifenblasen.»

74. Einwand: **Man muß das Geld überhaupt abschaffen.**

Antwort: Mit dem Geld schwindet die Freiheit in der Deckung des Bedarfs; an seine Stelle tritt ein Arbeitsbuch, eine Bescheinigung für geleistete Arbeit. Entweder ist man damit frei wie mit dem Gelde und dann ist es eben «Geld», oder aber man ist nicht mehr frei — dann tritt an die Stelle der Plutokratie (Geldherrschaft) die Bonzokratie (Willkürherrschaft). Die Abschaffung des Geldes würde zu einer Knechtung des Einzelnen führen, wie sie unter der Herrschaft der «Häuptlinge» oder der «Sippenältesten» vor unserer Geldwirtschaft geherrscht haben mag. Eine solche Ordnung läuft der Entwicklung der Menschheit entgegen.

Die Abschaffung des Geldes würde amtliche «Wertvermittlungs»-, Verteilungs- und Zuteilungsstellen nötig machen — und über dem Streit um die Entlöhnung (Verteilung) würden wir das Produzieren vernachlässigen und verhungern!

Die Versuche Rußlands, ohne Geld auszukommen, führten zu einer furchtbaren Enttäuschung; in der Folge wurde verboten, von der Abschaffung des Geldes zu reden! (Belege dazu in Fritz Schwarz, Segen und Fluch des Geldes II., S. 209.)

Der Zins und seine Beseitigung

Der Besitzer einer Sache, auf die alle angewiesen sind und die in zu kleinen Mengen angeboten werden kann, wird früher oder später in Versuchung kommen, für die Benutzung dieser Sache Zins zu verlangen. Unser Geld hat die Eigenschaft, daß man es ohne Schaden aufbewahren kann. Daher wird es den Warenaustausch zwischen Produzenten und Konsumenten erst zustande kommen lassen, wenn es beide durch Warten mürbe gemacht und beiden eine Vergütung abgezwackt hat: den Urzins. Durch die Verhinderung des Tausches überträgt sich dieser Urzins auf alle Gegenstände, die durch den Leistungsaustausch entstehen müssen: Realkapitalzins. Und da man auf diese Weise für Realkapitalien Zins bekommen kann, wird auch kein Geldbesitzer sein Geld ohne eine Vergütung Einem überlassen, der damit zinstragende Realkapitalien erstellt: Geldzins (Dividende).

Weil der Zins aus dem Dauergeld entsteht (Gold, Silber), so ist er so alt wie dieses selbst. Er ist die Ausbeutung der Not eines Andern, und seit Menschengedenken haben alle Religionsstifter und Ethiker den Zins daher verdammt. (Siehe: Burri und Schwarz, Der Zins.)

Die Beseitigung des Zinses kann aber nur erfolgen, indem man dem Geld seine Vorzugsstellung innerhalb der Warenwelt nimmt und es zwingt, immer umzulaufen und niemals die Produktion zum Stocken zu bringen. Das trifft, wie wir gesehen haben, beim Freigeld zu. Es allein kann die Produktion von allen Hemmungen befreien und den Zins durch ungestörte Vermehrung des Kapitalangebotes schließlich auf Null senken.

75. Einwand: **Der Geldbesitzer ist den Warenbesitzern nicht immer überlegen, in der Inflationszeit ist es z. B. gerade umgekehrt: da ist der Warenbesitzer dem Geldbesitzer überlegen.**

Antwort: Darüber sagt ein Freigeldgegner, Dr. W. Egger vom «Bund», der Vorteil liege stets auf Seite des Geldes, «weil man jederzeit mit dem Gelde kaufen kann, weil es diese Monopolstellung innerhalb der Welt der Waren einnimmt, weil man es sofort realisieren kann, eine Ware dagegen nicht, weil das Geld, das man auf der Bank oder bei Privaten hat, immer sprungbereit ist zum Kaufen».

Tatsache ist ja, daß die Inhaber von Bargeld bei allen Leuten dafür Abnehmer finden, während Inhaber von Waren stets nur einen beschränkten Kreis von Abnehmern finden können. Daher sind selbst in der Inflationszeit dem Inhaber von Bargeld alle Möglichkeiten gegeben!

Die Stellung des Geldbesitzers wird immer eine andere, je nachdem er als Verbraucher (Konsument), als Kaufmann oder als Sparer dasteht. Der Konsument zahlt tatsächlich auch Zins. Der Kaufmann dagegen gibt sein Betriebskapital — das Geld — nur gegen Waren her, wenn er für den Verlust, den jedes Warenlager bringt, zum vornherein gedeckt ist. Dieser Verlust wird auf etwa 3 bis 4 Prozent im Jahresdurchschnitt gerechnet. Es ist Verlust rein durch Abgang, Lagerkosten, Moden, Motten, Rost, Feuchtigkeit, Hitze usw. usw., nicht Verlust etwa durch Preisveränderungen. Durch Abwarten überwälzt er diesen Verlust zum Teil auf den Produzenten. Dieser muß ihm entgegenkommen, muß dem Geld seine Ueberlegenheit zahlen, indem er dem Kaufmann seine Waren etwas billiger überläßt. Auf der andern Seite des Kaufmanns aber wartet schon der Konsument, der seine Waren durch die Vermittlung des Handels bezieht. Durch das Hinauszögern des Kaufes durch den Kaufmann wird der

Konsument vor ein leeres Warenlager gestellt: auch er trägt daher im höhern Kaufpreis einen Teil der Abgabe an die Ueberlegenheit des Geldes. *So verzinst sich das Kaufmannskapital.* Wirtschaftsforscher und Wirtschaftspraktiker, wie der sozialistische Theoretiker *Friedrich Engels*, der als Mitglied der Börse von Manchester gleichzeitig auch ein erfolgreicher Geschäftsmann war, haben daher festgestellt: «Mit den Kaufleuten tritt zum erstenmal eine Klasse auf, die, ohne an der Produktion irgendwie Anteil zu nehmen, die Leitung der Produktion im Großen und Ganzen sich erobert und die Produzenten sich ökonomisch unterwirft, *die sich zum unumgänglichen Vermittler zwischen je zwei Produzenten macht und sie beide ausbeutet.*» (Auch der *Produzent* ist Konsument!) «Mit der Kaufmannschaft aber bildet sich auch das Metallgeld, die geprägte Münze (tatsächlich ist die Kaufmannschaft *ohne* Geld nicht denkbar!), und mit dem Metallgeld ein neues Mittel zur Herrschaft des Nichtproduzenten über den Produzenten und seine Produktion. *Die Ware aller Waren*, die alle andern Waren in sich enthält, *das Zaubermittel, das sich nach Belieben in jedes wünschenswerte und gewünschte Ding verwandeln kann. Wer es hatte, beherrschte die Welt der Produktion.*» — «*Nach dem Warenverkauf für Geld kam der Geldvorschuß, mit diesem der Zins und der Wucher.*» Dieses Zeugnis für den zinserpressenden Charakter des Geldes ist umso wertvoller, als es von einem *Sozialisten* stammt, der sonst bekanntlich die Ausbeutung in der *Produktion* und *nicht* in der *Zirkulation* und im Zirkulationsmittel zu finden glaubt. Aber selbst *Karl Marx* schreibt im «Kapital» (III. Band, I. Hälfte, S. 148): «*Wir haben gesehen, daß das Kaufmannskapital und das zinstragende Kapital die ältesten Formen des Kapitals sind*», was im Gegensatz zu seiner

eigenen Theorie steht und daher umso schwerer wiegt.

76. Einwand: **Das Kapital ist im Verhältnis zum Kapitalbedarf immer begrenzt; die Bedürfnisse wachsen immer rascher als die Produktion: die Nachfrage nach Kapital wird also immer größer sein als sein Angebot und es ist undenkbar, daß dies einmal ändern könnte. Daher wird der Mangel an Kapital, der den Zins erzeugt, nie schwinden, und damit auch der Zins nicht!**

Antwort: Wenn die Bedürfnisse für die Höhe des Zinses maßgebend wären, dann würde der Zinsfuß schon heute nicht 5, sondern vielleicht 100 bis 200% betragen, denn die Bedürfnisse sind immer grenzenlos. Die Tatsache, daß der Zins aber um 5% herum schwankt, zeigt uns, daß der Zins bestimmt wird nicht von Bedürfnissen, sondern von Nachfrage und Angebot! Bedürfnisse sind Wünsche, Nachfrage sind Taten, Nachfrage nach Arbeitsgelegenheiten, Leihgeld und Realkapitalien. Diese Nachfrage wird schon heute binnen etwa 6 Jahren fast befriedigt! Beweis: Unsere großen Wirtschaftskrisen, die entstehen durch ein so großes Angebot an Sachgütern (Kapitalien), daß man (allerdings ohne Grund) von einer «Ueberproduktion» spricht! Diese «Ueberproduktion» ist der Beweis dafür, daß die Nachfrage an Kapital tatsächlich gedeckt würde, wenn die Leute arbeiten könnten. Wenn sie das streikende Geld einmal nicht mehr daran hindert, so wird der Bedarf an Kapitalien bald gedeckt sein und den Zins auf null Prozent herunter drücken!

Kein Mensch bestreitet, daß der Zinsfuß vom Kapitalangebot und von der Kapitalnachfrage abhängig ist. Wer behauptet, der Zins könne nie beseitigt werden, behauptet damit also, daß Angebot und Nachfrage auf dem Kapitalmarkt sich nie ausgleichen können. Tatsächlich aber beobachten

wir, daß in allen Ländern in guten Zeiten eine derartige Vermehrung der Kapitalien vor sich geht, daß der Zinsfuß auf der ganzen Linie gedrückt wird. Warum sinkt er nie dauernd unter 3%? Weil dann das Geld zurückgehalten wird und sich der weitern Kapitalproduktion nicht mehr zur Verfügung stellt. Weil das Geld, im Gegensatz zu andern Waren, ohne Schaden zurückgehalten werden kann, wird es bei einem Zinsfuß von 3 und weniger Prozent das beste Sparmittel. Wird aber durch den Geldschwund der weitere Geldumlauf erzwungen, so hält das Geldangebot weiter an, ermöglicht weiteres Arbeiten und Sparen und drückt schließlich den Zins bis auf null. Hier ist der Ausgleich zwischen Nachfrage und Angebot erreicht und die Nachfrage nach Kapitalien befriedigt.

Die heutigen, regelmäßig nach 6—8 Jahren eintretenden Wirtschaftskrisen sind der beste Beweis dafür, daß der Zinsfuß nach ihrer Beseitigung auf null gedrückt werden könnte, denn sie sind die Folge des vermehrten zinsdrückenden Kapitalangebots. Und ein weiterer Beweis für die Möglichkeit, genügend Kapital (d. h. Sachgüter) zu liefern, sind die fortgesetzten Klagen der «Ueberproduktion» wegen; ferner zeigen die Berechnungen der Technokraten die riesigen Möglichkeiten, die da noch bestehen.

77. Einwand: **Der Zins ist doch die gerechte Entschädigung für das Risiko, das ich laufe, wenn ich mein Geld ausleihe. Ich könnte dabei doch das Geld einbüßen.**

Antwort: Dieses Risiko ist immer vorhanden — auch wenn das Geld nicht ausgeliehen wird, könnte es verbrennen, gestohlen werden usw. Wenn man den Zins durch das Risiko begründen wollte, wäre er viel zu groß. (Dr. Christen berechnete, daß er vierhundertmal zu groß wäre, wenn die Verluste an ausgeliehenem Geld in Vergleich gezogen

werden mit den ausgeliehenen Summen). Eine «Risikoprämie» wird immer berechnet, wenn Geld ausgeliehen wird; daher ist z. B. der Zins für Aktien höher als der Zins für Hypotheken oder Staatsanleihen. Aber zur Erklärung des ganzen Zinses reicht das Risiko noch lange nicht aus — $^{399}/_{400}$ des Zinses werden damit nicht erklärt. Und das ist doch der größere Teil.

78. Einwand: **Die Kapitalbildung wird gehemmt, wenn der Anreiz des Kapitalzinses fehlt; der Zins ist der Lohn für die Sparsamkeit.**

Antwort: Man spart nicht nur, um aus arbeitslosem Einkommen, d. h. auf Kosten anderer zu leben, sondern man wird es dann noch tun, wenn man später seine eigenen Ersparnisse aufzehren muß. Der Spartrieb ist allen Lebewesen mehr oder weniger eigen. (Hamster, Spechtmeise, Eichhörnchen, Mäuse, Biene, Ameise usw.) Jede Erhöhung der Warenpreise um 5% macht übrigens den Zins auf Sparheften hinfällig, hinderte aber z. B. in der Schweiz nur die vorsichtigsten Sparer, ihre Ersparnisse in andern als in den sich ständig entwertenden Sparbüchern anzulegen, trotzdem sie damit infolge der Geldentwertung um mehr als den ganzen Zins geprellt wurden.

Wäre aber der Zins der Lohn für den Sparer, eine Entschädigung für den Verzicht auf den sofortigen Verbrauch, so müßte er steigen, je mehr gespart wird. Tatsächlich aber sinkt der Zins, je mehr gespart werden kann. Daher ist diese Ansicht vollständig unhaltbar. Reiche Länder mit großen Ersparnissen haben daher auch durchschnittlich einen tiefern Zinsfuß als arme.

79. Einwand: **Wovon sollen die alten Leute leben, wenn es keinen Zins mehr gibt und wenn sie ihre Ersparnisse aufgezehrt haben?**

Antwort: 95% der alten Leute besitzen heute so gut wie kein Vermögen und sind mittellos. — Warum? Erstens, weil das heutige Geld regelmäßig Krisen herbeiführt, wenn der Wohlstand eine allgemeine Erscheinung werden will. Dann müssen die meisten Leute ihre Ersparnisse angreifen, die Arbeiter gezwungen durch die Arbeitslosigkeit, die Bauern gezwungen durch den mit der Krise verbundenen Preisfall. Werden durch die feste Währung die Krisen ausgeschaltet, so fällt dieses Hindernis für das Sparen weg. Außerdem werden durch das Sinken des Zinsfußes bei gleichbleibendem Preisstand eine Reihe Arbeiten möglich, die bei dem heutigen hohen Zinsfuße nicht ausführbar sind. Die dadurch bewirkte Nachfrage nach Arbeitskräften bringt die Arbeitslöhne allgemein zum Steigen. Der Bauer findet für seine Produkte schlanken Absatz und mit dem Steigen der Arbeitslöhne sinkt laut Freilandpachtvertrag der Pachtzins. Dadurch wird auch der Bauer besser gestellt und kann große Ersparnisse machen. Je ein Prozent Sinken des Zinsfußes bedeutet eine Erhöhung des Arbeitseinkommens von 20%. Für die Bauern bedeutet ein Prozent Rückgang des Zinsfußes bei festem Preisstand 48 Mill. Ersparnis an Zins, d. h. so viel wie 2½ Rp. Milchpreisaufschlag! Für die Gesamtheit der Arbeitenden bedeutet 1% Zinsermäßigung bei festem Preisstand 600 Mill. Fr. Einsparungen allein in der kleinen Schweiz!

Ist der Zins ganz beseitigt, so beziehen die Arbeitenden aller Stände und Berufe, was bis heute den Zinsnehmern zugefallen ist — und das war gerade soviel, wie heute die Arbeitenden als Lohn erhalten. Jedes heutige Arbeitseinkommen wird also ohne weiteres verdoppelt. Durch das Sinken des Zinses können zudem viele Maschinen in Betrieb gesetzt werden, die bei dem heutigen Zins noch nicht rentieren würden, wodurch die Produktion und damit das Arbeitseinkommen noch mehr wächst. An Stelle der heutigen, ungenügenden Arbeitseinkommen treten zwei-, dreimal höhere.

Heute besteht für die alten Sparer auch die Gefahr der Geldentwertung, der Inflation; unter der festen Währung ist sie nicht zu befürchten.

Für den Uebergang vergesse man folgendes nicht: 1. geht der Zins nur in dem Maße zurück, wie die Ersparnisse wachsen. Wer heute aus den Zinsen lebt, kann ruhig noch 40 Jahre leben. 2. können auch Dienstleistungen bezahlt werden, die heute ohne Entschädigung verrichtet werden müssen, und 3. ist es erst in einem krisenfreien Staate möglich, eine Alters- und Invalidenversicherung hinlänglich zu finanzieren.

Künftig kauft sich jeder schon mit 20 Jahren in eine Rentenversicherung ein, die ihm für seine alten Tage eine auskömmliche Rente sichert. Heute ist das für die Großzahl aller Arbeitenden nicht möglich. — Stirbt er, so hört die Rente auf. Seine Kinder werden deshalb sein Leben zu verlängern suchen. Unterläßt einer seine Rentenversicherung, so muß er die Folgen tragen, wie es ja heute auch die meisten Arbeitenden, allerdings unverschuldet, tun müssen. In einer Gesellschaftsordnung ohne wirtschaftliche Krisen, in der Jedem der volle Arbeitsertrag zukommt, ist das auch leichter möglich als heute. Nehmen wir nun an, heute habe einer ein Jahreseinkommen von 5000 Fr. und spare davon 40 Jahre lang je 1000 Fr. Dann hat er nach diesen 40 Arbeitsjahren 98 000 Fr., einen Zinsfuß von 4% zugrunde gelegt.

Unter den gleichen Umständen würde man in der zinsfreien Wirtschaft mindestens 10 000 Fr. Jahreseinkommen haben, somit jährlich 6000 Fr. und in 40 Jahren 240 000 Fr. ersparen können, von denen man, unbehelligt durch Inflation, noch 60 Jahre leben könnte, selbst ohne Rentenversicherung.

Man muß sich nur überlegen, welche Hemmung das zinserpressende, stockende Geld für die Arbeit des Volkes ist, um sofort erkennen zu können, daß unter dem Freigeldsystem der Wohlstand für Alle gesichert ist.

80. Einwand: **Was soll aus den Stiftungen werden, wenn kein Zins mehr bezahlt wird?**

Antwort: Die Zinsen der Stiftungen werden Arbeitenden weggenommen, denn die Stiftung an und für sich arbeitet ja nicht und die Zinsen können nur ausgezahlt werden, weil irgendwo Arbeitern etwas von ihrem Arbeitsertrag weggenommen wird, z. B. Bauern, Handwerkern, Unternehmern, die für ihre geliehenen Gelder Zinsen zahlen müssen. Die Stiftung kann also niemals mehr geben als sie vorher Arbeitenden weggenommen hat — nach Abzug der Verwaltungskosten, der Sitzungsgelder usw. Die Stiftung ist, genau betrachtet, die abscheulichste Art der Wohltätigkeit. Daher hat sich z. B. auch Luther sehr scharf gegen sie ausgesprochen und sagte, man berufe sich nur auf sie, um das eigene Zinsnehmen zu entschuldigen: «Sag ehrlich, es sei der Faulenzer, der alte Adam, der nicht gern arbeitet und seinen Müßiggang unter dem Deckmantel der Kirche zu verstecken sucht . . . Du wirst Gott nicht mit zwei widersprechenden Diensten dienen, auch nicht zwei Herren dienen.» [6]) Es ist gut möglich, daß ein Bauer den Zins an eine Stiftung liefert und einen Teil als «Stipendium» für seinen Sohn mit Dank zurückerbetteln muß! Diese «Wohltaten» machen nur einen ganz geringen Bruchteil des ganzen Zinses aus, schätzungsweise kaum ein Prozent.

81. Einwand: **Wie sollen die Sparkassen und Banken bestehen können, wenn es keinen Zins mehr gibt?**

Antwort: Die Banken und vor allem die Sparkassen leben nicht aus den Zinseinnahmen, sondern aus dem Unterschied zwischen dem Zins, den sie den Einlegern bezahlen müssen und dem, welchen sie vom Darlehensnehmer erhalten, sowie vor allem auch aus den Provisionen. Für die Banken ist

[6]) Burri und Schwarz, Der Zins, Bern 1932.

es daher gleichgültig, ob sie die Differenz zwischen 4 und 5%, zwischen 1 und 2% oder zwischen 0 und 1% behalten können. Die Banken leben nicht vom Zins, sondern vom Geldumlauf, und da dieser ein geregelter wird, da die Zusammenbrüche durch den festen, gesicherten Preisstand weit seltener sind als heute, so ist die Lage der Banken, soweit sie von ihrer Arbeit — dem Darlehensgeschäft — leben, weit besser als heute (weniger Gefahren und mehr Umsatz!), während allerdings die Spekulationsbanken in der Freiwirtschaft keine Verdienstmöglichkeiten mehr haben werden. Leider beherrschen diese letzteren und ihr Geist heute das Bankgewerbe weitgehend und sie haben die Banken zu einem, für die Großzahl von ihnen vollkommen sinnlosen, ja sie geradezu schädigenden Gegensatz zur Freiwirtschaftsbewegung gebracht. — In Norderney und Wörgl haben sich die Banken und die Sparkassen (auch die Raiffeisenkassen) sofort bereit erklärt, das dortige Freigeld anzunehmen. Sie erblickten darin eine willkommene Vermehrung ihres Umsatzes und damit ihres Arbeitsverdienstes. Das durchgeführte Freigeldsystem allerdings schaltet die Geldspekulation der Großbanken aus.

82. Einwand: **Ohne Zinsen werden die Versicherungsprämien unerschwinglich; die Versicherung ohne Zins ist überhaupt undenkbar.**

Antwort: Die Versicherung ist eine Zwangssparkasse. So wie man in dem Sparbuch auch mehr einzahlen muß, wenn einem kein Zins gutgeschrieben wird, um im Alter genügend erspart zu haben, so muß tatsächlich auch ein Versicherter mehr Prämien zahlen, sobald die Versicherungsgesellschaft für die anvertrauten Gelder keinen Zins mehr erhält.

Die Frage ist nur, ob der Wegfall des Zinses nicht eine Vermehrung der Spareinlagen möglich macht, die über den Verlust hinausgehen, den der Wegfall des Zinses mit sich bringt.

Eine kurze Ueberlegung zeigt uns, daß der Wegfall des Zinses das Arbeitseinkommen jedes Einzelnen erhöht und die Arbeitsmöglichkeiten riesig vergrößert. So erleichtert die zinslos gewordene Volkswirtschaft das Sparen ganz außerordentlich — sie erleichtert auch das Aufbringen der Versicherungsprämien, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Fallen die Dividenden der Versicherungsgesellschaften weg, die z. B. vor der eidgenössischen Unfallversicherung jährlich 80 Millionen Franken betragen haben sollen und von den Versicherten aufgebracht werden mußten. (Für die staatlichen Versicherungen muß der Staat die Deckungskapitalien verzinsen, weil er sie doch in der Regel entlehnt hat.)

2. Nach dem Wegfall des Zinses verdoppelt sich bei gleichbleibender Produktion jedes Arbeitseinkommen. Da aber jedes Sinken des Zinsfußes bei gleichbleibendem Preisstand eine erhöhte Produktion bringt, so vervielfacht sich das Einkommen aller Arbeitenden. So können höhere Prämien mit Leichtigkeit bezahlt werden.

3. Unter der Freigeldwährung ist eine Versicherung auch wirklich eine Sicherung. Heute, unter der schwankenden Währung, ruht leider die Betonung nur allzustark auf der ominösen Vorsilbe Ver. Man glaubt sich gesichert und hat sich versichert!

4. Schon heute sollte sich niemand auf Franken, Dollar usw. versichern, sondern auf Kaufkraft (Index). Eine Versicherungsgesellschaft, die diese Versicherungsart annähme, würde sofort das Versicherungsgeschäft an sich reißen.

Wieviel beträgt nun die Erhöhung der Prämien bei Annahme des Zinswegfalls?

Eine Leibrente von jährlich je Fr. 1000 kostet netto, wenn die Rentenzahlung beginnen soll im Alter von 60 Jahren (nach der Schweiz. Volkstafel 1901 bis 1910, Männer) bei einem Zinsfuß von

4%	9 843 Fr.	(100)
3%	10 530 Fr.	(106)
2%	11 312 Fr.	(115)
1%	12 205 Fr.	(124)
0%	13 230 Fr.	(136)

Der Wegfall des Zinses hat somit die Kosten der Leibrente um 36% erhöht.

Für einen 30jährigen Mann beträgt die reine Jahresprämie einer Versicherung auf Lebenszeit bei einem Zinsfuß von

4%	Fr. 170.—	(100)
2%	Fr. 219.—	(129)
1%	Fr. 252.—	(149)
0%	Fr. 291.60	(171)

Die Prämie erhöht sich also bei einem Zurückgehen des Zinses von 4% auf 0% um 71%.

Technisch ist also die Versicherung ohne Zins nicht bloß nicht denkbar, sondern in den Versicherungstabellen sogar schon vorgesehen und ausgerechnet!

Einer Senkung des Zinsfußes entspricht die Hebung des Volkseinkommens aus Arbeit — deren Folge ja die Zinssenkung ist! — und die Hebung des Volkseinkommens ermöglicht auch die Erhöhung der Prämiensätze bei der Versicherung. Diese Erhöhung bleibt weit hinter der Erhöhung des Arbeitseinkommens zurück.

Das Beispiel der Lehrerversicherungskasse des Kantons Bern zeigt, daß die Zinseinnahmen der Kasse zu 3,5% 1937 834 000 Fr. betrugen. Die Zinslasten der Lehrer dagegen betrugen in den Mietzinsen (75%), Steuern (45%), in Nahrung, Kleidung, Bahn, Elektrizität und Gas (ja ca. 50%) zusammen 4 850 000 Fr. — wenigstens! Während ein halbes Prozent Zinsabbau ihnen auf Seite der Kasse 120 000 Fr. raubt, spart ihnen das gleiche halbe Prozent auf Seite ihrer anderen Ausgaben den Betrag von 693 000 Fr. oder fast 6mal soviel.

Dabei ist nicht zu vergessen, daß ein kleinerer Zinsfuß eine Menge Arbeiten gestattet, die bei einem höheren Zinsfuß gar nicht möglich sind; allein an Meliorationen sind in der Schweiz heute für 870 Mill. Fr. Projekte baureif fertig, die aber erst möglich sind, wenn der Zins auf 2% gesenkt ist.

In Schweden wächst bei jedem Sinken des Zinsfußes die Zahl der Versicherten wie auch die Höhe der Versicherungsbeträge. (Siehe «Freiwirtschaftliche Zeitung» 1938, Nr. 5.) Man sieht dort, wie gerade das Sinken des Zinsfußes das Versicherungswesen begünstigt!

83. Einwand: **Ohne Zins wird niemand mehr sparen wollen.**

Antwort: Man vergißt, daß Sparen und Geldhamstern zweierlei ist. Sparen heißt: arbeiten und Spargüter (Kapitalien) ansammeln. — Geld hamstern aber heißt: die Nachfrage nach Arbeitsleistungen zurückhalten und dadurch Anderen das Arbeiten unmöglich machen. Volkswirtschaftlich betrachtet ist Geldhamstern Arbeitskraft brachlegen: «Wer Geld einsperrt, sperrt Arbeiter aus.» Dann sind die Arbeitslosen gezwungen, frühere Ersparnisse anzugreifen oder durch den Bezug von Arbeitslosenunterstützungen aus der Arbeit Anderer zu leben.

Wenn allgemein gespart werden soll, so muß man das Geld immer weitergeben, entweder kaufend, oder durch Gewährung von Darlehen, oder indem man es in eine Sparkasse trägt.

Wie kann man denn sparen? Genau so wie heute: Man legt sein überflüssiges Geld in die Sparkasse, erhält dafür allerdings keinen Zins, dagegen die Gewähr, daß man damit immer durchschnittlich gleichviel kaufen kann. Nur das bare Geld ist dem Schwund unterworfen, die Eintragungen in die Kassenbüchlein, Schuldbriefe usw. bleiben unverändert.

Wer behauptet, daß unter dem Freigeld nicht mehr gespart werde, müßte folgerichtigerweise auch behaupten, daß heute niemand Häuser, Werkstätten, Maschinen usw. spart, weil sie ja dem gleichen Schwund ausgesetzt sind, wie es das Freigeld ist.

Der Spartrieb ist dem Menschen, wie allen Lebewesen, angeboren. Heute schädigt er infolge unserer verkehrten Geldwirtschaft die Menschheit, indem der Hamsterer die Krisen verursacht. Der Sparer kann heute aber auch durch die Geldentwertung um seine Ersparnisse betrogen werden, oder durch den Preisabbau, wenn er Sachgüter besitzt. Erst unter der Freigeldwährung spart man ohne Schaden für sich und Andere und erst dann wird das Sparen eine wirkliche, gern und ohne Schaden für andere geübte Tugend.

84. Einwand: **Wenn aber alle Leute arbeiten, so entsteht eine Ueberproduktion.**

Antwort: Eine wirkliche Ueberproduktion hatte man bis dahin noch nie. Sie wäre da, wenn der Zins unter 0% sinken würde. Wir kennen nur die scheinbare Ueberproduktion; sie entsteht dadurch, daß sich der Geldbesitzer weigert, sein Geld gegen Waren oder als Kredit herzugeben. Dann hat man auf der Warenseite den Eindruck, es seien zu viele Waren da und man beginnt, sie zu vernichten. Dies geschieht aber nur, um den Preis zu halten. In Wirklichkeit ist bloß zu wenig Geld da, die Nachfrage ist zu klein. Vermehrt man den Geldumlauf, so schwindet auch augenblicklich diese sogenannte Ueberproduktion. Ueberproduktion, so lange noch irgendwo Zins bezahlt wird, ist nur scheinbar und nichts anderes als eine Folge des stockenden Geldumlaufes. Die wirkliche Ueberproduktion äußert sich in einem Sinken des Zinses (bei gleichbleibendem Preisstand) unter null Prozent — eine Erscheinung, die allgemeinen Wohlstand voraussetzt.

Das Sinken des Zinsfußes bei gleichbleibendem

Preisstand hat im Gegenteil zur Folge, daß nun die breiten Volksmassen kaufkräftiger werden, mehr kaufen können oder weniger arbeiten müssen.

85. Einwand: **Die Kapitalflucht setzt ein, sobald der Zins zu sinken beginnt.**

Antwort: Die Kapitalflucht ist unter dem Freigeld keine unerwünschte Erscheinung. Sie verbreitet die Freiwirtschaft rascher im Ausland als irgend eine andere Werbetätigkeit. Wenn ein Volk Kapital in einem fremden Land anlegen kann, ohne selber dadurch irgendwie geschädigt zu werden, so wird das Beispiel dieses Volkes von den andern Völkern sofort nachgeahmt, d. h. die feste Währung, als die Ursache des Kapitalreichtums, wird eingeführt.

Heute jedoch bedeutet Kapitalflucht sinkende Preise, Arbeitslosigkeit und Krise, weil mit dem Kapital heute das Tauschmittel Gold verquickt ist, dieses mit dem Kapital nach dem Ausland abwandert und dadurch die inländische Volkswirtschaft lahmlegt.

Unter der Freiwirtschaft kann mit dem Kapital kein Tauschmittel abwandern, die Preise bleiben auf der gleichen Höhe und die Produktion nimmt ihren ungestörten Fortgang. So erleidet die Volkswirtschaft keinen Schaden, und die Kapitalabwanderung bringt dem Lande nur den Vorteil von Zinseinnahmen aus dem Auslande. Dieses wird sich dann selbstverständlich nach den Ursachen des neuen Wohlstandes umsehen und das Beispiel des Freiwirtschaftsstaates wird anders wirken als das eines marxistischen Staates wie Rußland gewirkt hat!

Uebrigens braucht ein Freiwirtschaftsstaat keine Angst um eigene Kapitalien zu haben, da sie nirgends so geschützt sind wie in einem Staat ohne Krisen und ohne Geldentwertung, also in der Freiwirtschaft.

Die Kapitalflucht verursacht endlich ein andauernd großes Angebot von Schweizergeld gegen aus-

ländisches und drückt dadurch auf seinen Kurs, was die Ausfuhr erleichtert und unsere Industrie außerordentlich belebt.

86. Einwand: **Der Zins verteilt sich in kleine Kanäle und kommt so schließlich mehr oder weniger allen zugute.**

Antwort: Wenn der Zins im Jahr 1913 gleichmäßig verteilt worden wäre, so hätte damals jeder in der Schweiz 500 Franken jährlich an Zinsen erhalten müssen. Heute würden jedem Schweizer unter den neuen Geldverhältnissen 600 Franken Zins jährlich zukommen. Was uns zu den 600 Franken fehlt, das nehmen die Großen!

Aus der Statistik von Bundesrat Musy über die Wirkung der Vermögensabgabe ging hervor, daß nur 0,6% der Steuerzahler über 80 000 Franken Vermögen besaßen. Daraus ergibt sich, daß die 2400 Millionen Franken Zinsen, die von den schweizerischen Arbeitenden aller Stände und Berufe aufgebracht werden müssen, nur einem ganz geringen Bruchteil des Schweizervolkes zufließen.

3 435 440 Personen, das sind 84,48% der Gesamtbevölkerung der Schweiz haben keinen Anteil an dem von der eidg. Kriegssteuer erfaßten, d. h. an 31,20% des gesamten, schweizerischen Volksvermögens.

Da das ganze Volksvermögen auf 60 Milld. Fr. geschätzt wird, so bringt es bei 3% Zins durchschnittlich jährlich 1800 Mill. Fr. Zinsen ein oder 450 Fr. pro Kopf, bei 4% 2400 Mill. Fr. oder 600 Fr. pro Kopf. Die 60 Reichsten beziehen bei 3% 600 Fr. täglich, 34 Millionäre im Kanton Bern so viel wie 1500 Kondukteure als Lohn usw. Die Zinsen werden von den Reichen genommen und von den Armen bezahlt.

87. Einwand: **Das Geld der Schweiz beträgt ungefähr eine Milliarde, das gesamte Nationalver-**

mögen aber ungefähr 60 Milliarden. Was nützt die Beseitigung des Geldzinses, wenn der Zins für die übrigen 59 Milliarden noch bezahlt werden muß? (Einwand dreier Professoren der Volkswirtschaftslehre!)

Antwort: So lange Häuser, Fabriken, Werkstätten, Maschinen, Verkehrseinrichtungen usw. Zins einbringen, so lange wird niemand sein Geld zinsfrei ausleihen, sondern es in solche Anlagen stecken. Und da dies unter der festen Währung und dem Freigeld fortwährend ohne Gefahr geschehen kann, aber auch geschehen muß, des Schwundgeldes wegen, so wird eine Vermehrung dieser Realkapitalien und die schließliche Sättigung des Realkapitalmarktes auf den Zins drücken. Erst in dem Maße wie dieser sinkt, wird auch der Geldzins zurückgehen. Dieses Zurückgehen des Geldzinses belebt seinerseits wieder die Produktion an Realkapitalien infolge des Schwundsatzes, der das Geld immer neu in den Umlauf und in Realkapitalanlagen zwingt. Das Geld wird durch den Schwund zum Motor für die ganze Volkswirtschaft und beseitigt damit nicht bloß den Geld-, sondern auch den ganzen Realkapitalzins der übrigen 59 Milliarden.

88. Einwand: **Der Zins ist nicht die ganze Ausbeutung; der Unternehmergewinn ist auch Ausbeutung und bleibt doch bestehen; es können nicht alle Kapitalien vermehrt werden, weil dies, z. B. bei Eisenbahnen, nicht angezeigt oder auch nicht möglich ist; das beste wäre doch die Ueberführung des Privateigentums an Produktionsmitteln in Allgemeinbesitz.**

Antwort: Wir Freiwirtschafter unterscheiden Arbeitseinkommen und arbeitsloses Einkommen. Arbeitseinkommen ist das Einkommen aus einer Tätigkeit; arbeitsloses Einkommen ist Einkommen aus Besitz ohne eigene Arbeit: Grundrente, Geld- und Realkapitalzins. Im Unternehmerge-

winn sind heute in der Regel beide Einkommensarten vertreten, weil die wechselnden Konjunkturen den Unternehmer zum Spekulanten machen. Durch Wegfall des arbeitslosen Einkommens werden die Unternehmergewinne auf den Arbeitsverdienst zurückgeführt. Das Freigeld ermöglich auch den Arbeitern (durch Genossenschaften) den freien Wettbewerb mit den Unternehmern.

Der Zins einer Unternehmung, die einzigartig ist und einzig bleiben muß, kann nicht gedrückt werden. Man kann sie nur durch Uebernahme in den Besitz der Allgemeinheit dem Mißbrauch durch Einzelne entziehen, wie z. B. Kohlen, Petrol usw. Sie fallen unter den Begriff «Freiland».

Bei den Bahnen ist diese Maßnahme heute schon nicht mehr nötig, weil Auto und die Fortschritte des Motorbaues die Bahnen so stark konkurrenzieren, daß vermutlich deren Abzahlung nie mehr erfolgen wird und die darin angelegten Kapitalien zum Teil verloren sind. Was heute als Zinsen verbucht wird, sollten die Geldgeber der S. B. B. als Abschreibungen an ihren Guthaben buchen! Es ist klar, daß jedes neue Verkehrsmittel ähnlich auf die Zinsabträglichkeit (Rendite) der bisherigen wirkt, z. B. Flugzeuge!

Karl Marx, Prof. Dr. von Mühlenfels (St. Gallen) und Dr. E. Kellenberger (Bern) glauben, der Zins entstehe in der Produktion; sie schlagen daher zur Beseitigung der Zinswirtschaft die Planwirtschaft und die Verstaatlichung der Produktionsmittel vor.

Die Ausbeutung wäre höchst erträglich, wenn sie den Arbeitenden nur bei der Produktion, an seiner Arbeitsstätte treffen würde. Staatssekretär Müller (soz.) berechnete den Abzug für die Dividende (Verzinsung) auf 25 M. im Monat. Arbeiter bei Tobler AG. in Bern verloren für die Dividenden etwa 60—70 Rp. täglich. Speisten sie im sozialistischen Volkshaus, so mußten sie dort für die Zinsen im gleichen Jahr beinahe ebensoviel täglich bezah-

len. Weder Häuser, noch Verkehrswege, noch Boden oder Schulhäuser sind «Produktionsmittel» — aber alle erfordern Zins. In jeder Zahlung ist ein Teil Zins enthalten.

Kein Stand ist so ausgebeutet wie der der Heimarbeiterinnen — und gerade sie besitzen die Produktionsmittel als Eigentum: Nähmaschinen, Stick- und Strickmaschinen!

Wenn der Zins mit den Produktionsmitteln verbunden wäre, dann müßten mit deren Vermehrung auch die Zinseinnahmen steigen. Warum wehren sich die Inhaber der Produktionsmittel aber gegen diese Vermehrung? Einfach, weil sie den Zinsertrag drükken würde. Der Zins entsteht also nicht in der Produktion und durch die Produktionsmittel, sondern er entsteht nur bei einem verhältnismäßigen Mangel an Produktionsmitteln und Realkapitalien überhaupt und kann beseitigt werden durch ihre Vermehrung, wie sie das Freigeld ermöglicht. Wer die Beseitigung der Ausbeutung will, muß daher das Freigeld verlangen!

89. Einwand: **Auch wenn das arbeitslose Einkommen abgeschafft ist, bleibt doch das Lohnverhältnis und damit die Arbeiterklasse bestehen; die Unternehmer werden sich weigern, die höhern Löhne zu zahlen.**

Antwort: Es ist nicht ganz gleichgültig, ob unser Lohn den ganzen oder nur den halben Arbeitsertrag ausmacht, ob die Arbeitslosigkeit für immer beseitigt ist oder nicht und ob Freiland mit der Kinderrente eingeführt ist oder nicht!

Der Bezug von Lohn ist nichts anderes als der Bezug von Arbeitsertrag, und eine Zuteilung von solchem muß unter allen Umständen erfolgen — auch im Sozialstaat! Und es ist viel besser, wenn sich der Arbeitende seinen Lohn selber erstreiten kann, als daß er ihm von oben herab durch Bonzen zugeteilt

wird. Erhalten alle gleichviel, so laufen die Tüchtigsten davon, erhalten die Tüchtigeren mehr, so haben wir nicht mehr Kommunismus!

Unter Freiland-Freigeld verhandeln Arbeiter und Unternehmer und auch die Geldgeber auf gleichem Fuß — der eine ist so gut Arbeiter wie der andere. Keiner hat jetzt mehr ein Geld in der Hand, das er ohne Schaden zurückhalten und womit er seinen Vertragspartner in Nachteil setzen kann. Es werden auch viel mehr Arbeiten als heute durch Maschinen ausgeführt, weil durch das Verschwinden des Zinses die elektrische Kraft etwa um ein Drittel billiger wird. Wer durch die Maschinen eine Konkurrenz der Arbeit befürchtet, vergißt, daß unter der Freigeldwährung das Geld für den Umsatz der erhöhten Produktion nie fehlt, im Gegensatz zu heute, wo eine Vermehrung der Maschinen bald eine scheinbare Ueberproduktion infolge Geldmangel, damit Krise und Arbeitslosigkeit zur Folge hat.

Daß bei der Verdoppelung aller Löhne die tägliche Arbeitszeit herabgesetzt werden kann, wodurch auch manche Arbeit erträglicher wird, sei nur nebenbei bemerkt. In der zinsfreien Zeit des frühmittelalterlichen Freigelds [7]) arbeitete man 4 Tage in der Woche und 8 Stunden (Bergarbeiter 6 Stunden) täglich.

Was heute die Unternehmer instand setzt, die Arbeiter warten zu lassen, ist ihr hamsterfähiges Dauergeld, oder, falls sie nicht ihre eigenen Geldgeber sind, die Weigerung der Geldbesitzer, ihr Geld den Unternehmern zur Verfügung zu stellen.

Während das heutige Geld dem störrischen Unternehmer hilft, unterstützt das Freigeld Neugründungen und ermöglicht z. B. auch den Arbeitern die Bildung von Produktivgenossenschaften.

Uebrigens steht dem Arbeiter noch der Ausweg

---

[7]) Siehe darüber in Fr. Schwarz: Vorwärts zur festen Währung und zur zinsbefreiten Wirtschaft.

auf Freiland offen, der bei den niedrigen Frachten und Fahrpreisen, welche das Freigeld ermöglicht, und unter dem Pachtsystem viel leichter gangbar ist als heute.

90. Einwand: **Der Schwundsatz von 6% ist auch ein Zins, nur in anderer Form. Der Geldnehmer verliert ihn auf jeden Fall. Ob er dem Geldgeber für je 100 Fr. 6 Fr. Zins zahlt oder ob er 6 Fr. Schwund am Geld hat, ist für ihn doch gleichgültig. Verlust bleibt Verlust.**

Zins und Schwundsatz des Geldes sind zwei ganz verschiedene Dinge.

Zins ist Vergütung für Darlehen in Geld und in Sachgütern, Schwundsatz ist Strafe für den Geldhamster.

Zins ist ein Abzug am Einkommen des Arbeitenden. Er wird bezogen durch einen Abzug am Lohn oder durch einen Aufschlag auf den Preis — in der Regel durch eine Verteilung zwischen beiden — und fällt dem Inhaber des Zinstragenden zu. Schwundsatz ist allerdings auch ein Abzug am Arbeitsertrag, der aber dem Volke zufällt, indem der Verkaufserlös der Schwundmarken dem Staate als «Hamstersteuer» oder Benutzungsgebühr für das Geld zufällt.

Der Zins wird von den Inhabern des Volksvermögens bezogen und beläuft sich in der Schweiz auf etwa 2400 Millionen Franken jährlich. Der Schwundsatz dagegen wird — siehe oben — vom Staat eingenommen, beträgt aber jährlich kaum etwa 30 Millionen Franken, also rund 100mal weniger als der Zins.

Der Zins wird durch die Armen bezahlt und durch die Reichen einkassiert. Es gibt Schweizer, die 3000 Fr. täglich an Zinsen einnehmen (Rockefeller 178 000 Fr. täglich). Der Schwundsatz ist eine Gebühr für die Inhaber von Geld, der Arme wird deshalb recht wenig zu zahlen haben, der Reiche mehr.

Der Zins stellt sich vor jede Arbeit und gestattet sie nur, wenn der Zinstribut bezahlt wird — der Schwundsatz veranlaßt den Geldinhaber, das Geld der Oeffentlichkeit zurückzugeben, sei es als Gegenwert eines Warenkaufes, sei es als (zinsfreien) Kredit, als Spareinlage in eine Bank.

Der Zins lockt das Geld in den Verkehr, der Schwundsatz zwingt es, wie das Standgeld für die Güterwagen deren Benützer zwingt, sie der Bahnverwaltung rasch wieder zur Benützung zurückzugeben. Wollte die Bahnverwaltung ihren Kunden gegenüber ebenso nachlässig sein wie der heutige Staat gegenüber dem Geldhamster, so müßte sie das Standgeld fahren lassen und dagegen eine Vergütung zahlen, wenn man ihr die Güterwagen wieder zurückgäbe!

Der Zins ist die Folge der Ueberlegenheit des Geldes über die Waren. Der Schwundsatz nimmt dem Gelde diese Ueberlegenheit und damit auch die Möglichkeit, sich zurückzuhalten und Zins zu erzwingen.

Die leichte Hamsterbarkeit des Geldes veranlaßt das Geld zum Streiken, zum Gehamstertwerden, der Schwundsatz dagegen wirkt wie ein Motor auf die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes und zugleich wie ein Schwungrad.

Der Zins ist von allen Religionen geächtet worden, weil er die Ausbeutung der Notlage des Nächsten bedeutet. Der Schwundsatz ist eine 100mal geringere Entschädigung an die Allgemeinheit für ein gut verwaltetes, wirklich zweckmäßiges und gutarbeitendes Tauschmittel und gleichzeitig eine Strafe für Geldhamster.

Der Zins entsteht deshalb, weil das Geld nicht nur Tauschmittel ist, sondern auch als Hamstergut (Schatzmittel, «Wertaufbewahrungsmittel») mißbraucht werden kann. Der Schwundsatz ist deshalb nötig, um das Geld aus dieser widerspruchsvollen Stellung herauszubringen und es zum reinen Tauschmittel zu machen.

Der Zins ist die Folge eines statischen Geldes und einer statischen Währungsverwaltung. Das Schwundgeld ist ein dynamisches Geld und wird nach dynamischen Grundsätzen verwaltet, wie das sein muß, da auch die Wirtschaft als Ganzes ein dynamisches System ist.

91. Einwand: **Freigeld beseitigt die Ungleichheiten der Vermögen nicht.**

Antwort: Die Ungleichheit der Vermögen ist kein Unglück, wenn die Vermögen durch Arbeit verdient werden müssen. Die heutigen großen Vermögen werden durch die Erbteilung aufgeteilt; eine Vermögensabgabe kann stattfinden, wenn es im Interesse der Volkswirtschaft liegt, d. h. dann, wenn die Abzahlung der Staatsschulden ohne Inflation unmöglich wäre. Die Kinderrente ermöglicht allen Leuten die Schulung der Kinder und gleicht auch damit die Einkommen aus, indem das Angebot auf Stellen mit höheren Einkommen verhältnismäßig stark wachsen wird — wodurch die höchsten Einkommen wieder gedrückt werden. Auf alle Fälle entspricht im zinsfreien Staat in wenigen Jahrzehnten jedes Vermögen der persönlichen Arbeitsleistung der Familie und wird nicht verfälscht durch den unverdienten Zinszuwachs, der für andere ein unverdienter Abzug am Arbeitsertrag ist.

92. Einwand: **Wäre es nicht einfacher, den Zins zu verbieten oder ihn auf 3% zu beschränken?**

Antwort: Im Gegenteil! Ein Zinsverbot oder Beschränkungen gesetzlicher Art wären das sicherste Mittel, um den Zins zu verewigen. Das Geld würde beim Sparer liegen bleiben, wie es in der Türkei und bei uns im späten Mittelalter infolge der Zinsverbote liegen blieb. Den Zins kann man nicht verbieten, sondern nur verunmöglichen durch fortgesetzte Vermehrung des Kapital-

angebotes, durch ungehinderte Arbeit also. Ein Zinsverbot würde uns in mittelalterliche oder türkische Zustände hineinführen.

Das gleiche gilt von den gesetzlichen Zinsfußbeschränkungen. 1% arbeitsloses Einkommen nimmt den Arbeitenden in der Schweiz 10% ihres Arbeitsertrages weg. 3% würden ihnen fast $^2/_5$ wegnehmen, heute etwa 1,800 Mill. Fr. jährlich!

Auch 3% Zins würden noch viel Arbeiten verhindern, die bei 2 und 1% mit Leichtigkeit in Angriff genommen werden könnten; auch 3% sind noch ein Hindernis für die Produktion und dadurch wieder eine Schädigung aller Arbeitenden.

3% sind — wenn man bei 5% 3000 Mill. Fr. als arbeitsloses Einkommen verliert — noch immer 1800 Mill. Fr. Zinsbelastung oder 450 Fr. auf jeden Einwohner, 3% sind noch immer Ausbeutung und Hemmung für alle Arbeiten, die nicht diese 3% abwerfen können.

Freiland

Das freiwirtschaftliche Manifest bestimmt:

«Grund und Boden des Vaterlandes darf nicht Gegenstand der Spekulation sein.

Durch ein Bundesgesetz ist dem Staate, dem Kanton und der Gemeinde ein Vorkaufsrecht am Grund und Boden einzuräumen und jede Bodenspekulation unmöglich zu machen.

Jede Enteignung von Grund und Boden gegen den Willen des Eigentümers ist unstatthaft. Vorbehalten bleiben die besonderen Voraussetzungen des Bundesgesetzes über die Enteignung.» —

Der Boden wird zurückgekauft (damit er bei sinkendem Zinsfuß nicht ein Raub der Spekulation wird) und zur privaten Bewirtschaftung im Meistbietungsverfahren verpachtet. Nach Abzahlung der Landschuld werden die Pachtgelder an die Mütter nach der Zahl ihrer noch nicht 16 Jahre alten Kinder als Familienzuschuß verteilt.

93. Einwand: **Die Bauern wollen unabhängig sein und Privatbesitz haben. Der seßhafte Bauernstand würde damit verschwinden.**

Antwort: Der heutige Bauer ist weder unabhängig noch besonders seßhaft. Die Seßhaftigkeit der Bauern und ihre Unabhängigkeit existiert heute größtenteils leider nur in den Schlagwörterverzeichnissen politischer Führer. Jeder siebente Schweizerbauer ist heute der Pächter eines Privatmannes, der von ihm den Pachtzins als arbeitsloses Einkommen einzieht. Von den anderen wissen wir folgendes:

«Heute steht ein Fünftel der Bauernbetriebe vor dem Zusammenbruch, 40 000—50 000 Bauernfamilien

vor dem Konkurs, also in Gefahr, trotz Entbehrung und oft unmenschlicher Anstrengung, von Haus und Hof vertrieben, mit Weib und Kind auf die Straße geworfen zu werden und der Armenunterstützung anheim zu fallen.

«Gewiß, die Bauernhilfskassen, Zinssenkungen und Kapitalstundung vermögen vorübergehend der größten Not zu wehren, das Unglück hinauszuschieben. Aber wenn die verhängnisvolle Deflations- und Abbaupolitik fortgeführt wird, wenn das Mißverhältnis zwischen Produktionskosten und Produktenpreisen weiter dauert, dann treiben wir die Landwirtschaft und damit unser ganzes Land in den Abgrund.»

So schrieb Nationalrat Dr. A. Gadient, der Führer der Graubündner Bauern im Oktober 1933 in der «Nation».

Nationalrat Prof. Dr. Marbach erklärte in der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft des Kantons Bern: «Wenn nicht die Bernische Bauernhilfskasse eingegriffen hätte, so würden heute gegen 1600 Heimwesen unter den Hammer kommen.»

Wir haben heute 238 000 Landwirtschaftsbetriebe. Das sind, wenn man alle Unterschiede in den Zählmethoden berücksichtigt, rund 25 200 Betriebe weniger als im Jahre 1905. Es sind also seit 1905 täglich ungefähr drei Bauernfamilien verschwunden, zusammen ungefähr 130 000 Menschen vom Land vertrieben worden! Geht es in diesem Tempo weiter (in rund 25 Jahren rund 25 000 Landwirtschaftsbetriebe weniger!), so haben wir in 100 Jahren kaum noch mehr als 100 000 Bauernbetriebe, dafür aber sechs Millionen Einwohner.

Das ist kein Zufall, sondern das ist die unheilvolle Auswirkung des römischen Bodenrechts, das schon das römische Reich ruiniert hat. (Siehe Fritz Schwarz: Segen und Fluch des Geldes, Band I.) Das alemannische Bodenrecht muß so rasch

als möglich wieder hergestellt werden, wenn die Entwurzelung und die Verschuldung des Bauernstandes nicht weitergreifen soll.

Die Schwankungen der Preise machten den Bauernstand zu einem der gefährdetsten Berufe. Die stets den Wertsteigerungen des Bodens auf dem Fuße folgenden oder ihnen manchmal noch voraneilenden Hypothekenlasten erhalten den Bauern in dauernder Abhängigkeit von der Hochfinanz. Abzahlungen erfolgen nur bei steigenden Preisen. Solche sind aber eine Schädigung der Hypothekengläubiger und werden vergolten durch gesteigerten Zinsfuß oder aber Kündigung der Hypotheken. Wo bleibt da die Unabhängigkeit?

Nach dem alemannischen Bodenrecht (Freiland) erhalten die Kinder den Hof nach dem Tode des Vaters immer 10% unter dem Höchstangebot der neuen Pachtsteigerung. Weil sie die zum Gute gehörenden Gerätschaften in der richtigen Größe besitzen, sind sie ohnehin schon besser befähigt, den Betrieb zu übernehmen. So werden wir gerade durch diese Ordnung einen seßhaften, vor Preissturz, Verschuldung und Ausbeutung gesicherten, Bauernstand erhalten.

94. Einwand: **Der Zins soll beseitigt werden. Aber der Bauer soll als einziger trotzdem Zins zahlen!**

Antwort: Den Pachtzins, den der Bauer zahlt, muß jeder Bodenbenützer zahlen — auch der städtische, und dieser weit mehr als der Bauer! Der Bodenzins kann nicht verschwinden, weil der Boden heute nicht in einem solchen Ausmaß vorhanden ist, daß er der Nachfrage genügen kann. Häuser, Fabriken, Schiffe usw. kann man so stark vermehren, daß der Wettbewerb den Zins dafür auf Null senkt, aber das Land derart zu vermehren, daß der Bodenzins auf null sinkt, ist unmöglich. Das ist ja gerade der Grund, warum der Boden der

Spekulation entrissen werden muß: der Boden ist ein Monopol, das nicht Einzelnen gehören darf, sondern das in die Hand des ganzen Volkes gehört. In den Preisen der Bodenprodukte, des Zements, des Eisens, der Kohle usw. wird der Bodenzins eingezogen und in dem der Boden mit seinen Schätzen Volkseigentum und der Boden-Zins als Familienzuschuß verwendet wird, kommt er wieder den Kindern zugut, denen er natürlicherweise auch gehört: durch ihren Eintritt ins irdische Leben schaffen sie die Nachfrage nach Boden und damit den Bodenzins. Zahlt nun der Bauer Bodenzins (wie es auch der Städter tut), so erhält er anderseits auch den Anteil seiner Kinder. Der Bauernstand stellt 26% der Erwerbstätigen, hat aber 33% der Kinder: er bekommt also bedeutend mehr als er zahlt — nicht etwa bloß 7% mehr, sondern überdies noch seinen Anteil am hohen Bodenzins in der Stadt! So mag mancher kinderreiche Bauersmann mehr Familienzuschuß beziehen als er Pachtzins zahlen muß!

95. Einwand: **Die Mütterrente führt zur Uebervölkerung.**

Antwort: Jede Vermehrung der Kinderzahl verursacht ein Sinken des Grundrentenanteils. Die Kinder arbeiten eben noch nicht. Sollte dieser Familienzuschuß an der Zunahme der Geburten schuld sein, so würde er damit bald zurückgehen. Erfahrungsgemäß führt ein gesunder Wohlstand zu einer mittleren Familiengröße; arbeitsloses Einkommen vermindert, Armut vermehrt die Zahl der Geburten. Daher ist anzunehmen, daß im Freiwirtschaftsstaat mit seinem vollen Arbeitsertrag die natürliche Geburtenzahl am ehesten erreicht wird.

(Dieser Einwand wird übrigens fast nur von ledigen Leuten gebracht. Sie wissen nicht, daß von 1850 bis 1910 mehr Frauen im Wochenbett als Männer auf den Schlachtfeldern gestorben sind...)

96. Einwand: **Die Mütterrente zieht Ausländer an.**

Antwort: Der Zuzug fremder Leute mit vielen Kindern treibt die Grundrente weniger rasch in die Höhe als es der Zunahme der Bevölkerungsdichtigkeit entspricht. Deshalb werden die Teile der Grundrente für ein Kind kleiner ausfallen und die Rente, die den einheimischen Kindern zufällt, verkürzt, ohne daß fremde Länder ihren Eltern einen Ersatz geben würden. Es wird sich daher empfehlen, den Grundsatz der Gegenseitigkeit aufzustellen, wobei es sicher ist, daß die geordnetsten und höchststehenden Staaten die Mütterrente am ersten eingeführt haben würden, während aus den unkultivierten Völkern ohne Mütterrente der Zuzug durch Verweigerung der Mütterrente nicht über das natürliche Maß hinaus in unser Land geleitet wird.

97. Einwand: **Der Boden wird ausgenützt werden, wenn er Pachtboden ist.**

Antwort: Der Boden ist, anders als früher, heute rasch wieder instand gestellt. Früher kannte man als Mittel hiefür nur das Brachliegenlassen, später den Stallmist, aber heute kommt als wirksamstes Mittel der Kunstdünger hinzu. Durch eine Vorschrift im Pachtvertrag, dem Boden an Nährstoffen wieder zuzuführen, was man ihm durch Verkauf von Produkten entzogen hat, kann man sich auch gegen Raubbau schützen, ganz ähnlich wie heute der Pächter soviel Heu, Streue usw. zurücklassen muß wie er übernommen hat.

98. Einwand: **Eine große Staatsbureaukratie wird für die Beaufsichtigung der Pächter usw. nötig werden.**

Antwort: Wenn der Pächter nicht arbeitet, straft er sich selber am meisten. Er ist kein Staatsangestellter, sondern ein freier Mann und sein Ar-

beitsertrag bleibt ihm ungeschmälert. Haben die alten Alemannen, die unter dem von uns verlangten Grundrechte lebten, schon die heutige Bureaukratie gekannt? — Der Staat mit seinem schweren Apparat entsteht nicht durch diese Grundrechtsordnung, sondern er entstand unter dem neuen, die Privatgrundrente anerkennenden Bodenrecht! Heute ist der Bauer abhängig von Verbänden, von Vorschriften usw. usw.! Mit dem Verschwinden der Privatgrundrente und der Verschuldung werden die Obliegenheiten der Gemeindebehörden viel einfacher als sie heute sind. Während sie heute für die Hypothekarkasse und die Gläubiger der Bauern zu sorgen haben, werden sie im Freilandstaat ausschließlich für das Wohl ihrer Gemeindebürger sorgen können, soweit es diese überhaupt noch wünschen! Nicht die alten Alemannen auf Gemeindeboden, sondern die modernen Bauern auf Privatboden sind staatsabhängig geworden!

99. Einwand! **Eine Preiserhöhung von 4% würde die Zinsbelastung der Hypothekenschuldner aufheben. Eine gute Preispolitik wäre daher genügend für das Wohlergehen des Bauernstandes.**

Antwort: Mit den Produktenpreisen steigen auch die Landpreise. Es geschieht sogar meist so, daß bei Landkäufen kommende hohe Produktenpreise schon in Rechnung gestellt und die Käufe entsprechend hoch abgeschlossen werden! Auch bei Erbteilungen wird die Wertvermehrung des Bodens berechnet und daher führt jede Preissteigerung später mit Sicherheit wieder zu einer höhern hypothekarischen Belastung des Bodens: die Schraube ohne Ende.

Jedes Steigen der Preise treibt überdies den Hypothekarzinsfuß in die Höhe, weil in solchen Zeiten das Geld in Industrie und Handel reichen Gewinn findet und der durch die sinkende Kaufkraft

des Geldes geschädigte Hypothekengläubiger bessere Anlagen sucht und sie auch sehr leicht findet. Seit 1898 hat man in der Schweiz diese Politik vertreten: ihren Erfolg sieht man in der Antwort auf den 93. Einwand.

100. Einwand: **Die ganze Freiwirtschaftslehre ist ein fein ausgeklügeltes System, mathematisch, scharfsinnig — aber das Leben ist so vielgestaltig, daß es sich nicht in starre Formeln zwingen läßt; so wird sie zu einer Utopie. Die Besserung muß von der Aenderung der Gesinnung und vom Politisch-Ethischen her kommen.**

Antwort: Das Freigeld hatten wir zur Zeit der Brakteaten, dann wieder in Wörgl, es fehlte nur noch die feste Währung. Diese hatten wir in der Schweiz vom September 1927 bis im April 1929. Das Freilandrecht hatten wir in der Schweiz länger als das heutige Bodenrecht. In den Forderungen der Freiwirtschaftslehre liegt somit gar nichts, das nicht schon einmal verwirklicht gewesen wäre: was aber einmal gewesen ist und was sich bewährt hat, das ist keine Utopie. Utopie aber wäre es, an die Unveränderlichkeit der heutigen Wirtschaftsordnung zu glauben. Wir müssen weiter! Und wir wollen weiter, bewußt und überlegt —

in die ausbeutungslose Freiwirtschaft.

Namens-Verzeichnis

Stichwörter-Verzeichnis

Buchdruckerei H. Gerber, Schwarzenburg